

elan

FUSSBALL

elan-Reporter sprachen mit Uwe Seeler, Charly Dörfel und den Münchener „Löwen“. Lesen Sie unsere Fußball-Sonderseiten 8 u. 9.

elan-Dokumentations-Beilage
Grundsatzprogramm - Entwurf des DGB

Das 1. Mädchen hieß Valentina

„Ich habe einen Riesen Hunger“, verkündete Valentina Tereschkova, die 26jährige sowjetische Kosmonautin, die als erste Frau in den Weltraum flog, als sie nach geglückter Landung von begeisterten Bauern begrüßt wurde. Zwei Tage, 22 Stunden und 50 Minuten war sie unterwegs gewesen und hatte bei 49 Erdumkreisungen über zwei Millionen Kilometer zurückgelegt.

Ihr ‚Himmelsbruder‘ Valeri Bykowsky (28) brach mit 82 Umrundungen (4 Tage, 23 Stunden, 54 Minuten — 3,5 Millionen km) den bisherigen Rekord des sowjetischen Kosmonauten Adrian Nikolajew vom August letzten Jahres.

Die kürzeste Entfernung zwischen ‚Häbicht‘ und ‚Möwe‘, wie die beiden Raumschiffe vom Typ Wostok V und VI genannt wurden, betrug fünf Kilometer. Beide Kosmonauten standen nicht nur mit den Bodenstationen sondern auch untereinander in ständigem Funkkontakt. Die Kunden des Moskauer Fernsehens hatten täglich Gelegenheit, den Fortgang des Weltraumfluges auf dem Bildschirm zu verfolgen und dabei auch den Kosmonauten bei ihrer Arbeit in der Kapsel zuzusehen.

Aus aller Welt gingen den erfolgreichen Kosmonauten Glückwünsche zu. Der Direktor für biotechnische Forschung bei der amerikanischen Weltraumbehörde (NASA), Konecci, bescheinigte den Sowjets bei dieser Gelegenheit einen Vorsprung in der bemannten Raumfahrt von zwei Jahren.

Ausgesprochen sauer reagierte eine der zwölf für Weltraumflüge getesteten Amerikanerinnen auf die offizielle Mitteilung, die USA würden vorläufig keine Frau in den Weltraum schicken. „Die warten, bis die Russen das ganze Leningrader Symphonie-Orchester auf den Mond geschossen haben“, kommentierte sie bissig.

Der Rendezvous-Flug von Wostok V und VI war begleitet von einer neuen politischen Initiative der sowjetischen Regierung, die die Regierungen der Welt in einem Appell aufforderte, den Weltraum gemeinsam friedlich zu erforschen und „endlich Abkommen über eine weltweite Abrüstung zu treffen.“

Der neue Doppelflug der Wostoks wurde von der Sternwarte in Bochum aufmerksam verfolgt.

LESEN SIE UNSERE REPORTAGE:
OHREN IM ALL / Seite 3

DGB Hameln fordert Verbot

Der Protest gegen die Absicht der SS, im Herbst ein ‚europäisches Treffen‘ in der Rattenfängerstadt Hameln durchzuführen, stößt auf wachsenden, energiegelassen Protest. Der DGB-Kreisausschuß der Stadt Hameln hat sich an die niedersächsische Landesregierung mit der Forderung gewandt, das geplante SS-Treffen zu verbieten.

Zuvor hatten bereits Jugendkonferenzen der Gewerkschaften und Naturfreunde sowie Organisationen der Verfolgten des Naziregimes das Verbot dieses Treffens verlangt.

LESEN SIE UNSEREN SONDERBERICHT:
PROTEST GEGEN SS-TREFFEN / Seite 7

Gäste aus der DDR beim Politischen Club des CVJM: Drei heiße Stunden Diskussion

Man kann miteinander reden

Den „zaghaften Versuch eines gesamtdeutschen Gesprächs“ nannte Gastgeber Gerd Weber diese Diskussion. „Noch Hoffnung für die Wiedervereinigung“ (Untertitel: Das 7-Punkteprogramm der DDR) war das Thema des Abends im Politischen Club des CVJM in Hamburg am 21. Juni. Gar so zaghaft war dieser Versuch jedoch nicht. Denn da man in Hamburg nichts davon hielt, mit ‚kommunistischen Pappkameraden‘ (wie sie vom Ministerium des Herrn Barzel in Bonn ausgeliehen werden können) zu diskutieren, hatte man zwei Vertreter von ‚drüben‘ eingeladen. Der starke Andrang zeigte den Veranstalter, daß sie hier ein Thema zur Debatte gestellt hatten, welches besonders bei jungen Menschen stark interessiert. „Wir sagten uns als junge Christen, daß wir diese Fragen besprechen müssen, die uns auf den Nägeln brennen“, sagte Gerd Weber über die Motive, die den CVJM zu einem solchen Diskussionsabend veranlaßt hatten. Und zur Einladung von zwei Original-FDJlern: H. J. Linn und Dr. Kurt Ottersberg.

GIBT ES ZWEI DEUTSCHE STAATEN?

Die Antwort des H. J. Linn vom Zentralrat der FDJ auf diese Frage lautete: Ja. Es gebe zwei Staaten mit unterschiedlicher gesellschaftlicher Ordnung in Deutschland. Und es komme darauf an, die Gewalt als Mittel der Politik auszuschalten, sich gegenseitig zu respektieren und sich darüber zu verständigen, wie man miteinander friedlich leben könne. Diesem Ziel diene der 7-Punktevorschlag, den der Staatsratvorsitzende Ulbricht auf dem Parteitag der SED unterbreitet habe.

Termin kalender

DGB Arbeitstagung „Politisches Kabarett“, im DGB-Heim Oberursel vom 8. - 20. 7.

WELTJUGENDTREFFEN des IBFG vom 9.-19. 7. in Wien.

NGG. 2. Bundesjugendtreffen der Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten vom 13. - 19. 9. in Michelstadt/Odenwald.

NATURFREUNDE Die Velberter Naturfreundejugend veranstaltet am 12. 7. einen Dia-Abend über das Festival in Helsen, in der Buchbinderei Löhr.

IDK Ein Sommerfest in der Mahnermühle/Haas führt die IDK Düsseldorf am 12. 7. durch.

TANZABEND des Klampfenchores Remscheid mit den „Skiffle-Plackers“ am 15. 7.

NATURFREUNDE „100 Jahre deutsche Arbeiterbewegung“ steht bei den Naturfreunden Essen-Ost am 26. 7. im Haus der Jugend auf dem Programm.

DER LIMBO-CLUB führt im Clubkeller (Tönisheide) einen Gitarren-Kursus für Anfänger durch. Anmeldung an H. G. Wenzel, Velbert, Johannastraße 6.

INTERNATIONALE JUGEND-CAMPS der Gewerkschaft NGG in Oberjosbach/Taunus. Auskunft: NGG-Bezirksleitung, Darmstadt, Rheinstr. 50)

Die Frage, ob es noch Chancen für die Wiedervereinigung gäbe, beantwortete sich mit der Notwendigkeit, die nüchternen Tatsachen anzuerkennen d. h. die Existenz zweier deutscher Staaten und auf gewaltsame Lösungen zu verzichten.

Das war der Auftakt zu einem heißen und hochinteressanten Frage- und Antwortspiel zwischen den Teilnehmern des Forums und den beiden Gästen aus der DDR.

MIT DEM STIMMZETTEL ZUR WIEDER VEREINIGUNG?

Die Frage, ob sich nicht freie Wahlen in beiden Teilen Deutschlands quasi ein Allheilmittel sein könnten, löste eine lebhaft diskutierte Diskussion aus. Aber selbst die eifrigsten Befürworter glaubten wohl nicht so recht an diese Medizin. Die Drüftigkeit der angeführten Argumente zeigte es. Und die stärkeren Trümpfe waren in dieser Frage zweifellos in der Hand der DDR-Vertreter, die daran erinnerten, daß gesamtdeutsche, freie Wahlen bis zur Eingliederung der Bundesrepublik in die NATO zu den Programm-Vorschlägen ihrer Regierung gehörten.

FRAGEN, FRAGEN, FRAGEN

Ein Bombardement von Fragen prasselte auf die beiden Ostberliner ein: Welche Bedingungen die DDR für die Wiedervereinigung stelle? Warum es keine ‚ideologische‘ Koexistenz geben könne? Ob es geschichtliche Beispiele für die von der DDR vorgeschlagene Konföderation (zwischen zwei Staaten mit unterschiedlicher gesellschaftlicher Struktur) gebe? Warum die Mauer gebaut wurde? Warum es keine westlichen Zeitungen ‚drüben‘ zu kaufen gibt?

„Hier kann ich an jedem Bahnhofs-Kiosk die ‚Prawda‘ (das Zentralorgan der sowjetischen Kommunisten, d. Red.) kaufen...“, meinte stolz ein Diskussions Teilnehmer. „Kannst Du denn russisch?“, fragte ihn anderer.

„Wir sprechen hier über Fragen, die wir nicht lösen können“, meinte ein Teilnehmer. „Wäre es nicht sinnvoller, wir blieben bei solchen Fragen, wo wir selbst Einfluß nehmen können? Zum Beispiel Fragen der Jugendarbeit?“

Ein junger Blondschoß vermutete: „Die 150 Vorschläge der DDR sind nur eine Falle. Unsere Regierung erkennt die DDR nicht an. Sie würde das aber tun, wenn sie auf einen Vorschlag von drüben einginge.“

Dem wurde von einem Diskussionspartner entgegengehalten: „Man sagt, diese Vorschläge aus der DDR seien nur Propaganda. Na bitte, dann soll unsere Regierung doch auch einmal solche ‚Propaganda‘-Vorschläge machen. Dann werden wir sehen, was dahinter steckt.“

DAS KAPITEL FREIHEIT

Das Wort Freiheit fiel oft an diesem Abend. Lautes Hallo provozierte sich an Redner, der meinte: „Wir können hier bei uns tagtäglich für den Sturz unserer Regierung arbeiten, wenn wir wollen. Aber bei Ihnen im Osten darf man nicht mal eine westliche Zeitung lesen.“ Der Zufall wollte es, daß wenig später ein Mann sprach, der erst unlängst aus dem Gefängnis zurückkam, in das er und seine Frau wegen ihrer kommunistischen Gesinnung gekommen waren.

Er bedauerte, daß der CDU-Abgeordnete Rollmann bei dieser Diskussion nicht anwesend sei. Er hätte ihn gern gefragt, warum seine Partei 1952 den Vorschlag auf freie Wahlen abgelehnt habe.

(Apropos MdB Rollmann: Der Diskussionsleiter, Gerd Weber, vermutete, daß der große Teilnehmerkreis, der dieser Diskussion schon etwas Offizielles gäbe, den CDU-Abgeordneten zu einem Verzicht auf die Teilnahme an der Diskussion zwang. Das ist allerdings eine etwas seltsame Freiheit, die es einem sonst so rührigen Streiter wie D. Rollmann verbietet, mit Vertretern aus der DDR in der Diskussion die Klängen zu kreuzen). Unerbittlich zog der Uhrzeiger seine Bahn. Diskussionsleiter Weber mußte mahnen: Bitte kurz fassen. Wir können keine Nachtsitzung machen. Aber immer noch streckten sich Arme zur Wortmeldung in die Höhe. Die drei Stunden waren wie im Fluge vergangen. Der Vorrat an Fragen hätte sicher noch für die ganze Nacht gereicht.

MAN KANN, WENN MAN WILL

FDJ-Sprecher Linne betonte in seinem Schlußwort, er und sein Freund seien nicht mit der Illusion nach Hamburg gekommen, daß man nach zwelstündiger Diskussion in allen Fragen einer Meinung sei. Aber die sehr faire Diskussion habe eins gezeigt: Man könne und man müsse miteinander reden.

Das sei nötig, um aus dem kalten Krieg herauszukommen und den heißen Krieg zu vermeiden.

Und CVJM-Sekretär Gerd Weber bekräftigte: „Wir brauchen das Gespräch, um Haß und Mißtrauen abzubauen. Wir als junge Christen sollten den ersten Schritt auf den Anderen zu machen, auch wenn der mal Dinge sagt, die uns unbehagen sind. Vielleicht half dieser Abend, bei dem wir sehr offen miteinander diskutierten...“

Keiner der Anwesenden war mit der Erwartung gekommen, man könne in allen wichtigen Fragen einen gemeinsamen Nenner finden. Und gekommen waren Mitglieder und Funktionäre aus allen Jugendverbänden, Studenten und Schüler. Aber für alle war es ein sehr interessanter Abend. Endlich einmal etwas anderes als der hierzulande übliche Phrasen-Eintopf. Endlich einmal der Mut zu einer harten, aber sachlichen Diskussion, der Mut zum Verlassen des Trampelpfades Das-nicht-sein-kann — Was-nicht-sein-darf, nämlich das Hinnehmen der DDR als einer Realität, mit der zu rechnen ist.

Hier wurde an diesem Abend ein guter Anfang gemacht, hier wurde ein Gespräch begonnen, das nicht mehr abreißen sollte. Und hier wurde der Beweis geliefert, daß man — trotz der Unterschiedlichkeit und Gegensätzlichkeit in diversen Fragen — miteinander reden, miteinander diskutieren kann, daß sich bestätigt: Es ist besser, miteinander zu reden, als aufeinander zu schießen. BEN

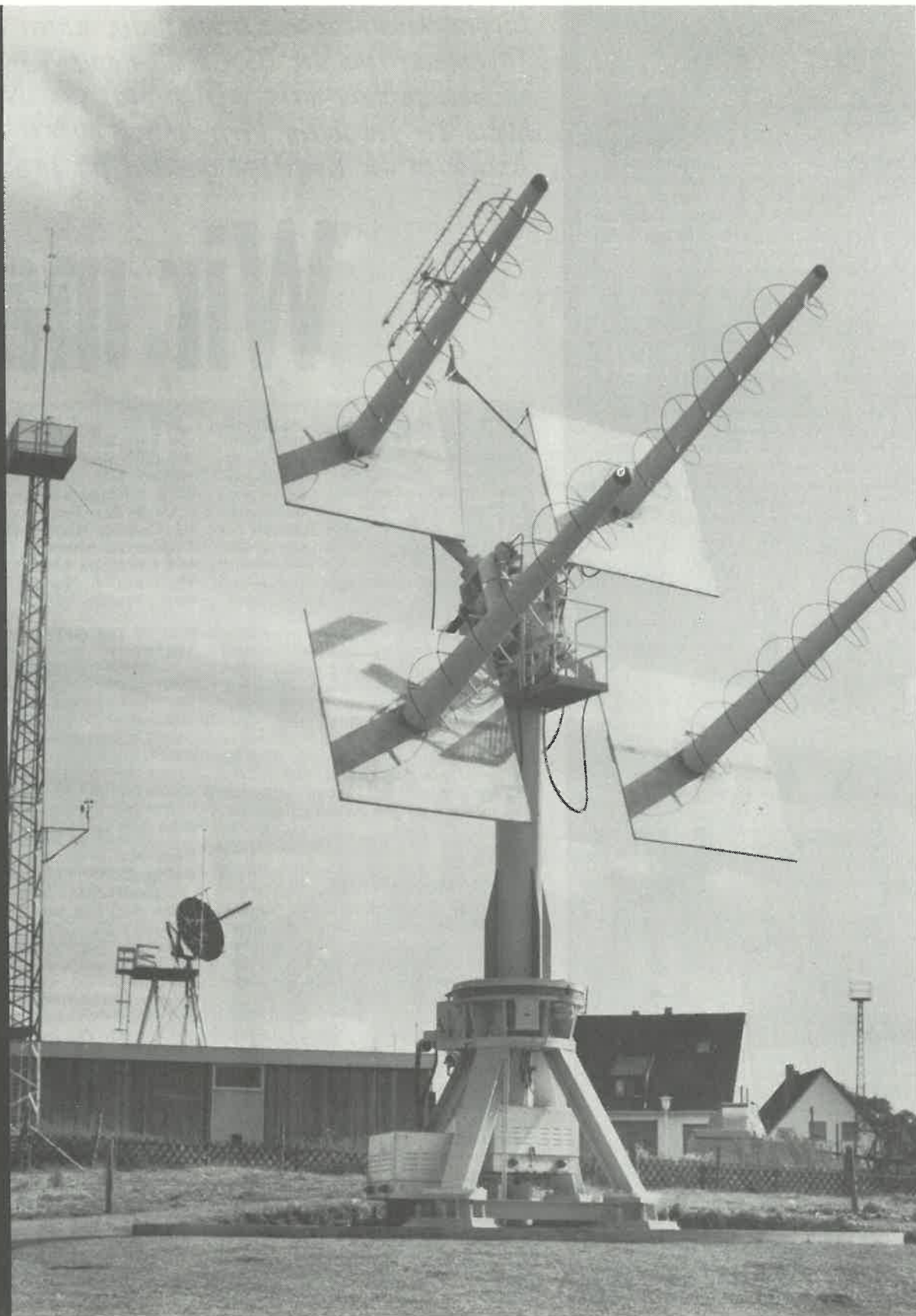
Ulbrichts Vorschlag

Auf dem VI. Parteitag der SED schlug Walter Ulbricht vor, „Schritt um Schritt Voraussetzungen für sachliche und normale Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten zu schaffen“. Sein Angebot: Die 7 Punkte der Vernunft und des guten Willens.

1. Respektierung der Existenz und der Ordnung des anderen deutschen Staates. Verzicht auf Gewaltanwendung.
2. Respektierung der Grenzen des anderen deutschen Staates.
3. Verzicht auf die Erprobung, den Besitz, die Herstellung und den Erwerb von Kernwaffen.
4. Rüstungsstopp in beiden deutschen Staaten. Weitere Vereinbarungen über die Abrüstung.
5. Gegenseitige Anerkennung der Reisepässe und der Staatsbürgerschaft. Unterlassung jeder Diskriminierung von Bürgern beider Staaten im In- und Ausland.
6. Herstellung normaler sportlicher und kultureller Beziehungen.
7. Abschluß eines Handelsvertrages.

Sputniks und Explorer schwirren durch die Atmosphäre. Schlagzeilen melden erfolgreiche Starts und Landungen von bemannten Weltraumflügen. Den Bochumer „Ohren im All“ entgeht nichts. In dem Institut für Satelliten- und Weltraumforschung registrieren und studieren die Techniker die Funkzeichen aller künstlichen Erdtrabanten. Hier besuchte die Bochumer Sternwarte und sprach mit dem Leiter Heinz Kaminski.

Ohren im All



Am 4. Oktober 1957 saß in einem Keller eines Einfamilienhauses in Bochum eine kleine Gruppe Männer, die begeistert dem „Piepsen“ zuhörten, das sie mit Hilfe eines Gerätes empfangen: die Signale des ersten künstlichen Erdtrabanten Sputnik I. Nachdem Heinz Kaminski und seine Freunde erfahren hatten, daß ein künstlicher Erdtrabant gestartet worden war, begannen für sie aufregende Tage und Nächte. Sie eilten in ihr Observatorium und versuchten die Bahn des Sputniks optisch zu verfolgen. Doch der Himmel über dem Ruhrgebiet war bedeckt, es regnete und es war einfach nichts zu sehen. Sie hatten aber trotzdem Glück. Eine Bochumer Firma stellte ihnen ein Spezialgerät zur Verfügung, mit dem sie dann die Signale des Sputniks auffingen. Als Kaminski seine Meßwerte über die Flugbahnen und Signale des Sputniks bekanntgab, waren alle raumfahrt-interessierten Stellen erstaunt über die Genauigkeit.

Im Keller wird gebastelt

Heute rufen die Amerikaner wie die Sowjets bei der Bochumer Sternwarte an, wenn sie wieder einen Satelliten oder ein Raumschiff gestartet haben, geben die Frequenzen bekannt, auf denen die Signale empfangen werden können und bitten, den Raumflugkörper zu beobachten.

„Aus einer spielerischen Tätigkeit ist im Laufe der Jahre eine hauptberufliche Tätigkeit geworden“, erzählte mir Heinz Kaminski. Der Chemie-Ingenieur begann 1947 damit, an der Bochumer Volkshochschule Vorlesungen über Astronomie zu halten. 1953 gelang es ihm nach einigen Auseinandersetzungen mit der Stadt Bochum, daß ein Observatorium auf dem Dach der Schiller-Oberschule eingerichtet wurde. Vier Jahre später bastelte Kaminski in den Abendstunden mit

einigen Freunden im Keller seines Einfamilienhauses ein Funklabor zusammen.

1961 hatten sie es endlich geschafft, die Stadt Bochum übergab Kaminski und seinen Mitarbeitern ein modernes Institut für Satelliten- und Weltraumforschung. 1964 wird zu diesem Institut und der Beobachtungsstelle in der Schillerschule noch ein Planetarium gehören. Die Sternwarte Bochum ist das größte Institut für Satelliten- und Weltraumforschung in Europa geworden

Nachts auf Ätherjagd

„Ich habe jetzt 10 Mitarbeiter, die Tag und Nacht alles, was da oben kreucht und fleucht auswerten und studieren“, sagte Kaminski. Ich ging mit ihm durch die hellen Räume des Instituts und betrachtete die vielen Metallkästen mit Schaltern und Uhren. Erstaunt blieb ich vor einem dieser Geräte stehen, aus dem ein Rauschen und Krachen zu hören war.

„Das sind die Geräusche im Weltraum. Und das war gerade ein Blitz. Die Signale der Satelliten können wir zur Zeit nur nachts empfangen, wenn sie ihre Bahnen über Bochum ziehen.“

Ohren im All

Zwei dieser Geräte, aus denen die „Atmosphärenmusik“ ertönt, sind ständig auf die Raumfahrtfrequenzen der Amerikaner und der Sowjets eingestellt. Ein Schreibgerät zeichnet auf lange Papierschlangen mit spitzen Linien die Signale auf, aus denen die Techniker kosmische Strahlungsmessungen, Wettermeldungen und viele andere wissenschaftliche Daten entnehmen können. Besonderheiten werden gleich auf einem Ton-

band festgehalten. Den Bochumer „Ohren im All“ entgeht nichts. Sie beobachten die Satelliten bis zu ihrem Verglühen und studieren anhand ihrer exacten Aufzeichnungen die Ausbreitung und die Gesetze der Funkwellen im Weltall. Die genaue Kenntnis dieses Gebietes ist die Voraussetzung für die Sicherheit der Astronauten.

Am aufregendsten ist es in dem Institut, wenn wieder ein bemanntes Raumschiff gestartet worden ist. Dann sitzen die Techniker vor ihren Geräten und beobachten jede Kleinigkeit des Fluges, soweit die Flugroute über dem Horizont des Instituts verläuft. Sie hören die Unterhaltungen der Astronauten mit den Bodenstationen und gelegentlich gelingt es ihnen, mit dem Astronauten Verbindung aufzunehmen.

Großes Interesse der Jugend

Noch heute, nachdem die wissenschaftliche Arbeit Heinz Kaminski fast Tag und Nacht in Anspruch nimmt, doziert er an der Volkshochschule in Bochum. Er möchte der Jugend auf ihre Fragen sachlich fundierte Antworten geben. Zur Zeit läuft eine Veranstaltung unter dem Namen „Woche der US-Weltraumforschung“. Ab 20 Uhr werden Vorträge gehalten, Filme gezeigt oder Tonbänder vorgeführt, die sich mit den zurückliegenden Jahren der amerikanischen Weltraumforschung befassen. An vier Abenden konnte diese Veranstaltung über 1500 Besucher verzeichnen.

Täglich liegen in dem Briefkasten der Sternwarte Briefe aus ganz Europa, die sich mit Fragen der Satelliten- und Weltraumforschung beschäftigen. Die Mitarbeiter der Sternwarte versuchen allen auf ihre Fragen Antwort zu geben.

Rosemarie Wierick

Jugendkonferenzen standen im Blickpunkt der Öffentlichkeit. Die Postgewerkschaft tagte in Frankfurt, die IG Chemie in Stuttgart und die Falken in Bielefeld. Die Naturfreunde waren in Hannover und die Gewerkschaft Holz in Herford. Ein Satz ging durch alle Gewerkschaftskonferenzen: Wir müssen die Organisation stärken, um die Demokratie zu erhalten. Wir konnten nicht auf allen Konferenzen sein. Uns fehlte ein Dusenflugzeug, um dieses Programm bewältigen zu können. Berichten wollen wir von jeder. Mehr dazu auf diesen und den nächsten Seiten.



Postgewerkschaft

In erster Linie mit berufspolitischen Fragen befaßten sich die 95 Delegierten der 40 000 Mitglieder zählenden Postgewerkschaft in Frankfurt. Im Mittelpunkt der Konferenz stand das Referat des 1. Vorsitzenden der Postgewerkschaft, Carl Stenger, der erneut die ablehnende Haltung der Gewerkschaften zu den Notstandsgesetzen unterstrich. Er verurteilte mit scharfen Worten die Entlassung des Fernsehredakteurs Gerd Paczensky. Jeden Angriff auf die Demokratie würden die Gewerkschaften mit schonungsloser Härte und Entschlossenheit begegnen. 107 Anträge und 10 Entschließungen lagen der Konferenz vor. Die Delegierten forderten u. a. eigene Abrüstungsinitiativen der Bundesregierung und begrüßten die Ablehnung jeglicher Notstandsgesetze durch den 6. DGB-Bundeskongreß.

Günter Steller

DER DUMMKOPF DES HERRN STAMMLER

Die klaren politischen Entscheidungen der Jugendkonferenz Chemie waren für einige Leute ein rotes Tuch, zum Beispiel für den Chefredakteur der „Jungen Stimme“, Herrn Stammler, der zwar auf der Konferenz durch Abwesenheit glänzte, anschließend aber Zeter und Mordio über die Anti-Notstands-Beschlüsse etc. schrie. Auf der Suche nach dem Grund, warum junge Gewerkschafter nicht gleich ihm ja und amen zur Politik Bonns sagen, fiel ihm nichts Besseres ein, als der Griff in die Mottenkiste. Die Delegierten seien unreif, unwissend oder — Kommunisten. Die alte Platte. Daß junge Gewerkschaftsfunktionäre nicht nur einen eigenen Kopf haben, sondern ihn sogar zum Denken benutzen, geht offenbar über Stammlers Horizont.

BEN



Gewerkschaft Holz

55 junge Holzarbeiter hatten sich zur 2. Bundesjugendkonferenz in Herford versammelt. Die „Down Way Jazzmen“ eröffneten das Thing mit flotten Rhythmen. Schwere Sorgen bereiten den Holzarbeitern der Mitgliederstand. Die Zahl der jugendlichen Mitglieder ist in den letzten drei Jahren um 6 000 auf ca. 12 000 gesunken. Durch gezielte Werbeaktionen und engere Zusammenarbeit mit den im DGB zusammengeschlossenen Gewerkschaften will man bessere Arbeit machen. Starken Beifall fand der 1. Vorsitzende der Gewerkschaft Holz, Gerhard Vater, der in seinem Referat „Jugend in der Demokratie“ das „Nein“ zu den Notstandsgesetzen bekräftigte. Er meinte weiter, daß die Jugend Mut zur Zivilcourage haben müsse.

In diesem Sinne protestierte man gegen das SS-Treffen in Hameln und forderte das Verbot dieses undemokratischen Treffens. Nachdrücklich traten die Holzarbeiter für gewerkschaftliche Aktionen zum 1. September, dem Antikriegstag, ein. Starke Beachtung fanden auch die Begrüßungsworte Edmund Dudas, des DGB-Bundesjugendsekretärs. Duda meinte, daß Beschlüsse allein nichts nützen, wenn man nicht aktiv dahinter stehen würde. Die Holzarbeiter ließen sich das gern sagen und werden für eine Verwirklichung ihrer Beschlüsse sorgen.

R. P.

Lippenbekenntnisse und schöne Reden waren bei den 80 Delegierten der 6. Zentralen Jugendkonferenz der I.G. Chemie-Papier-Keramik, die am 24./25. Mai in Stuttgart zusammenkamen, nicht gefragt — was tun wir selbst — das schien das ungeschriebene Motto der gewählten Vertreter von 40 000 jungen Chemie-Arbeitern zu sein. Die Antworten der Konferenz sprechen für sich: Konsequenter Kampf gegen die un-

Wir marschieren

Bereits in seinen Begrüßungsworten hatte Werner Vitt (Abt. Jugend beim Hauptvorstand der IG Chemie) erklärt, diese Konferenz werde sich „von dem fast penetranten Konformismus routinemäßiger Tagungen unterscheiden“. Es gehe darum, den Standort der arbeitenden Jugend aufzuzeigen. Dabei dürfe man nicht vor einer Kritik der bestehenden gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse zurückschrecken.

Er sagte: „Die Gewerkschaftsjugend ist nicht willens, zu dulden, daß unserer Jugend das gleiche Schicksal widerfährt wie vielen Generationen vor uns. Selbst wenn uns die Mächtigen in der Öffentlichkeit diffamieren und politisch disqualifizieren wollen, so haben wir den Mut, zur Bewahrung der Demokratie jene Fragen zu diskutieren, die unmittelbar das Leben und den Standort der jungen Arbeitnehmer betreffen ...“

DER STREIK UND KLARE FRONTEN

Hätte auf dieser Konferenz jemand versucht, den jungen Gewerkschaftern so alte Ladenhüter wie „Sozialpartnerschaft“, „Arbeitsgemeinschafts-Politik“ etc. anzubieten — ihm wäre die Pleite nicht erspart geblieben. Man war für klare Fronten. Dazu nahm auch Otmar Günther, Bundesjugendsekretär der IG Metall, in seinem Grußwort Stellung. Die Aussperrung der Metallarbeiter in Baden-Württemberg habe wohl auch dem Letzten klar gemacht, daß die Begriffe „Sozialpartnerschaft“ und „liebe Mitarbeiter“ ausgestanden seien. „Für die nächste Zeit herrschen klare Fronten. Nur mit klaren Fronten wird es möglich sein, zu klaren Ergebnissen zu kommen.“ Er erinnerte nochmals an die Bundesjugendkonferenz des DGB in Berlin, wo der Jugend das Recht abgesprochen werden sollte, skeptisch zu sein. Die Berliner Entscheidung sei klar zugunsten der Kritik ausgefallen.

Und auch Eugen Loderer vom DGB-Landesbezirk knüpfte an bei den Erfahrungen des Streiks der Metaller. Er wandte sich gegen die Propaganda der Unternehmer für eine Arbeitsgemeinschaftspolitik, deren Unwahrheit sich bei der Aussperrung von 400 000 Metallarbeitern erwiesen habe. „Werner Vitt hat deutlich gemacht, wo die Akzente liegen“, sagte er, „die Akzente der Konferenz und der Gewerkschaftspolitik. Das Anliegen der Jugend ist das Anliegen der gesamten Gewerkschaftsbewegung ...“ Wer sich von der Jugend distanzieren wolle, der distanzieren sich von sich selbst.

NICHT TENDER SONDERN LOKOMOTIVE

„Die Gewerkschaftsjugend sollte nicht Tender, sondern Lokomotive der Organisation sein“, empfahl Karl Hauen-schild vom Hauptvorstand Chemie. Heinz Vossheirich, der Stuttgarter Bezirksleiter, formulierte präzise zum Thema Notstandsgesetze: „Es geht nicht darum, wie sie zustande kommen, wir sind vielmehr gegen jede Art von Notstandsgesetzen.“ Streik und Aussperrung hätten gezeigt, wie richtig diese Haltung sei. Es sei darum gegangen, gesellschaftspolitische Weichen zu stellen. Die Haltung der Unternehmer habe nicht nur viele Illusionen zerstört, sie habe auch das Bewußtsein stärker werden lassen. Viele Kollegen hätten erkannt, daß es möglich sei, reaktionäre politische Dinge zu verhindern.

„Eine Ordnung, die die Starken schützt, die Ehrlichen ausbootet, die Demokraten diffamiert und die Antidemokraten wirken läßt, kann von uns einfach nicht kritiklos hingenommen werden“, erklärte der Hauptjugendsekretär der IG Chemie, Hinrich Oetjen in seinem Rechenschaftsbericht. Die gängigste Masche sei es, Kritiker als Nörgler, Narren oder Kommunisten abzutun.

MACHT DIE GEWERKSCHAFTEN STARK!

Eine große Rolle in Hinrich Oetjens Rechenschaftsbericht nahm die Werbung neuer Mitglieder für die Gewerkschaftsjugend ein. Die Jugendgruppenarbeit „alten Stils“ begegne großen Schwierigkeiten. Deshalb mußten neue Wege gesucht werden: Die verstärkte Jugendarbeit im Betrieb und die Bildung von Jugend-Studienzirkeln.

Hans Michel aus Frankfurt berichtete, welche Erfahrungen man bei ihnen in der praktischen Arbeit gemacht hat: „Man muß sich sehr genau überlegen, wie man die große Zahl der Außenstehenden heranziehen kann. In Hessen haben wir vielerlei Überlegungen angestellt. Wir haben uns im größten Betrieb besonders um eine gute Arbeit der Betriebsjugendvertrauensleute gekümmert. Wir haben sie zusammengeholt, um uns mit ihnen zu unterhalten und die Ideen auszutauschen. Das hat sich binnen einem Jahr ausgezahlt. Viele neue Mitglieder sind in dem einen Jahr zur Gewerkschaft gekommen. Danach hat man allerdings die Arbeit etwas schludern lassen und jetzt haben wir festgestellt, daß der Mitgliederstand gleich geblieben ist. Das zeigt doch, daß es möglich ist, durch eine gute und zielbewußte Arbeit jugendliche anzusprechen — aber, wenn man den Druck etwas nachläßt, tut sich auf diesem Gebiete nichts.“

Jürgen Balbach (Leverkusen)

„Prospekte und Werbematerial allein sind für die Mitgliederwerbung nicht ausreichend. In erster Linie kommt es darauf an, mit den Jugendlichen im Betrieb und am Arbeitsplatz zu diskutieren.“

KOLLEGEN BEI DER BUNDESWEHR

Mehr als 2 000 junge Mitglieder der Chemiejugend sind bei der Bundeswehr. Debattiert wurde darüber, wie man zu einer guten Betreuung dieser jungen Gewerkschafter kommen kann.

Kollege Schäfer (Kassel)

„Wir haben einen klaren Standpunkt zur Bundeswehr. Wir schauen uns das alles an und nehmen eine laue Mittelhaltung ein. Wir müssen die Jugendlichen in der Bundeswehr besser betreuen. Ich kann da aus Erfahrung reden, denn ich war dabei. Der politische Unterricht ist einseitig ausgerichtet. Die Gewerkschaftsjugend kann sich das doch nicht ruhig ansehen. Wir müssen unbedingt darüber diskutieren, wie wir die Jugendlichen dort betreuen können.“

Ganz und gar nicht einverstanden waren die Delegierten damit, daß seit einiger Zeit in Gewerkschaftsorganen wie z. B. der Zeitung „WELT DER ARBEIT“ Anzeigen für die Bundeswehr erscheinen.

Hinrich Oetjen (Hauptjugendsekretär)

„Ich bedaure ebenfalls die unentschiedene Haltung des DGB bzw. seiner Zeitung WELT DER ARBEIT. Die klare Ablehnung der Bundeswehr von seiten

der DGB-Jugend wird zur Kenntnis genommen, aber man versucht, das „Dagegen“ durch Anzeigen dieser Art abzumildern. Ich bin dafür, daß in Zukunft keine Anzeigen der Bundeswehr in unseren Zeitungen erscheinen.

Mit Spannung wurde das Referat des Schriftstellers Erich Kuby erwartet. Kuby sprach zum Thema: Jugend — Spiegelbild der Gesellschaft. Er bekam viel Beifall von den Delegierten, als er sich mit den heutigen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen in der Bundesrepublik auseinandersetzte. Daran schloß sich die nachfolgende Diskussion an, in der besonders die tiefe Enttäuschung über das Einschwenken der SPD-Spitze auf den CDU-Kurs der Politik der Stärke zum Ausdruck kam.

Günther Lass (Bezirksjugendsekretär Westfalen)

EINE KAPITALISTISCHE ORDNUNG

„... muß man feststellen, daß wir in einer bürgerlichen, kapitalistischen Ordnung leben. Die CDU und die SPD kann man heute nicht mehr voneinander unterscheiden. Sie stehen im gleichen Verhältnis zueinander wie Coca-Cola und Pepsi-Cola. Heute steht die Frage: entweder wir erkennen die Gesellschaft an und damit das Ziel der Parteien (CDU/SPD) oder wir kämpfen für die Verbesserung der Gesellschaftsordnung ...“

Klaus Groß (Mitglied des Hauptjugendausschusses)

WIR HABEN GRUNDSÄTZE

„Die Gewerkschaften treten als einzige Organisation für die Verwirklichung der demokratischen Idee in einer demokratischen Gesellschaft ein ... Die CDU war übrigens auch einmal dafür — es stand im Ahlener Programm — jedoch hat sich das inzwischen ja geändert. Sollen sich die Gewerkschaften auf die heutige Situation einstellen und ebenfalls ihre Grundsätze fallen lassen? Ich bin nicht dafür.“

Wolfgang Schulze

(Bezirksjugendsekretär Niedersachsen) WER VERTRITT UNS?

„Wenn junge Leute Fehler machen, so kann man das entschuldigen, ihnen fehlt die Erfahrung der Alten. Wenn heute allerdings Sozialdemokraten und ältere Gewerkschafter Gründe für eine Rechtfertigung von Notstandsgesetzen suchen, habe ich dafür kein Verständnis. Ich habe kein Verständnis dafür, wenn angesehene Arbeiterführer, nur um evtl. einmal Arbeitsminister zu werden, die Gewerkschaften in eine einseitige politische Richtung drängen wollen. Sehr nachdenklich stimmt mich der Entwurf des neuen Grundsatzprogrammes, wie soll man es verstehen, daß er nicht zuerst den Gewerkschaften vorgelegt ist? ...“

HEISSE DISKUSSION UM OSTERMARSCH

Eine lebhafte Diskussion löste der Antrag aus, den Ostermarsch der Atomwaffengegner künftig zu unterstützen und aktiv bei seiner Vorbereitung mitzuarbeiten. Der erste Diskussionsredner war von diesem Antrag nicht sonderlich erbaut:

Walter Holst

(Bezirksjugendsekretär Nordmark) NICHT MIT KOMMUNISTEN

„... Uns liegt es fern mit dem Kommunistschreck zu arbeiten. Die Ostermarschbewegung in Hessen (Antragsteller) ist nicht identisch mit der im

sinnige Rüstung und Notstandspolitik der Bundesregierung und damit ein klares Ja zum „Berliner Kurs“ der Gewerkschaftsjugend. Nach kämpferischen, herzerfrischenden Diskussionen (von denen sich mancher Abgeordnete eine Scheibe abschneiden könnte) beschlossen die Delegierten Aktionen gegen die NS-Gesetze, u.a. Sternfahrt und Kundgebung in Bonn. Und sie forderten die aktive Mitarbeit beim Ostermarsch.

nach Bonn ...

norddeutschen Bereich. Bei uns arbeitet eine große Anzahl von Altkommunisten und FDJ-ern in der Ostermarschbewegung. Wir sehen keine Möglichkeiten, mit diesen Leuten in eine — wenn ihr so wollt — Aktionsgemeinschaft zu treten.“

G. Becker (Hanau)
WIR MUSSEN MITMACHEN

„... In England marschieren jedes Jahr Zehntausende von Aldermaston nach London. Diesmal war es wahrscheinlich der letzte Zug, weil die britische Regierung diesen Stützpunkt abbauen will. So erreicht man etwas.“

G. Becker erinnerte daran, welch kleines Häuflein beim ersten Ostermarsch in der Bundesrepublik dabei war, und wie stark die Bewegung inzwischen geworden ist.

„In diesem Jahr waren es 34 000 Demonstranten, 80 000 nahmen an den Kundgebungen teil. Ist das nichts? Das ist doch eine Kraft! Und schauen wir uns doch einmal die Slogans an. Der Hamburger Kollege legte sie ein wenig falsch aus: Wir sind gegen Atomwaffen jeder Art und jeder Nation in Ost und West. Oder: Unser Nein zur Bombe ist ein Ja zur Demokratie. Oder: Atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa! Das sind doch alles Forderungen, die der DGB auch vertritt und die jährlich bei den Maikundgebungen zu finden sind. Ich frage euch: Warum sollen wir nicht mitmachen? Ich bin dafür, diese Bewegung durch unsere Teilnahme und Mitarbeit zu unterstützen.“

Walter Ullrich (Ludwigshafen)
JEDER FÜR SICH ...

„Eine Teilnahme am Ostermarsch sollte eine Gewissensentscheidung sein, wir sollten das jedem selbst überlassen ...“

Wolfgang Schulze
(Bezirksjugendsekretär Niedersachsen)
ZUM OSTERMARSCH BEKENNEN!

„Es bedarf keiner großen Worte: Wir lehnen selbstverständlich die Atombewaffnung ab. Das haben wir vor Jahren gesagt, und das sagen wir auch heute. In dieser Diskussion geht es meiner Meinung nach um etwas ganz anderes, nämlich wieder einmal um den Antikommunismus.“

Ich begrüße diese Menschen, die 2—3 Tage auf die Straße gegangen sind und protestiert haben. Sie haben uns gezeigt, wie man es machen muß und es für sie nicht nur Lippenbekenntnisse gibt, sondern daß sie für Taten sind. Die Ostermärsche sind ein legitimes Recht der Demokratie. Alle Anti-Argumente sind antikommunistisch und betreffen nicht die Sache. Wenn wir mitarbeiten, haben wir Einfluß. Diese Konferenz sollte sich zum Ostermarsch bekennen.“

Hans Hessedenz (Saarbrücken)
WERDEN AUSGENUTZT?

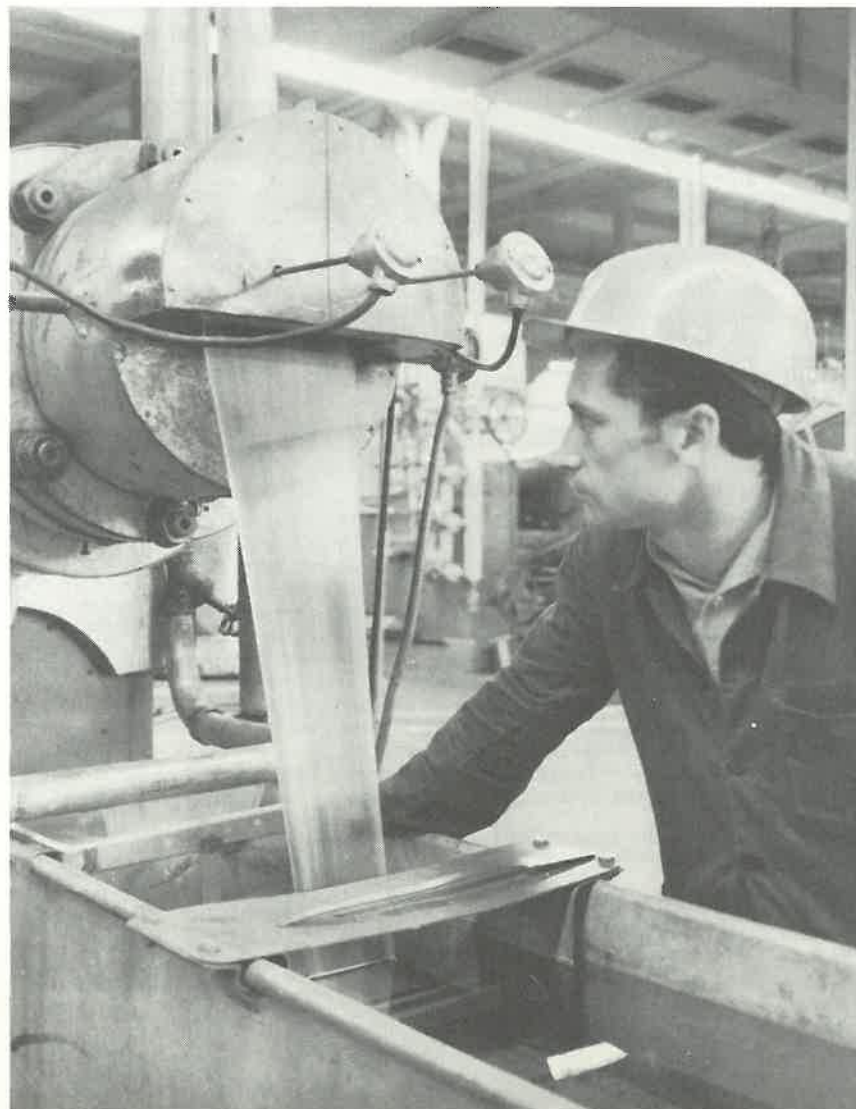
„Es ist doch wohl so, daß hier kein einziger im Raum ist, der für Atomwaffen ist. Aber hinsichtlich Ostermarsch sollte man vorsichtig sein. Man muß prüfen, ob wir nicht evtl. ausgenutzt werden. Die Organisatoren und die beteiligten Organisationen sind verschieden zu beurteilen. (Zurufe: Kann man ändern: Wir müssen mitmachen!)“

Jochen Müller (Frankfurt)
GEHEN WIR IN DIE AKTION!

„... 1958 waren wir dabei, als die Ausschüsse „Kampf dem Atomtod“ ge-



Vom Lippenstift bis zum Bau-Grundstoff reicht die Skala der Chemie-Industrie. Ein moderner Industriezweig, der immer mehr Bedeutung gewinnt. Eine Jugendarbeit ohne Bart und Zopf, zeitgemäß und modern — das strebt die Jugend der IG Chemie an, deren Delegierte auf der 6. Zentralen Jugendkonferenz nicht nur in politischen Fragen wußten, wohin sie wollen.



Beschlüsse

Notstands- und Zivildienstgesetzgebung

Der 6. ordentliche DGB-Bundeskongreß in Hannover hat die geplante Einführung eines Notstands- und Zivildienstgesetzes abgelehnt. Die Delegierten der 6. Zentralen Jugendkonferenz der IG Chemie — Papier — Keramik begrüßen die Haltung des DGB-Bundeskongresses und identifizieren sich vollinhaltlich mit der angenommenen Entschließung A 10. Um die Öffentlichkeit und die Mitgliedschaft mit den Gründen der Ablehnung der Notstandsgesetzgebung vertraut zu machen, fordern die Delegierten den Hauptvorstand und den DGB-Bundesvorstand auf, für die Verwirklichung folgender Vorschläge einzutreten:

1. Die Gewerkschaftspresse soll mehr als bisher auf die Gefahren der Notstands- und Zivildienstgesetzgebung hinweisen.
2. Aufklärende Flugblätter und Broschüren sind in und vor den Betrieben zu verteilen.
3. In den Lehrgängen an DGB-Bundesschulen und Schulen der Gewerkschaften muß über die Notstands- und Zivildienstgesetzgebung gesprochen werden.
4. In Kundgebungen und Demonstrationen sollen die deutschen Gewerkschaften in aller Öffentlichkeit ihren ablehnenden Standpunkt begründen.
5. Es soll eine Sternfahrt — verbunden mit einer Protestkundgebung — nach Bonn durchgeführt werden.
6. Jeder im DGB organisierte Abgeordnete des Bundestages sollte aufgefordert werden, der beabsichtigten Notstands- und Zivildienstgesetzgebung seine Zustimmung zu versagen.
7. Durch Unterschriftensammlungen, die an den Petitionsausschuß des Deutschen Bundestages zu richten sind, soll der Wille der Arbeitnehmer zum Ausdruck gebracht werden.

Die Vorgänge um die Spiegel-Affäre, die bekannten Äußerungen des Bundesinnenministers Höcherl zur Notstandsgesetzgebung und die schlechten Erfahrungen mit dem Artikel 48 der Weimarer Verfassung beweisen, welche große Gefahr für die Demokratie besteht, wenn es wenigen Leuten erlaubt wird, unter Ausschaltung der demokratischen Kontrolle zu regieren.

Die Delegierten sind der Auffassung, daß das Grundgesetz ausreichende Möglichkeiten für eine Meisterung eventueller Notstände bietet.
(A 40 einstimmig angenommen)

Protestaktionen gegen atomare Aufrüstung

Die Gewerkschaftsjugend unterstützt alle Protestaktionen gegen die atomare Aufrüstung.

Die Delegierten der 6. Zentralen Jugendkonferenz der IG Chemie — Papier — Keramik fordern deshalb zukünftig eine offizielle Mitarbeit und Teilnahme der Funktionäre und Mitglieder der im DGB zusammengeschlossenen Gewerkschaften an den Ostermärschen der Atomwaffengeegner.
(E 47 gegen 23 Stimmen angenommen)

Ein weiterer Beschluß zum Grundsatzprogramm des DGB ist in unserer Dokumentation veröffentlicht.

ANTIKRIEGSTAG

Vor bald 24 Jahren, am 1. September, begann der 2. Weltkrieg, dessen Schrecken und Elend uns bekannt sind! Nach dem Krieg schworen die Menschen aller Rassen und Nationen: „Nie wieder Krieg!“

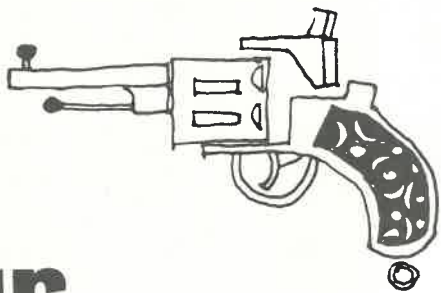
Heute jedoch ist die Gefahr eines 3. Weltkrieges erschreckend groß! Trotz vieler Abrüstungskonferenzen ist eine allgemeine Abrüstung noch nicht erreicht. Das Gewissen der Öffentlichkeit muß verstärkt geweckt werden. Darum fordert die 2. Bundesjugendkonferenz alle Gewerkschaftsgruppen auf, gemäß den Beschlüssen der DGB-Jugendkonferenz von Berlin, den 1. September als Antikriegstag zu begehen.

(Initiativantrag 3 mit Mehrheit angenommen.)
2. Bundesjugendkonferenz der Gewerkschaft Holz

Fortsetzung auf Seite 14

(Eine Übersicht über die wichtigsten Beschlüsse dieser Konferenz siehe rechte Randspalte.)

Krimi



für Anfänger



Das Telefon klingelte. Ich ließ es nicht länger als drei Minuten läuten, ehe ich den Hörer abnahm. „Sind Sie es, Marlow?“ fragte eine Stimme. Sie gehörte Leutnant Morris von der Polizei in Santa Monica und klang so einschmeichelnd wie das Fauchen eines Tigers, der nur acht Tage gehungert hat.

„Nein“, erwiderte ich fröhlich. „Mr. Marlow weilt zur Zeit in Honolulu, wo er einen Kursus im Hula-Bauchtanz besucht. Hier spricht Mack, sein Papa-geil.“

„Sparen Sie sich Ihren feinen Humor, Marlow“, sagte Morris, nicht unfreundlicher als eine Klap-perschlange, der man auf den Schwanz getreten hat. „Sie werden ihn brauchen können, wenn wir mit Ihnen fertig sind. Und gehen Sie ja nicht aus Ihrem Büro, ehe ich Sie gesehen habe.“

„Wo sind Sie jetzt?“ fragte ich.

„Auf dem Weg zu Ihnen“, war die aufschlußreiche Antwort. Ich hingte ein und überlegte, ob ich besser gleich im Krankenhaus ein Bett bestellen sollte. Wenn Morris ein paar von seinen Bullen mit-brachte, so taten sie mir sicher nichts zuleid. Außer daß sie mich niederschlagen, mir mit ihren Stiefel-spitzen ins Gesicht treten und mir höchstens ein halbes Dutzend kleinere Knochen brechen würden. Ein Privatdetektiv darf nun einmal nicht empfindlich sein, sagte ich mir. Vor allem nicht im Umgang mit Polizeibullen.

Ich nahm die Whiskyflasche aus der Schreibtisch-schublade, holte mir ein Glas und goß drei Finger hoch ein als es klopfte. Ich spülte mir mit dem Whisky den Mund aus und schluckte ihn dann hin-unter. Er schmeckte ganz ähnlich wie Salzsäure, nur nicht so aromatisch.

„Treten Sie ein, Leutnant!“ rief ich enthusiastisch, „und bringen Sie Ihre Gorillas nur gleich mit. Auf dem Korridor könnten sich die Herren erkälten!“ Aber es war nicht Morris.

Sie sah aus wie ein Schulmädchen vom Land. Ihre Stubsnase war von Sommersprossen übersät, ihr sandfarbenes Haar glatt zurückgekämmt. Alles in allem wirkte sie mindestens so erwachsen wie Shirley Temple in ihrem ersten Film.

„Ich bin gekommen, um die zwanzig Dollar abzu-holen, die ich Ihnen gegeben habe“, sagte sie mit ihrer piepsigen Kleinstmädchenstimme.

„Warum denn?“ fragte ich.

„Ich fahre wieder nach Hause. Der Pfarrer hat mir geschrieben, daß er es nicht gerne sieht, wenn ich noch länger in der Stadt bleibe.“

„Und die zwanzig Dollar wollen Sie mitnehmen?“ „Natürlich, ich gab Sie Ihnen, damit sie den Mör-der meiner beiden Tanten finden, aber Sie haben ihn ja nicht gefunden!“

„Ich habe ihn gefunden“, sagte ich und wollte mir wieder eingießen.

„Können Sie es nicht unterlassen, in meiner Gegen-wart zu trinken?“ sagte sie tadelnd. „Sie wissen doch, daß ich Männer, die trinken, rauchen und fluchen nicht ausstehen kann.“

„Wie wär's mit einer Orange?“ fragte ich. „Darf ich mir eine schälen, oder stört Sie der Lärm?“ Mein Witz amüsierte sie so heftig, wie das Piepsen einer Wüstenmaus die Rocky Mountains amüsiert hätte.

„Wer ist der Mörder“, fragte sie.

„Das wissen Sie doch“, sagte ich vorsichtig! Sie nickte. „Natürlich weiß ich es! Ich bin's ja sel-ber gewesen. Aber Sie können mir nichts tun. Sie wissen, daß ich die Spiegeleier vergiftet habe, aber Sie haben keine Beweise!“

Ich schenkte mir nun doch einen Whisky ein. Das Mädchen hatte recht. Ich besaß nicht die Spur eines Beweises.

Ich holte die zwei Zehndollarscheine aus meinem Schreibtisch, rollte sie sorgfältig zusammen und schob sie ihr über den Tisch zu. In diesem Augen-blick flog die Tür meines Büros auf.

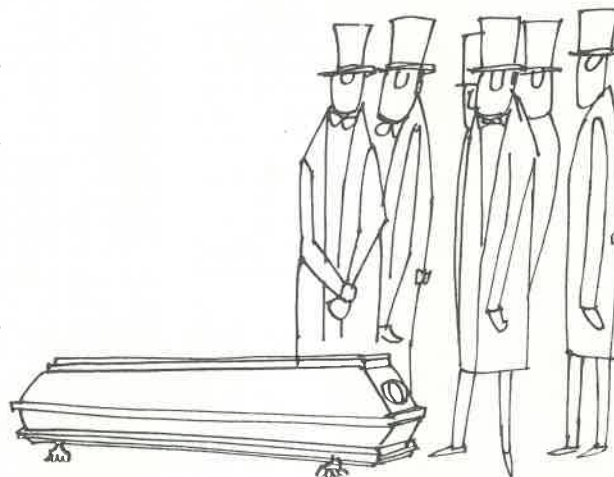
„Sie sollten eine schalldichte Tür anbringen lassen, Marlow!“ sagte Polizeileutnant Morris heiter. Seine Augen waren fest auf das kleine Mädchen gerichtet. Sie blickten so warm und gefühlvoll wie zwei Kieselsteine.

Das Mädchen griff nach ihrer Handtasche. Es hatte die kleine, handliche Pistole noch nicht ganz her-ausgenommen, als der Bulle hinter Morris seinen Achtunddreißiger losdonnern ließ. Das Mädchen wurde nicht schlimmer in Fetzen gerissen als eine Papiertüte, in der ein Kilogramm Dynamit explo-dierte.

Ich sand auf und ging in die Toilette hinüber, um mich zu übergeben. Dann schenkte ich mir den drit-ten Whisky ein. Ich hatte ihn nötig.

„Manchmal“, sagte ich bitter, „sind Polizisten doch zu etwas nützel!“

G. P. Scherer ist der Autor dieser Satire auf den be-kannten amerikanischen Kriminalroman-Fabrikanten Raymond Chandler. Wir entnahmen sie dem heiteren Buch „Krimi für Anfänger“, das im Diogenesverlag Zü-richt erschienen ist.



Bücher- für Sie gelesen

VERDAMMT – VERRATEN – VERDERBT –

ist das unsere heutige Jugend? Es ist sehr viel über das sogenannte „Halbstarkenproblem“ gesprochen und ge-schrieben worden. Aber dieses Mal ganz anders. Georg Reimann faßt in seinem Buch, das sich hauptsächlich an Eltern und Erzieher wendet, das Übel an der Wur-zel. Die Jugend von heute ist im Grunde nicht anders als früher. Doch die wachsenden Zahlen der Jugend-kriminalität sind alarmierend. Schuld sind zum Teil die Eltern, die in der Erziehung versagt haben und dem Wirtschaftswunderanteil ihr geborgenes Heim opfern. Doch Schuld ist auch der Staat, der für die notwen-digsten Dinge kein Geld hat, wie für Kindergärten, Schulen und Lehrergehälter. Das, was der Autor an Tatsachen und Zahlen zusammengetragen hat aus Presseberichten und Gerichtssälen, von Pädagogen, Seelsorgern, Jugendleitern, Fürsorgern, Juristen, Kri-minalisten und Soziologen ist erschütternd. Der Autor will aber nicht nur anklagen, er zeigt auch gangbare Wege aus diesen ungesunden Zuständen.

(VERDAMMT – VERRATEN – VERDERBT von Georg Reimann, Decker Verlag, Seiten 408, 24,80 DM Leinen)

HERBERT A. LÖHLEIN plaudert in seinem An-bandelbuch charmant über die Liebe. Es ist eine amü-sante Rezeptsammlung für schüchtern Liebende, Ge-hemmte, Liebeskranke, aber auch für Draufgänger, Eroberer und Sex Bomben. So manchem Übelnden soll damit einTrockenkurs im erfolgreichen Anbandeln ver-mittelt werden. Nach dem Motto: „In den Sternen steht's geschrieben“ versucht A. Löhlein zum Teil sehr treffend die Typen der einzelnen Sternzeichen zu cha-rakterisieren. Wer daran glaubt, findet hier das Rezept, wie er so schnell wie möglich zu einem passenden Partner kommt.

Ein nettes Geschenk. R. W. DAS ANBANDELBUCH von Herbert A. Löhlein, Braun & Schneider-Verlag, München, 175 Seiten, 14,80 DM

DER ZUG FÄHRT NACH DEM SÜDEN ist der Titel eines Sammelbandes, der Novellen zahlreicher sowjetischer Autoren enthält. Wir begegnen hier nicht nur bekann-ten Namen wie Maxim Gorki, Alexey Tolstoi oder Michael Scholochow, sondern auch jungen, bei uns kaum bekannten Schriftstellern. Der besondere Reiz dieses Bandes liegt in seiner Vielseitigkeit.

(DER ZUG FÄHRT NACH SÜDEN, 460 Seiten, Ganzleinen, Verlag für fremdsprachliche Literatur, Moskau, Preis: 7,20 DM)

NUR WENIGE ELTERN finden den Mut, ihre Kinder rechtzeitig und offen aufzuklären über die ge-schlechtlichen Beziehungen zwischen Mann und Frau. Es gibt viele „Aufklärungsbücher“. Darunter sind aber nur wenige gute. Im Decker-Verlag ist eine wertvolle Schriftenreihe erschienen, die sich mit der zeitgerechten Aufklärung befaßt. Mit dem vorliegenden Buch „Ein Baby zur rechten Zeit“ will die Ärztin Dr. med. Durand-Wever zur bewußten Elternschaft, zur Familienplanung verhelfen. Sie schildert in einer offenen und für jeden verständlichen Sprache die Geschlechtsentwicklung von Mann und Frau. Das Studium eines solchen – auch nicht teuren – Buches ist eine Notwendigkeit für junge Menschen, die einmal eine glückliche Familie gründen wollen.

(EIN BABY ZUR RECHTEN ZEIT von Dr. med. Anne-Marie Durand-Wever, Decker-Verlag, 100 Seiten, 5,90 DM)

ETWAS FÜR ANSPRUCHSLOSE LESER ist Richard Gordons Unterhaltungsroman „Doktor auf Draht“. Der „drahtige“ Doktor muß einen berühmten Chirurgen zu einem Kongreß über das große Wasser begleiten und sogar aus dem Kittchen befreien. Er überwindet Eheprobleme und kümmert sich um eine Schar krimineller Mädchen. Alles in allem ziemlich turbulent und mit viel übertriebenem Witz. (DOKTOR AUF DRAHT von Richard Gordon, Paul Zsolnay-Verlag, 252 Seiten, 12,80 DM Leinen)

ELEKTRONEN LENKEN UNSER LEBEN hat Rudolf Schneider sein ausgezeichnetes Sachbuch zum Thema Elektronik genannt. Hier schreibt ein Fachmann – aber so, daß es der Laie versteht. Wer wissen will, wodurch sich eine Zweispulröhre von einer Glimmröhre unter-scheidet, wie ein Geigerzähler funktioniert – kurz, wer sich mit dem kleinen A-B-C der Elektronik bekannt machen möchte, der findet in diesem Buch einen guten und nützlichen Helfer.

(ELEKTRONEN LENKEN UNSER LEBEN von Rudolf Schneider, 192 Seiten, zahlreiche graphische Darstellungen, Bertelsmann-Verlag, Preis: 5,80 DM)

ES SOLL MENSCHEN GEBEN, die sich eines Lieblingsmordes rühmen können und aus kleinen Kin-dern Hundeöl kochen. Zum Glück aber nur in Ambrose Bierce's ausgefallenen Erzählungen. Im Insel-Verlag ist eine umfassende Auswahl erschienen. Schockierend und brutal schildert Bierce grausame Ereignisse aus dem amerikanischen Bürgerkrieg Mitte des 19. Jahrhun-derts. Unwahrscheinlich sind einige gespenstische Er-zählungen von unsichtbaren Tieren und schachspielenden Robotern.

(MEIN LIEBLINGSMORD von Ambrose Bierce, Insel-Verlag, 224 Seiten, Leinen, DM 12,80)

MONSIEUR HULOT – dieser Name ruft die Erinnerung an einen der köstlichsten Filme wach, die ich in den letzten Jahren sah. Und Jahre danach strapaziert es einem die Lachmuskeln, wenn man sich der Ferienab-enteur des Monsieur erinnert. Nun kann man sie in Buchform käuflich erwerben (oder sich schenken lassen): „Die Ferien des Monsieur Hulot“ und „Mein Onkel“. Pierre Etaix hat sehr hübsche Illustrationen beigesteu-ert. Ein Rendezvous mit diesem Buch ist sehr zu em-pfehlen.

(MONSIEUR HULOT – zwei Romane nach den Filmen von Jacques Tati, 344 Seiten, Rainer-Wunderlich-Verlag)

In der Rattenfängerstadt Hameln wollen sich am 21./22. September dieses Jahres Hitlers schwarze Gardien treffen. Aber überall wächst der

Protest gegen SS-Treffen

■ Die 8. Bundesjugendkonferenz der Naturfreundejugend Deutschlands in Hannover hat gegen das für September geplante SS-Treffen in Hameln protestiert und allen demokratischen Organisationen gemeinsame Aktionen zur Verhinderung dieser SS-Schau vorgeschlagen.

■ Die 2. Bundesjugendkonferenz der Gewerkschaft Holz protestierte in einer Entschließung gegen das „europäische SS-Treffen“ und fordert von der niedersächsischen Landesregierung das Verbot dieses Treffens.

■ Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) und der Bund der Verfolgten des Naziregimes (BVN) haben gegen das Treffen europäischer SS-Verbände Protest erhoben. Für den Fall, daß dieses Treffen von den zuständigen Behörden nicht verboten wird, haben die Verfolgtenverbände Gegendemonstrationen für den 21./22. September in Hameln angekündigt.

■ Die Vereinigung ehemaliger KZ-Insassen in Großbritannien stellt in einem Protest fest, ein solches Treffen, das mit der Zustimmung der Bundesregierung stattfindet, beleidige das Andenken von Millionen Menschen, die in den Konzentrationslagern von der SS umgebracht wurden.

Vom Internationalen Gerichtshof in Nürnberg war die SS eindeutig zur „verbrecherischen Organisation“ erklärt worden. Auf das Schuldkonto dieser hitlerschen „Elitetruppe“ kommen grausamste Verbrechen: Die Ermordung von sechs Millionen jüdischer Bürger; in ihren Händen befanden sich die barbarischen Konzentrationslager; Einheiten dieser Organisation waren es, die die Einwohner des französischen Dorfes Oradour in eine Kirche und eine Scheune trieben und sie dort bei lebendigem Leibe verbrannten.

EIN AUGENZEUGE BERICHTET

Lord Russel of Liverpool zitiert in seinem Buch „Geißel der Menschheit“ aus dem amtlichen Bericht über Verbrechen der SS in Polen:

„Hatten die Häftlinge die Todeskammern erreicht, wurden sie mit hochgehobenen Armen hineingetrieben, damit soviel wie möglich hineingequetscht werden konnten. Die Kinder schichtete man oben drauf. Manchmal wurden die Kinder auch zuerst getötet ... Ein SS-Mann war Spezialist auf diesem Gebiet. Er faßte sie an den Beinen und tötete sie, indem er sie einmal mit dem Kopf gegen die Wand schlug ...“

EIN SCHLAG GEGEN DIE DEMOKRATIE

Als eine ihrer wichtigsten Aufgaben betrachten unsere Jugendverbände die Erziehung der Jugend zur Demokratie. Wie aber stehen sie in den Augen der Jugend anderer Länder da, wenn die Henker der Demokratie und Freiheit von gestern 18 Jahre nach Kriegsende ungeniert große Treffen veranstalten können, denen Repräsentanten von Staat und Parteien herzliche Grußworte widmen? Wie können sie bei internationalen Begegnungen den Opfern dieser SS in die Augen sehen?

Wenn Landes- und Bundesregierung nichts unternehmen, wenn die Parteien schweigen, dann muß die Jugend protestieren! Dann muß sie den Vorschlag der Naturfreundejugend aufgreifen und durch gemeinsame Aktionen dieses SS-Treffens verhindern.

elan fordert vom niedersächsischen Innenminister das Verbot dieses Treffens.

elan richtet an alle europäischen Jugendverbände die Bitte, die Jugend der Bundesrepublik im Kampf um das Verbot dieses Treffens zu unterstützen.

elan bittet die Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen, unsere Jugend im Kampf gegen restaurative und antidemokratische Tendenzen zu unterstützen.

BERNHARD JENDREJEWSKI KARL H. SCHRÖDER



NUR WENIGE ÜBERLEBTEN die Schreckensherrschaft der SS. „Nie wieder Faschismus“ — so hieß der Schwur eines von der SS getretenen und gepeinigten Europa. Aber während heute die SS zum Sammeln bläst, strengt die Bundesregierung einen Prozeß gegen die VVN, eine Organisation der Widerstandskämpfer an, wird der langjährige Falkensekretär Lorenz Knorr von einem Solinger Gericht verurteilt, weil er heutige Bundeswehr- und frühere Nazigenerale Massenmörder und Kriegsverbrecher genannt hat, wird selbst ein Antikommunist wie der Fernseh-Reporter Neven Dumont auf einem sogenannten Schlesiertreffen beinahe gelyncht, weil er in einer Sendung über Breslau die Wahrheit zu sagen wagte ...

IN ZAHLREICHEN AKTIONEN wie hier beim europäischen Jugendpilgerzug in das ehemalige Konzentrationslager Dachau (Bild unten) hat die Jugend ihren Willen bekundet, nie wieder eine restaurative, neofaschistische und antidemokratische Entwicklung zuzulassen. Sie hat dadurch dazu beigetragen, das deutsche Ansehen in den von den Faschisten und der SS unterjochten europäischen Ländern wieder herstellen zu helfen. Das war ihrer Aktivität zu verdanken und ganz gewiß nicht der Tatsache, daß der Kommentator der nazistischen Rassengesetzgebung, Herr Globke, der der SS quasi die Gebrauchsanweisung zur Ausrottung von Millionen Juden lieferte, heute Staatssekretär Adenauers ist.



Die Bundesliga wirft ihre Schatten voraus: Charly Dörfel will den HSV verlassen, sein Clubkamerad Uwe Seeler bleibt trotz verlockender Angebote beim HSV. e l a n sprach mit Uwe und Charly.

Der HSV hat Chancen

elan: Die Bundesliga ist perfekt. Kannst du uns sagen, Uwe, was du von der Bundesliga hältst?

Uwe Seeler: Es liegt für uns mehr Reiz drin. Diese neue Regelung ist auf jeden Fall besser. Es war dringend nötig, eine Spitzengruppe zu schaffen, aus der man dann auch die Spieler für Länderspiele u. ä. nehmen kann.

elan: Welche Chancen rechnet sich der HSV in der Bundesliga aus?

Uwe Seeler: Das ist wirklich schwer zu sagen. Ich glaube, daß alle Vereine so ziemlich die gleiche Spielstärke mitbringen. Es ist noch alles offen. Eins kann man jetzt schon sagen: Einen Abonnementsspitzenreiter wie in der Oberliga wird es nicht mehr geben. Die Spiele werden härter sein; die Anforderungen an die einzelnen Mannschaften größer. Vielleicht wird der Vorteil, auf eigenem Platz spielen zu können, künftig stärker ausschlaggebend sein. Es könnte sein, daß es mehr Heimsiege gibt.

Ich möchte mich nicht festlegen, aber ich glaube, daß der HSV im oberen Drittel der Tabelle zu finden ist.

INTERVIEWS: NORBERT GRESSMANN

Bei uns ist der Teufel los

elan: Der HSV hat verdammt schlecht abgeschnitten in dieser Endrunde. Selbst Freunde des HSV sehen ein bißchen schwarz für das Abschneiden eures Clubs in der Bundesliga.

Charly Dörfel: Bei uns im Verein ist im Moment der Deubel los. Gegen Borussia hätten wir 5:1 gewinnen müssen. Wir haben wirklich unverdient verloren, aber unser Publikum ist verwöhnt. Wenn wir kein Glück haben und keine Tore schießen, dann sind wir unten durch.

Mit der Bundesliga wird ein notwendiger Schritt getan. Er hätte schon drei, vier Jahre eher getan werden müssen. Hier wird die Leistung an erster Stelle stehen. Vom einzelnen Spieler wird mehr verlangt — aber es wird ihm auch mehr gezahlt. Hier liegt ein großer Ansporn für die Mannschaften und auch für die Spieler.

elan: Man spricht von einer Krise im Hamburger Sport-Verein.

Charly Dörfel: Ich bin nach wie vor sehr optimistisch — trotz der Krise, in der wir im Moment stecken — und ich glaube, daß der HSV in der Bundesliga eine gute Rolle spielen wird.

elan: Man sagt, Charly, daß du den HSV verlassen willst. Stimmt das?

Charly Dörfel: Ja, das stimmt. Ich habe ein Angebot von Herrn Adam bekommen, der dringend Spieler für belgische und holländische Vereine sucht. Ich habe erklärt, daß ich gern kommen würde, wenn es sich finanziell lohnt. Ich bin nämlich am Bauen und will dadurch meine Existenz für später sichern. Nach bin ich im richtigen Alter, um mit meinen Beinen etwas Geld verdienen zu können.

elan: Heißt das, daß du gar nicht so scharf darauf bist, in der Bundesliga zu spielen?

Charly Dörfel: Ich will nicht unbedingt in der Bundesliga spielen. Wenn ich in einem kleinen Verein spiele, der mir eine Abfindung gibt, dann würde ich sogar in einer zweitklassigen Mannschaft spielen.

Unsere Reporterin besuchte den Endrunden-Teilnehmer München 1860

Angelika in der „Löwen“-Grube

TSV 1860 — Borussia Dortmund 3:2. Ohne Heiß gegen den HSV ... Auenhammer stürmt am linken Flügel ... Heiße Debatten um Radenkovic ... Plötzlich merke ich: Mich hat das Fußballfieber erwischt. Überall spricht man von Heiß, Brunnenmeier. Was sind das eigentlich für Burschen, diese Fußballer, über die man überall in München spricht?

Halbprofis, sagt man. Sie bekommen viel Geld. Der Küppers soll sogar einen Porsche haben. Wenn die überhaupt noch arbeiten, dann wahrscheinlich nur pro Forma. Oder? Das hört man.

Da beschließe ich, mir diese „Helden“ mal aus der Nähe anzusehen.

ICH RUFE MAX MERKEL AN

Fast der ganze Freitagvormittag ist rum. Aber bei Max Merkel, dem Trainer der Münchner „Löwen“, ist das Telefon immer noch besetzt. Doch halt: Freizeichen! Ich melde mich, bitte um ein Gespräch und warte gespannt. Eine tiefe Stimme antwortet kurz, mit unverkennbar Wiener Dialekt: „Heute mittag, 14 Uhr!“ Ich will mich bedanken, aber mein Gesprächspartner hat scheinbar wenig Zeit. Er hat eingehängt.

Mit nicht ganz polizeigerechter Geschwindigkeit treffe ich am Gasthof Deininger Weiher, dem Hauptquartier der „Löwen“ ein.

TAGESPLAN EINES FUSSBALL-ARTISTEN

Ich gehe ins Restaurant. Nichts Aufregendes zu entdecken. Einige Sonnenhungrige in Liegestühlen, an einigen Tischen Durstige, die sich an Erfrischungsgetränken laben.

Ich spreche einen jungen Mann im blauen Trainingsanzug an und erkundige mich nach Herrn Merkel. Der junge Mann verspricht, ihn zu holen und verschwindet im Restaurant.

Schließlich kommt Max Merkel. In einer sonnigen Ecke sitzen wir uns gegenüber. Er bestellt Kaffee. Das gemütliche Plauderstündchen kann beginnen. „Wie sieht der Tagesablauf der Spieler während der Endrunde aus?“, möchte ich wissen.

„Um 8 Uhr ist Wecken, gegen 9 Uhr wird gefrühstückt. Anschließend ist eine Stunde Ruhe zur Verdauung. Dann steht Waldlauf und Gymnastik auf dem Programm. Von 11.30—13.00 Uhr gibt es Mittagessen. Bis 15 Uhr haben wir Bettruhe. Danach gibt es Balltraining, Massage, Körperpflege. Abends sehen wir uns das Fernsehprogramm an oder gehen ins Kino. Um 22 Uhr geht es ins Bett.“

FREDDY, SAG WAS

Es gibt in der ganzen Mannschaft keinen Raucher, und auch der Alkohol ist tabu.

Der junge Mann, der sich anfangs so freundlich um mich mühte, kommt an unseren Tisch. Max Merkel empfängt ihn mit den Worten: „Komm, Freddy,

sag' auch was für die Jugendzeitschrift!“

Es ist Freddy Heiß, zur Zeit einer der populärsten Stürmer.

Freddy bestätigt, daß es keinen Raucher in der Mannschaft gibt. Mit einem kleinen Augenzwinkern meint er, daß man nach einem gewonnenen Spiel auch mal ein Tröpfchen trinkt.

SORGEN MIT RADI

Ich frage nach Radenkovic, dem Sorgenkind der Mannschaft.

„Er tut mehr für das Publikum als für die Mannschaft“, sagt Max Merkel ernst. „Der Zweck des Mannschaftsspiels muß sein, daß jeder so erzogen wird, daß er seine Person in den Dienst des Teams stellt.“

„Aber wäre die Mannschaft heute ohne Radenkovic da, wo sie ist?“, frage ich.

Merkel antwortet: „Wir wären sicher nicht soweit gekommen. Aber wir haben ja auch nichts an seiner Leistung auszusetzen. Was wir vermissen ist die Bereitschaft, seine Fehler einzusehen.“

Als wir am Donnerstag aus Hamburg kamen und ins Quartier fahren wollten, stieg Herr Radenkovic in sein Auto und fuhr ab. Um 1 Uhr erschien er dann bei uns. Da hab' ich mir erlaubt, ihn rauszuschmeißen.“

Radenkovic ist ein guter Torhüter. Er muß nur noch lernen, sich an die Mannschaftsdisziplin zu halten.

DER FUSSBALL IST SCHNELLER GEWORDEN

Viele Fußball-Anhänger schwören darauf, daß der Fußball gegenüber früheren Zeiten schöner, eleganter geworden ist. Ich frage Max Merkel, ob er diese Ansicht teilt?

Er meint: „Das Fußballspiel ist nicht schöner, sondern schneller geworden und dadurch natürlich interessanter und reizvoller.“

WIR MUSSEN NICHT MEISTER WERDEN

Werden die Kraftreserven ausreichen,

„Löwen“-Trainer Max Merkel, „Der beste Trainer ist die Straße

die letzten harten Endrunden-Spiele siegreich durchzustehen. Trainer Merkel lächelt: „Die Reserven reichen. Wir müssen nicht unbedingt Deutscher Meister werden. Süddeutscher Meister mußten wir werden. Man kann nicht alles erreichen in so kurzer Zeit ...“ Ich packe Notizblock und Kugelschreiber ein und will mich bedanken für das Gespräch, aber Trainer Merkel winkt ab: „Nichts da! Schreiben Sie!“

DRINGENDER APPELL AN ALLE JUNGENS

„Mein dringender Appell an alle Jungens: Ihr müßt lernen, wie man mit dem Ball umgeht. Ihr müßt den Ball jonglieren und mit ihm spielen können: Mit Kopf, Schulter, Brust, Knie und Füßen. Nur so bekommt ihr ein gutes Ballgefühl. Das ist für jeden Fußballspieler sehr wichtig. Die Negerjungen spielen z. B. in einem Kreis mit 5 bis 6 Mann, und der Ball kommt eine Stunde nicht auf den Boden. Da sind wir noch weit hinten.“

DER BESTE TRAINER IST DIE STRASSE

Und nach einer Weile sagt Max Merkel: „Der beste Trainer ist die Straße und nicht Max Merkel!“

Ich frage, wie er das meint. Er überlegt einen Moment. Dann erzählt er, wie er als kleiner Bub Fußball gespielt hat und wie er den Älteren zusah: Hubergasse gegen Mühlenstraße.

Ich wende ein, daß bei dem heutigen Verkehr kaum noch Möglichkeiten dafür bestehen.

„Dann muß man halt mehr Spiel- und Sportplätze schaffen. Aber es geht doch nicht, daß die Kinder erst durch die halbe Stadt fahren müssen, um mal eine Stunde Fußball zu spielen.“

Und wenn Talente unter den Jungens gefunden werden, dann fallen sie meist wieder um, wenn sie das erste Geld bekommen. Tanzen, Kino, Moped, Rauchen und der Alkohol — das sind alles Dinge, die dem Sport ab-



Unsere Reporterin Angelika und Freddy Heiß (Foto Stemmer)



Hierüber wird in den Gewerkschaften diskutiert. Wer mitreden will, muss wissen, worum es geht. In dieser Dokumentation bringen wir den vollen Wortlaut und im August beginnt die Diskussion um den

elan - Dokumentation

Grundsatzprogramm – Entwurf

des DGB

Präambel (Einleitung)

Durchdrungen von der Verantwortung gegenüber ihren Mitgliedern und dem ganzen Volke, bekennen sich der Deutsche Gewerkschaftsbund und seine Gewerkschaften zu den unveräußerlichen Rechten der Menschen auf Freiheit und Selbstbestimmung und zu der Unantastbarkeit seiner Würde. Sie fordern die Verwirklichung der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen in allen Teilen der Welt.

Die Besinnung auf die Grundwerte des menschlichen Zusammenlebens wird um so dringlicher, als sich der einzelne in zunehmendem Maße den Bedrängnissen der modernen industriellen Arbeitswelt und neuen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Abhängigkeiten ausgesetzt sieht. Die Gewerkschaften nehmen diese Herausforderung des 20. Jahrhunderts an. Sie wissen, daß die Arbeiterbewegung bisher große Erfolge errungen hat, daß sich aber neue Aufgaben stellen, die nur mit neuen Mitteln gelöst werden können.

Die stolzen Erfolge der Arbeiterbewegung in der Vergangenheit, die den Aufbruch der Menschheit in eine bessere Zukunft eingeleitet haben, dürfen nicht zur Selbstgenügsamkeit führen. Sie bedeuten eine Verpflichtung für die Zukunft. Hierbei bedarf es gleichstarker Impulse aus den ethischen und politischen Grundhaltungen, die den Geist der Solidarität in der Gewerkschaft bestimmen. Die frühe kapitalistische Wirtschaftsordnung hatte dem Arbeitnehmer die gesellschaftliche Eingliederung verwehrt, seine Person der Willkür des Unternehmers unterworfen, seine soziale Sicherheit dem Gewinnstreben untergeordnet. Die Arbeitnehmer schlossen sich zu Gewerkschaften zusammen. Es war ihr Ziel, die Würde des arbeitenden Menschen wiederherzustellen und zu schützen, ihn sozial zu sichern und eine Gesellschaftsordnung zu erkämpfen, die allen die freie Entfaltung ihrer Persönlichkeit ermöglicht.

Wichtige Teile der gewerkschaftlichen Forderungen sind als Grundrechte der Bürger von den demokratischen Verfassungen und der öffentlichen Meinung anerkannt worden. Die Gewerkschaften sind aufgerufen, am stetigen Ausbau des sozialen Rechtsstaates und an der Gestaltung der demokratischen Gesellschaft mitzuwirken.

Damit werden die Gewerkschaften zum entscheidenden Integrationsfaktor der Demokratie und wichtigen Partner der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Willensbildung. Freie und unabhängige Gewerkschaften können nur in der Demokratie bestehen und wirken. Sie vertei-

digen – die Geschichte beweist es – in der Demokratie ihre eigene Lebensgrundlage. Sie setzen sich deshalb gegen alle totalitären und reaktionären Bestrebungen mit Entschiedenheit zur Wehr.

Die Verschmelzung verschiedener Gewerkschaftseinrichtungen in der modernen Einheitsgewerkschaft hat das Prinzip der Solidarität aller arbeitenden Frauen und Männer konsequent verwirklicht.

Als Organisation der Arbeiter, Angestellten und Beamten nehmen die

Unternehmen ständig fort. Die Kleinunternehmen werden zurückgedrängt oder den Großunternehmen wirtschaftlich untergeordnet.

Die Arbeitnehmer, d.h. die übergroße Mehrheit der Bevölkerung, sind nach wie vor von der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel ausgeschlossen. Ihre Arbeitskraft ist auch heute noch ihre einzige Einkommensquelle.

Die damit verbundenen sozialen Risiken kann der einzelne Arbeitnehmer nicht allein tragen. Sein legitimer

Unmittelbar, nachdem der Entwurf des neuen Grundsatzprogramms des DGB veröffentlicht wurde, erreichten uns zahlreiche Anfragen, vor allem gewerkschaftlich organisierter elan-Leser, wo der Entwurf im Wortlaut erhältlich sei. Gekoppelt damit war wiederholt die Anfrage, ob eine Diskussion über diesen Entwurf, der im Oktober auf einem außerordentlichen Bundeskongreß zur Beratung steht, im elan möglich sei. Die Redaktion bemühte sich um 15 000 Exemplare, um zumindest jedem Abonnenten den Entwurf zugänglich zu machen. Leider war es nicht möglich, die gewünschte Anzahl zu bekommen, da der Entwurf nur in einer Auflage von 150 000 Exemplaren gedruckt wurde. Unsere Variante B sah vor, Auszüge aus

dem Entwurf zu veröffentlichen. Wir strichen sie jedoch wieder, da es so gut wie unmöglich ist, zu „Auszügen“ seine Meinung zu sagen, über „Kostproben“ zu diskutieren.

Deshalb entschlossen wir uns, den Entwurf in vollem Wortlaut in Form einer Dokumentation zu veröffentlichen. Wir hoffen, damit eine gute Grundlage für eine rege Diskussion zu geben, in der jede Meinung, jeder Standpunkt zu Wort kommen werden.

Als zusätzliches Informationsmaterial bringen wir im Rahmen dieser Dokumentation die wichtigsten Beschlüsse des 6. DGB-Kongresses und der 5. Bundesjugendkonferenz des DGB. Die Diskussion beginnt in der August-Ausgabe des elan.

Gewerkschaften die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Interessen aller Arbeitnehmer und ihrer Familien im Rahmen der Erfordernisse des Gesamtwohls wahr.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund und seine Gewerkschaften sind und bleiben unabhängig von Regierungen, Parteien, Konfessionen und Unternehmen. Sie bekräftigen ihre Entschlossenheit zur weltanschaulichen, religiösen und politischen Toleranz.

Strukturelle Veränderungen der modernen Industriegesellschaft, die Koalitionsfreiheit, die Tarifautonomie und die Sozialpolitik haben die Erscheinungsformen des sozialen Konflikts gewandelt. Zwar hat die allgemeine Anhebung des Lebensstandards, die vor allem die Schaffenskraft und den Fleiß der Arbeitnehmer und nicht zuletzt dem ständigen Drängen der Gewerkschaften zu verdanken ist, vielen Arbeitnehmern neue Möglichkeiten der Lebensgestaltung eröffnet. Aber die Ungerechtigkeit der Einkommen- und Vermögensverteilung, die Abhängigkeit vom wirtschaftlichen Marktgeschehen und von privater Wirtschaftsmacht sind noch nicht überwunden.

Die Entwicklung in der Bundesrepublik hat zu einer Wiederherstellung alter Besitz- und Machtverhältnisse geführt. Die Großunternehmen sind erstarkt, die Konzentration des Ka-

anspruch auf soziale Sicherheit kann nur durch solidarische Verantwortung der Gesellschaft erfüllt werden.

Die Gewerkschaften haben die Aufgabe, durch Ausweitung der Mitbestimmung eine gesellschaftliche Umgestaltung einzuleiten, die darauf abzielt, alle Bürger an der kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Willensbildung gleichberechtigt teilnehmen zu lassen.

Um Vollbeschäftigung, Wirtschaftswachstum und steigende Einkommen zu sichern, muß der enge Rahmen der Nationalwirtschaften durch neue übernationale Formen erweitert werden. Die Aufgaben unserer Zeit können nur durch konstruktive solidarische Zusammenarbeit der Menschen, Völker und Staaten gelöst werden. Das Ziel ist eine politische und wirtschaftliche Gemeinschaft der freien und demokratischen Völker in Europa und ihre enge Verbundenheit mit den freien Völkern der Welt.

Grundlage für den sozialen Fortschritt und die soziale Sicherheit in allen Teilen der Welt ist die Erhaltung des Friedens. Die Gewerkschaften fordern die Ächtung aller Atomwaffen und aller sonstigen Massenvernichtungsmittel sowie die allgemeine und kontrollierte Abrüstung. Die Beseitigung von Hunger, Armut und Unterdrückung in allen Teilen der Welt ist eine wichtige Bedingung für eine stabile Friedensordnung.

Die Gewerkschaften bekennen sich uneingeschränkt zur Selbstbestimmung der Völker.

Sie fordern die Verwirklichung des Rechtes auf Selbstbestimmung auch für das deutsche Volk. Die Wiedervereinigung Deutschlands ist die Voraussetzung für eine friedliche Ordnung Europas. Berlin bleibt die Hauptstadt Deutschlands.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund ruft alle noch abseitsstehenden Arbeitnehmer auf, durch ihre Mitarbeit in den Gewerkschaften an der sozialen Ausgestaltung und Festigung der Demokratie und an dem Aufbau einer gerechten Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung mitzuwirken.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund und seine Gewerkschaften sind bereit, in Aufgeschlossenheit und ehrlicher Auseinandersetzung die Fragen unserer Zeit mit den Repräsentanten aller Schichten unseres Volkes zu behandeln.

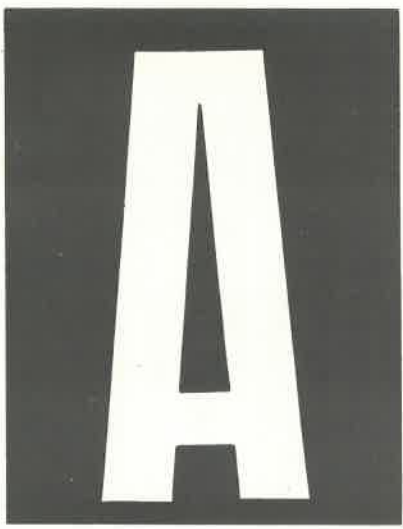
Parlamente, Regierungen, Parteien und alle, die guten Willens sind, sind aufgerufen, die Gewerkschaften in ihren Bestrebungen in der modernen Gesellschaft zu unterstützen. Darauf haben sie um so mehr Anspruch, als ihre Bestrebungen über enge Interessenvertretung hinaus dem Gesamtwohl dienen.

Unsere Zeit verlangt von allen, das gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Leben so zu gestalten, daß der Mensch in seiner persönlichen Freiheit mit der Möglichkeit der Nutzung aller seiner Gaben an der Gestaltung seiner Persönlichkeit und seiner Umwelt verantwortlich mitwirken kann.

Nur wenn es gelingt, eine solche Ordnung zu schaffen, wird die Freiheit des einzelnen, die Freiheit der Gemeinschaft und eine wahrhaft demokratische Gesellschaft in allen ihren Lebensformen verwirklicht werden. Sie allein ist die Gewähr für ein menschenwürdiges Leben und der einzig wirksame Schutz gegen totalitäre und andere unwürdige Daseinsformen.

Von dieser Aufgabe ausgehend, bekennen sich die Gewerkschaften zu den folgenden Grundsätzen:

Diese elan-Dokumentation erscheint als Beilage zur Nr. 7/63 der Jugendzeitung elan; erscheinend im Weltkreisverlag Frankfurt/Main, Robert-Mayer-Straße 50, herausgegeben von Pfarrer W. Heintzeler, Arno K. Reinfrank und Bernhard Jendrejewski (Chefredakteur). Verantwortlich für den Gesamteinhalt: Hermann Sittner, Ffm. elan erscheint monatlich und kostet im Jahresabonnement DM 5,- zuzüglich 1,- DM Zustellgebühr.



Entschließung Notstand/ Notdienst (Zivildienst)

Die Pläne der Bundesregierung über Notstands- und Zivildienstgesetze erfüllen den Bundeskongress mit größter Sorge. Als demokratische Organisationen der Arbeitnehmer sind die Gewerkschaften Garanten der demokratischen Staats- und Gesellschaftsordnung. Sie bekennen sich zum demokratischen und sozialen Rechtsstaat, wie ihn unser Grundgesetz in den Artikeln 20, Abs. 1 und 28, Abs. 1 vorsieht.

Wo die Gewerkschaften schwach sind oder unterdrückt werden, stirbt auch die Demokratie. Wo sie stark und in der Stunde der Gefahr zum Handeln entschlossen sind, können die Anschläge aller antidemokratischen, totalitären Kräfte gegen den demokratischen und sozialen Rechtsstaat erfolgreich abgewehrt werden. Der Bundeskongress lehnt jede zusätzliche gesetzliche Regelung des Notstandes und Notdienstes ab, weil beide Vorhaben geeignet sind, elementare Grundrechte, besonders das Koalitions- und Streikrecht sowie das Recht auf freie Meinungsäußerung, einzuschränken und die demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik zu schwächen.

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland und die anderen einschlägigen Gesetze enthalten bereits ein System von Sicherungen, die genügen, um jeden wirklichen Notstand zu überwinden, ohne die freiheitliche und demokratische Substanz unserer staatlichen Ordnung zu gefährden oder gar zu beseitigen. Die Erfahrungen der Vergangenheit haben gezeigt, daß die Demokratie vor den Anschlägen ihrer Gegner nicht dadurch geschützt wird, wenn die wesentlichen Grundrechte aufgegeben und die Handlungsfreiheit der demokratischen Institutionen zugunsten einer autoritären Exekutivgewalt eingeschränkt werden. Auch die militärische Erfassung der Arbeitnehmer im Arbeitsprozeß durch ihre Zwangsverpflichtung ist für die Verteidigung unserer demokratischen Freiheit nicht erforderlich und für die Gewerkschaften untragbar.

Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages tragen in dieser Frage eine große Verantwortung. Deshalb fordert der Bundeskongress, daß die gesetzgebenden Körperschaften im Zusammenwirken mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund und seinen Gewerkschaften sowie allen anderen verantwortungsbewußten demokratischen Kräften unseres Volkes mit aller Entschiedenheit diesen Versuchen der Bundesregierung entgegenzutreten.

(Entschließung A 10 angenommen mit 276:138 Stimmen)

*In den Randspalten
bringen wir Beschlüsse
des DGB-Bundeskongresses Hannover
für die Diskussion*

Die wirtschaftspolitischen Grundsätze des DGB

I. Grundlagen der Wirtschaftspolitik

Die Wirtschaft hat der freien und selbstverantwortlichen Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit zu dienen. Wie jedes Glied der Gesellschaft muß auch der Arbeitnehmer sein Leben in freier Selbstbestimmung gestalten können. Jedes Wirtschaften ist seiner Natur nach gesellschaftlich. Es darf nicht allein vom Gewinnstreben bestimmt sein. Von wirtschaftlichen Entscheidungen werden insbesondere die Arbeitnehmer betroffen. Deshalb müssen sie und ihre Gewerkschaften gleichberechtigt an der Gestaltung der Wirtschaft beteiligt werden. Die wirtschaftliche Mitbestimmung der Arbeitnehmer ist eine der Grundlagen einer freiheitlichen und sozialen Gesellschaftsordnung. Sie entspricht dem Wesen des demokratischen und sozialen Rechtsstaates.

Die von den Gewerkschaften erstrebte Ordnung unserer Wirtschaft soll

- jedem Arbeitnehmer ein Höchstmaß an Freiheit und Selbstverantwortung gewährleisten,
- ihn an der Gestaltung der Wirtschaft gleichberechtigt beteiligen,
- ihm eine seiner Persönlichkeit entsprechende dauerhafte Tätigkeit sichern,
- eine gerechte Einkommens- und Vermögensverteilung herbeiführen,
- ein optimales Wachstum der Wirtschaft ermöglichen,
- den Mißbrauch wirtschaftlicher Macht verhindern,
- Planung und Wettbewerb zur Erreichung der volkswirtschaftlichen Ziele einsetzen,
- die Erkenntnis wirtschaftlicher Zusammenhänge durch Offenlegung aller Daten ermöglichen.

II. Ziele der Wirtschaftspolitik

1. Vollbeschäftigung und stetiges Wirtschaftswachstum

Eines der Grundrechte des Menschen ist das Recht auf Arbeit. Das verwirklichte Recht auf Arbeit ist die Vollbeschäftigung. Für die soziale und politische Entwicklung der freien Welt ist die Sicherung der Vollbeschäftigung und eines optimalen Wachstums der Wirtschaft und des Lebensstandards in allen Ländern von entscheidender Bedeutung. Die Wirtschaftspolitik muß auf die volle Entfaltung und Nutzung aller produktiven Kräfte gerichtet sein. Alle wissenschaftlichen Erkenntnisse und politischen Möglichkeiten sind planmäßig zur Vermeidung von Konjunktur- und Beschäftigungsschwankungen anzuwenden.

Eine wachsende Wirtschaft bedingt fortlaufende Änderungen in der Wirtschaftsstruktur, von denen auch bei allgemeiner Vollbeschäftigung die Beschäftigung in einzelnen Bereichen beeinträchtigt werden kann. Die Integration der europäischen Wirtschaft, die Intensivierung des internationalen Warenaustausches und die Umschichtung der Nachfrage werden diese Tendenzen noch verstärken.

Die Gewerkschaften bejahen den technischen Fortschritt als Mittel für eine qualitativ bessere und preisgünstigere Versorgung der Bevölkerung und zur Erleichterung der menschlichen Arbeit. Die wirtschaftlichen und sozialen Gefahren, die sich aus der Technisierung insbesondere der Rationalisierung und der Automation ergeben können, müssen ständig beobachtet und geprüft werden.

Es ist notwendig, die Richtung der wirtschaftlichen Entwicklung auf allen Ge-

bieten frühzeitig zu erkennen und vorausschauend und planmäßig Maßnahmen gegen nachteilige volkswirtschaftliche und soziale Folgen zu treffen. Diese Maßnahmen müssen die Umstellung vorhandener sowie die Schaffung neuer Arbeitsplätze ermöglichen und den betroffenen Arbeitnehmern volle soziale Sicherheit gewährleisten.

2. Gerechte Einkommens- und Vermögensverteilung

Die gegenwärtige Einkommens- und Vermögensverteilung ist ungerecht. Es ist dringend erforderlich, alle Volksschichten an der volkswirtschaftlichen Vermögensbildung zu beteiligen. Der Umfang der Beteiligung der Arbeitnehmer am Ergebnis der wirtschaftlichen Tätigkeit ist ein wesentlicher Maßstab für soziale Gerechtigkeit. Der Anspruch der Arbeitnehmer auf eine Beteiligung an dem bereits gebildeten Vermögen bleibt aufrechterhalten.

Die aktive Lohn- und Gehaltspolitik der Gewerkschaften ist auf eine gerechtere Verteilung des Sozialproduktes gerichtet. Diesem Ziel müssen auch alle wirtschaftspolitischen Maßnahmen dienen. Wichtige Voraussetzung breiter Vermögensstreuung ist ein höherer Anteil der Arbeitnehmer am Volkseinkommen, der Abbau der Steuerprivilegien für hohe Einkommen und die Förderung der Ersparnisbildung bei den unteren und mittleren Einkommensgruppen.

3. Stabilität des Geldwertes

Die Erhaltung der Währungsstabilität ist Aufgabe jeder verantwortungsbewußten Wirtschaftspolitik. Geldwertminderungen begünstigen die Sachwertbesitzer und benachteiligen die Sparer und Bezieher fester Einkommen. Von Preissteigerungen werden in erster Linie die Arbeitnehmer,

Nach dem Kriege waren es die Arbeiter, die wiederaufbauten (dpa - Bild)



Rentner und Pensionäre betroffen. Eine am Gesamtwohl orientierte Wirtschaftspolitik muß neben Vollbeschäftigung und stetigem Wirtschaftswachstum auch die Stabilität des allgemeinen Preisniveaus anstreben.

4. Verhinderung des Mißbrauchs wirtschaftlicher Macht

Eines der charakteristischen Merkmale der modernen Industriegesellschaft ist der fortschreitende Konzentrationsprozeß in der Wirtschaft, der in den Großunternehmen und Unternehmensgruppen zu einer Machtzusammenballung ungewöhnlichen Ausmaßes führt. Damit wächst die Gefahr des Mißbrauchs wirtschaftlicher Macht – zu wirtschaftlichen, aber auch zu politischen Zwecken – ständig. Der demokratische Staat hat die Pflicht, jeden Mißbrauch zu verhindern.

5. Die wirtschaftliche internationale Zusammenarbeit

Die wirtschaftlichen und politischen Aufgaben der Gegenwart erfordern übernationale Lösungen. Ein wichtiger Faktor für Produktivitätssteigerungen, ständiges Wirtschaftswachstum und Währungsstabilität ist die internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit. Die für die wirtschaftliche Zusammenarbeit der Länder bestehenden Institutionen müssen einer wirksamen demokratischen Kontrolle unterstehen.

Die europäische wirtschaftliche Integration muß von der politischen Bereitschaft getragen sein, eine koordinierte Wirtschafts- und Sozialpolitik unter Beteiligung der Gewerkschaften zu verwirklichen und eine enge Zusammenarbeit aller freien Länder zu erreichen, die die demokratischen Grundrechte und freie, unabhängige Gewerkschaftsorganisationen anerkennen. Kein Land darf in die europäischen Gemeinschaften aufgenommen werden, das diese Voraussetzungen nicht erfüllt.

Die Hilfe für die Entwicklungsländer muß planmäßig geleistet werden und eine ausgeglichene Wirtschafts- und Sozialstruktur in den Entwicklungsländern errichten und festigen. Deshalb ist jedes Projekt der Entwicklungshilfe mit einem Sozialplan zu verbinden, der ohne die Mitwirkung der Gewerkschaften nicht zu verwirklichen ist. Nur durch den Aufbau demokratischer, unabhängiger Arbeitnehmerorganisationen kann die demokratische Gesamtentwicklung dieser Länder garantiert werden.

III. Mittel der Wirtschaftspolitik

1. Der volkswirtschaftliche Rahmenplan

Die Sicherung von Vollbeschäftigung und stetigem Wirtschaftswachstum sowie die Stabilisierung des Geldwertes setzen in der modernen dynamischen Wirtschaft eine Koordinierung aller wirtschaftspolitischen Maßnahmen voraus. Die wirtschaftliche Entwicklung darf nicht sich selbst überlassen bleiben. Der Wirtschaftsprozess ist durch eine differenzierte volkswirtschaftliche Gesamtrechnung überschaubar zu machen, so daß die Geld- und Güterströme innerhalb der Wirtschaft und zwischen dem In- und Ausland sichtbar werden und die voraussichtlichen Auswirkungen bestimmter Einkommens- und Ausgabenänderungen beurteilt werden können.

Aus der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ist der Rahmenplan in der Form eines Nationalbudgets zu entwickeln. Es enthält die Zielsetzung für die Entwicklung der Volkswirtschaft in einem bestimmten Zeitraum. An seiner Vorbereitung ist der Deutsche Gewerkschaftsbund zu beteiligen. Die Richtlinien des Nationalbudgets sind für die Organe der staatlichen Wirtschaftspolitik verbindlich. Sie geben die notwendigen Orientierungsdaten für die eigenen freien Entscheidungen in den Wirtschaftsbereichen und den Einzelwirtschaften.

2. Der öffentliche Haushalt, Finanz- und Steuerpolitik

Die Finanz- und Steuerpolitik ist ein wichtiges Instrument der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Die Bedeutung der Aufgaben von Bund, Ländern und Gemeinden sowie der öffentlichen Investitionen wächst von Jahr zu Jahr. Das Gewicht der öffentlichen Haushalte in der Wirtschaftspolitik wächst darüber hinaus in dem Maße, in dem zur Beseitigung der bisherigen Versäumnisse bei der Erfüllung der großen Gemeinschaftsaufgaben öffentliche Mittel bereitgestellt werden.

Der jährliche rechnerische Ausgleich von Einnahmen und Ausgaben im Staats-

haushalt sollte angestrebt werden, darf aber nicht alleinige Richtschnur der staatlichen Finanzpolitik sein. Aus den öffentlichen Haushalten sind Investitionshaushalte auszugliedern. Sie müssen koordiniert werden und sollen einen Zeitraum von mehreren Jahren umfassen. Bei ihrer Inanspruchnahme muß den konjunkturpolitischen Notwendigkeiten Rechnung getragen werden. Im Hinblick auf eine soziale und gerechte Verteilung ist eine Verlagerung der Anteile des Gesamtsteueraufkommens von den indirekten Steuern anzustreben. Die Grundsätze der Steuerpolitik – Gleichmäßigkeit, Gerechtigkeit, Einfachheit – müssen verwirklicht werden.

3. Die Investitionslenkung

Umfang und Art der Investitionstätigkeit bestimmen maßgeblich die Konjunkturlage und die zukünftige Entwicklung einer Volkswirtschaft. Fehlleitungen von Kapital und Arbeitskraft sind ebenso wie Arbeitslosigkeit und Nichtausschöpfung der wirtschaftlichen Wachstumsmöglichkeiten eine Belastung des Lebensstandards. Deshalb müssen im privatwirtschaftlichen wie im öffentlichen Bereich die Investitionen auf die konjunkturellen und strukturellen Erfordernisse der Gesamtwirtschaft abgestimmt sein.

Die in konjunktureller und struktureller Hinsicht notwendige Steuerung der privaten Investitionstätigkeit erfordert zusätzlich zu der global wirkenden Kreditpolitik einzelwirtschaftliche, auf bestimmte Wirtschaftszweige oder auf regionale Bereiche gerichtete Maßnahmen. Diese differenzierte Investitionssteuerung kann z. B. durch gezielte steuerliche und kreditpolitische Mittel oder durch Änderung der Abschreibungsbedingungen erfolgen.

Als Grundlage für die Investitionslenkung sind laufend Bedarfs- und Nachfragevorausschätzungen für die einzelnen Wirtschafts- und Industriezweige vorzunehmen und zu veröffentlichen. Auf diese Weise ist auch eine Beeinflussung der privatwirtschaftlichen Investitionstätigkeit in der volkswirtschaftlichen Rahmenplanung zu erreichen, ohne die letzte Entscheidung über Art und Umfang der Investitionen aus dem Bereich des einzelnen Unternehmens herauszunehmen.

4. Die Kontrolle wirtschaftlicher Macht

Zur Kontrolle der wirtschaftlichen Macht in ihren vielfältigen Formen sind – je nach Ausmaß und Bedeutung – verschiedene Methoden anzuwenden. Entscheidend ist, daß der Mißbrauch wirtschaftlicher Macht verhindert und eine soziale Gestaltung der Wirtschaft gesichert wird.

Insbesondere fordern die Gewerkschaften:

- fortlaufende Erhebungen über den Umfang der Konzentrationsbewegung durch die Bundesregierung,
- die Beseitigung Konzentrationsfördernder Rechtsvorschriften (z. B. auch der entsprechenden Steuervorschriften),
- die Mitbestimmung der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften,

- die Neuordnung der Unternehmensverfassung,
- die Erweiterung der Publizität,
- die wirkungsvolle Ausgestaltung der Monopol- und Kartellkontrolle,
- die Mobilisierung des Wettbewerbs u. a. durch öffentliche und gemeinwirtschaftliche Unternehmen,
- den Ausbau des Systems öffentlich gebundener Unternehmen,
- die Überführung von Schlüsselindustrien und anderen markt- und wirtschaftsbeherrschenden Unternehmungen in Gemeineigentum.

Das Gemeineigentum in seinen verschiedenen Formen hat in der modernen Industriegesellschaft entscheidende Bedeutung, besonders auch als Lenkungs- und Steuerungsmittel der Wirtschaft. Die Gewerkschaften fordern die Erhaltung und Ausweitung des öffentlichen Industriebesitzes.

Die wachsende Bedeutung der Atomindustrie erfordert staatliches Eigentum an allen Kernbrennstoffen und eine strenge Kontrolle des Reaktorbaues im Hinblick auf eine Koordinierung der gesamten Energiepolitik sowie aus Gründen des Arbeits- und Bevölkerungsschutzes.

5. Wirtschaftliche Mitbestimmung

Die paritätische Mitbestimmung der Arbeitnehmer muß bei allen wirtschaftlichen, sozialen und personellen Entscheidungen gesichert sein. Sie muß im privaten und gemeinwirtschaftlichen Bereich gelten.

Zu ihrer Sicherung sind die betrieblichen Mitbestimmungsrechte auszubauen, sind die Aufsichtsräte aller Großunternehmen paritätisch aus Vertretern der Anteilseigner und der Arbeitnehmer zu besetzen, ist in die Vorstände und Geschäftsführungen aller Großunternehmen mindestens ein Mitglied zu berufen, das nicht gegen die Mehrheit der Stimmen der Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat bestellt werden kann.

Die überbetriebliche Mitbestimmung muß in paritätisch aus Arbeitnehmervertretern und Unternehmensvertretern besetzten Organen verwirklicht werden.

6. Planung und Wettbewerb

Jede Volkswirtschaft bedarf im Rahmen einer grundsätzlich am Wettbewerb orientierten Ordnung der Planung. Wettbewerb und Planung dienen der Erreichung wirtschaftspolitischer Ziele. Monopole und Kartelle führen zur Einschränkung und Ausschaltung des Wettbewerbs in der Marktwirtschaft. Deshalb ist das Wettbewerbsrecht wirksamer zu gestalten. Die Kartellgesetzgebung muß auf dem Verbotsprinzip aufbauen, die Preisbindung zweiter Hand ist zu verbieten. Der Verbraucher muß in die Lage versetzt werden, Qualität und Preiswürdigkeit der einzelnen Erzeugnisse nach objektiven Kriterien zu beurteilen. Monopolistisch beherrschte oder durchgesetzte Märkte sind durch direkte öffentliche Intervention im Interesse der Gesamtheit zu regulieren. Dabei kommt den gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen eine wesentliche Bedeutung zu.

Nicht nur am 1. Mai werden Forderungen erhoben



Allgemeiner Streik zum Schutze der Demokratie

Der Bundeskongreß bekennt sich zu dem Beschluß des Bundesausschusses „Schutz der Demokratie ist auch Aufgabe des DGB“ vom 24. Juli 1962. Dieser Beschluß lautet: „Bei Gefährdung der demokratischen Grundordnung oder der demokratischen Grundrechte sowie bei Gefährdung der unabhängigen Gewerkschaftsbewegung ist es Aufgabe des Deutschen Gewerkschaftsbundes, zu einem allgemeinen Streik aufzurufen.“ (Antrag 156 — bei zwei Stimmenenthaltungen angenommen)

Appell an alle die guten Willens sind! (Abrüstungsentschließung)

Nicht Atomwaffen – nicht Völkermord, sondern Abrüstung und Völkerfrieden!

Der Bundeskongreß des DGB in Hannover gibt seinem tiefen Bedauern Ausdruck, daß eine allgemeine, totale, kontrollierte und weltweite Abrüstung in Ost und West trotz der Abrüstungskonferenzen nicht erzielt wurde.

Der Bundeskongreß erinnert an die ständig wiederholten Appelle des Deutschen Gewerkschaftsbundes an die verantwortlichen Staatsmänner der Welt, zur Erhaltung des Friedens, der Freiheit und der Menschenwürde von dem sinnlosen Wettrennen abzulassen, dessen Folgen eine wachsende Kriegsgefahr, eine unverantwortliche Vergeudung von Produktivkräften und damit eine Gefährdung der Erhaltung und Fortentwicklung der Menschheit sind.

Der Bundeskongreß fordert besonders die völkerrechtliche Ächtung aller atomaren, bakteriologischen und chemischen Kampfmittel, die sofortige Einstellung aller Versuche mit nuklearen Waffen, die Vernichtung aller vorhandenen atomaren, bakteriologischen und chemischen Kampfmittel und das Verbot ihrer Herstellung in der ganzen Welt.

Er fordert die Schaffung einer internationalen Sicherheitsordnung im Rahmen der Vereinten Nationen. Die Beziehungen zwischen den Staaten müssen endgültig und ausschließlich auf die Basis des Rechts gestellt werden. Gewalt als Mittel der Politik hat in der Welt nichts mehr zu suchen.

Die deutschen Gewerkschaften sind der Auffassung, daß der Weltfrieden nicht durch verstärkte militärische Rüstungen gesichert werden kann, sondern nur durch die ungehinderte Ausdehnung des sozialen Fortschritts und die ständige Verbesserung der Lebensverhältnisse der arbeitenden Menschen in allen Ländern. Sie wenden sich mit aller Entschiedenheit da-

Weitere Beschlüsse des DGB-Bundeskongresses für die Berücksichtigung in der Diskussion



Die sozialpolitischen Grundsätze des DGB

gegen, daß die Rüstungslasten einseitig auf die Arbeitnehmer abgewälzt werden und zu einer Vernachlässigung der sozialen Verpflichtungen des Staates führen. Der Bundeskongreß erwartet deshalb, daß im Bundeshaushalt ausreichende Mittel für den Ausbau der sozialen Sicherheit bereitgestellt werden, da nur eine fortschrittliche soziale Ordnung diejenigen Kräfte fördert, die willens und fähig sind, unsere Demokratie zu erhalten. Soziale Stärke ist eine unabdingbare Voraussetzung des inneren und äußeren Friedens. Die Bundesregierung und der Bundestag haben die Verantwortung und die Verpflichtung, mit größter Aktivität und durch geeignete Maßnahmen für die Erhaltung des Friedens und für die Einstellung des Wettrüstens in der Welt einzutreten. Der Bundeskongreß erwartet von der Bundesregierung und den politischen Parteien der Bundesrepublik eigene Abrüstungsinitiativen und den Verzicht auf die atomare Ausrüstung der Bundeswehr. Er fordert den Bundesvorstand auf, sich für die Aktivierung der gewerkschaftlichen Mitarbeit im Ausschuß „Kampf dem Atomtod“ einzusetzen. Er fordert die gesamte demokratische Öffentlichkeit auf, die Tätigkeit des Ausschusses nach Kräften zu unterstützen. Der Bundeskongreß wendet sich mit aller Entschiedenheit gegen die Fortsetzung des Wettrüstens in Ost und West der zweigeteilten Welt. Der Bundeskongreß appelliert an die Weltöffentlichkeit und an alle verantwortungsbewußten Staatsmänner, im Sinne der Parole zu handeln, unter die der Deutsche Gewerkschaftsbund in diesem Jahr den Weltfeiertag der Arbeit gestellt hatte:

Nicht Atomwaffen – nicht Völkermord, sondern Abrüstung und Völkerfrieden!
(Entschließung T – einstimmig angenommen)

Entschließung Mitbestimmung

Der Bundeskongreß stellt fest, daß die nach dem Zusammenbruch der Hitler-Diktatur von allen verantwortungsbewußten Kräften geforderte umfassende Mitbestimmung der Arbeitnehmer in der Wirtschaft – als unerläßliche Voraussetzung der sozialen Demokratie – noch immer aussteht. Eine Neuordnung von Wirtschaft und Gesellschaft, auf die gerade die Arbeitnehmer nach den Erfahrungen der Vergangenheit große Hoffnungen gesetzt haben, ist ausgeblieben. Selbst das nur in einem Teil der Wirtschaft geltende Montanmitbestimmungsgesetz von 1951 entspricht nicht ganz unseren Vorstellungen. Das Betriebsverfassungsgesetz von 1952 geht an einer wirksamen Rege-

I. Grundrechte der Arbeit

Der soziale Rechtsstaat hat die Verpflichtung, die Grundlagen für die Verwirklichung des Rechtes auf Arbeit zu schaffen. Die Vollbeschäftigung und ihre Erhaltung sind hierzu wesentliche Voraussetzungen. Die freie Wahl des Berufes, des Arbeitsplatzes und der Ausbildungsstätte ist zu gewährleisten.

Die Arbeitnehmer und ihre Familien sind, um ein menschenwürdiges Leben führen zu können, auf ein Arbeitseinkommen angewiesen, das ausreicht, sie wirtschaftlich zu sichern und ihnen die Teilnahme am kulturellen Leben zu ermöglichen.

Die Arbeitnehmer haben das Recht, sich in Gewerkschaften zusammenzuschließen. Die freie Betätigung der Gewerkschaften im Rahmen ihrer selbstbestimmten Aufgaben ist uneingeschränkter Bestandteil der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Das Streikrecht der Gewerkschaften ist unantastbar.

Die eigenverantwortliche Gestaltung der Arbeitsbedingungen durch Abschluß von Tarifverträgen ist allein Aufgabe der Gewerkschaften sowie der Arbeitgeber und ihrer Verbände. Jeder staatliche Eingriff in die Tarifhoheit ist unzulässig. Das gilt auch für jede Form eines Zwanges zur Schlichtung.

Die tarifvertraglich vereinbarten Löhne, Gehälter sowie sonstigen Arbeitsbedingungen, die zur Sicherung des Rechts-

anspruches auch alle betrieblichen Leistungen an die Arbeitnehmer zu umfassen haben, gelten unabdingbar nur für die von dem Tarifvertrag erfaßten Arbeitnehmer und Arbeitgeber.

II. Arbeit und Betrieb

Das Recht auf Mitbestimmung der Arbeitnehmer und ihrer Vertretungen in Betrieben und Verwaltungen ist auszudehnen, wirksamer zu gestalten und durch eine neue Rechtsgrundlage zu verbessern.

Die Stellung der Betriebs- und Personalratsmitglieder sowie der Jugendvertreter ist rechtlich so zu sichern, daß ihnen durch die Erfüllung ihrer Aufgaben keine persönlichen Nachteile entstehen. Für die gewerkschaftlichen Vertrauensleute und die Vertreter der Gewerkschaften sind in Betrieben und Verwaltungen alle Voraussetzungen zu schaffen, um auch dort die gewerkschaftliche Vertretung zu sichern.

III. Arbeitsverhältnis

Die Persönlichkeit des Arbeitnehmers und seine Menschenwürde sind auch am Arbeitsplatz zu achten. Seine Arbeitsleistung darf nicht allein als Ware gewertet werden.

Für gleichwertige Tätigkeit ist gleiches Arbeitsentgelt ohne Unterschied des Alters oder Geschlechtes zu zahlen. Ist der Arbeitnehmer durch höhere Gewalt, aus anderen nicht in seiner Person liegenden Gründen oder aus besonde-

ren persönlichen Gründen verhindert, seiner Arbeit nachzugehen, so hat er Anspruch auf Weiterzahlung seines Arbeitsentgelts.

Im Falle der Arbeitsunfähigkeit infolge Krankheit und bei Durchführung von Maßnahmen zur Erhaltung, zur Besserung und zur Wiederherstellung der Gesundheit haben alle Arbeitnehmer Anspruch auf Fortzahlung des vollen Arbeitsentgelts für die Dauer von mindestens sechs Wochen.

Das Lehr- und Anlernverhältnis ist ein Ausbildungsverhältnis mit überwiegend arbeitsrechtlichem Charakter. Die Vergütungen und sonstigen Bedingungen sind tarifvertraglich zu vereinbaren.

Für besonders schutzbedürftige Arbeitnehmergruppen, bei denen die Voraussetzungen zur tarifvertraglichen Regelung der Löhne, Gehälter und sonstigen Arbeitsbedingungen fehlen, sind unter maßgeblicher Beteiligung der Gewerkschaften Mindestentgelte und sonstige Mindestarbeitsbedingungen festzusetzen. Die geltenden gesetzlichen Arbeitszeitregelungen sind zu vereinheitlichen, zu verbessern und den tatsächlichen Verhältnissen, insbesondere den verkürzten Arbeitszeiten anzupassen. Die Sonn- und Feiertagsarbeit ist besonders aus ethischen und familiären Gründen grundsätzlich zu untersagen. Die Schichtarbeit ist wegen ihrer gesundheitsgefährdenden Auswirkung auf das unerläßliche Maß zu beschränken.

Durch Erhöhung des jährlichen Urlaubs und seine materielle Sicherung ist eine

400 000 'liebe Mitarbeiter' wurden wegen ihres Streiks ausgesperrt.



*Weitere Beschlüsse
des DGB-Bundes-
kongresses für die
Berücksichtigung
in der Diskussion*

ausreichende Erholung der Arbeitnehmer zu ermöglichen. Der Kündigungsschutz und die Kündigungsfristen müssen für alle Arbeitnehmer den Arbeitsplatz, die soziale Stellung im Betrieb und den erreichten Lebensstandard weitgehend sichern. Älteren Arbeitnehmern, Behinderten und anderen gefährdeten Arbeitnehmergruppen ist ein besonderer Schutz zu gewähren. Das Recht der abhängigen Arbeit ist in einem sozial fortschrittlichen Arbeitsgesetzbuch zusammenzufassen.

IV. Beruf und Arbeit

Jeder soll die Möglichkeit erhalten, sich entsprechend seiner Eignung und Neigung für einen Beruf aus- und weiterzubilden. Die berufliche Aus- und Weiterbildung ist fachlich und wirtschaftlich zu sichern. Die Berufsausbildung ist durch Gesetz einheitlich zu regeln, wobei die Mitbestimmung der Gewerkschaften bei der Gestaltung, Durchführung und Überwachung einer zeitgemäßen Berufsausbildung zu sichern ist. Zu einer freigeählten Berufsausbildung müssen jedem die gleichen Möglichkeiten offenstehen. Soziale Ungleichheiten sind durch geeignete Hilfsmaßnahmen zu überbrücken. Das System der Berufsausbildungsbeihilfen ist auszubauen und grundlegend zu vereinheitlichen. Jeder hat Anspruch auf eine kostenfreie, individuelle und unparteiliche Berufs- und Arbeitsberatung sowie Arbeitsvermittlung. Bei der Beratung und Vermittlung sind die Neigungen und Fähigkeiten des Ratsuchenden zu berücksichtigen. Er ist über die sozialen und wirtschaftlichen Möglichkeiten der gewählten Tätigkeit zu unterrichten. Die Inanspruchnahme der Berufsberatung, Arbeitsberatung und Arbeitsvermittlung ist freiwillig. Zwangs- und Erfassungsmaßnahmen sind hiermit unvereinbar. Soweit bei Rationalisierung und Automation Arbeitsplätze gefährdet werden, haben die Betriebe und Verwaltungen bei ihren Planungen entsprechende Anpassungsmaßnahmen vorzusehen, die aufeinander abzustimmen und zu kontrollieren sind. Die Betriebe und Verwaltungen, die solche Rationalisierungsmaßnahmen durchführen, sind an der Finanzierung der Anpassungshilfen sowie an der Schaffung neuer Arbeitsplätze zu beteiligen.

Die Vorteile einer betrieblichen Rationalisierung müssen allen Arbeitnehmern zugute kommen. Bei den Anpassungsmaßnahmen sind die Arbeitnehmer vor finanziellen und sozialen Nachteilen zu schützen.

V. Schutz am Arbeitsplatz

Zur Sicherung der Arbeitnehmer vor Unfall- und Gesundheitsgefahren ist der Unfallschutz in den Betrieben technisch, organisatorisch und personell auszubauen. Die Gestaltung des Arbeitsplatzes ist der natürlichen Leistungsfähigkeit der Arbeitnehmer anzupassen. Diese Maßnahmen sind durch einen betrieblichen Gesundheitsschutz zu ergänzen. Die Arbeitgeber sind als Verantwortliche für die Arbeitssicherheit gesetzlich zu verpflichten, entsprechende Maßnahmen durchzuführen. Das Arbeitsschutzrecht muß einheitlich und übersichtlich gestaltet und den Erfordernissen der technisierten Arbeitswelt angepaßt werden. Die Durchführung der Arbeitssicherheitsmaßnahmen in den Betrieben und Verwaltungen ist durch staatliche Einrichtungen und durch die gesetzliche Unfallversicherung zu unterstützen und zu überwachen. Die Gewerbeaufsicht ist ständig der industriellen Entwicklung anzupassen. Alle für den Arbeitsschutz zuständigen Stellen sind unter maßgeblicher Beteiligung der Gewerkschaften zusammenzufassen. Forschung und Lehre im Bereich der Arbeitssicherheit und der Arbeitsmedizin sind verstärkt zu fördern. Die wissenschaftlichen Ergebnisse sind der betrieblichen Praxis nutzbar zu machen. Jugendliche Arbeitnehmer müssen durch besondere Regelungen vor Gesundheitsgefahren geschützt werden. Diese Regelungen müssen Bestimmungen über ausreichende Freizeit enthalten. Besondere Regelungen sind für den Arbeitsschutz weiblicher Arbeitnehmer erforderlich.

VI. Gesundheitssicherung

Der öffentliche Gesundheitsdienst hat allgemeine Maßnahmen zum Schutz der Gesundheit der Bevölkerung durchzuführen. Dazu gehören insbesondere: die wissenschaftliche Erforschung von Volkskrankheiten, öffentliche Beratungsstellen, Maßnahmen zur Erhaltung der Volksgesundheit, z. B. durch Schutzimpfungen, Reinhaltung des Wassers und der Luft, Beseitigung von gesundheitsschädigenden Einwirkungen von Lärm und Strah-

len und Versorgung der Bevölkerung mit einwandfreien Lebensmitteln. Kinder und Jugendliche sind durch den öffentlichen Gesundheitsdienst regelmäßig ärztlich und zahnärztlich zu untersuchen. Die Bevölkerung ist ständig über eine gesunde Lebensführung aufzuklären. Zur Erhaltung der Volksgesundheit ist eine dem Fortschritt der medizinischen Wissenschaft und den Bedürfnissen des Kranken angepaßte Neugestaltung des Krankenhauswesens notwendig. Bund, Länder und Gemeinden haben zusammenzuarbeiten, um nach einem einheitlichen Plan Krankenhäuser im notwendigen Umfang zu errichten, auszubauen und zu unterhalten. Die Arbeitnehmer und ihre Familien haben einen Anspruch darauf, daß ihnen alle gesicherten Ergebnisse und erprobten Mittel der medizinischen Forschung zugute kommen. Eine umfassende ärztliche Hilfe für alle Arbeitnehmer und ihre Familien ist insbesondere durch die Krankenversicherung zu gewährleisten. Die ärztliche Hilfe hat sich auch auf die Gesundheitsvorsorge und Gesundheitsaufklärung zu erstrecken. Jeder hat ein Recht auf alle Mittel und Leistungen, die der Erhaltung und Wiederherstellung seiner Gesundheit und Leistungsfähigkeit dienen. Der Behinderte ist durch umfassende medizinische und berufliche Maßnahmen wieder zu befähigen, am beruflichen und gesellschaftlichen Leben gleichberechtigt teilzunehmen. Diese Rehabilitationsmaßnahmen dürfen nicht von Art, Ursache und Umfang der Behinderung abhängig gemacht werden. Die einzelnen Leistungsträger haben ihre Maßnahmen und Einrichtungen zur Rehabilitation miteinander abzustimmen und gemeinsame Einrichtungen zu schaffen. Hierzu sind neue gesetzliche Grundlagen erforderlich.

VII. Soziale Sicherung

Um die Arbeitnehmer gegen die Folgen der verschiedenen Lebensrisiken, wie Krankheit, Unfall, Arbeitslosigkeit, Berufs- und Erwerbsunfähigkeit zu schützen, ist ein umfassendes System der Sozialen Sicherung zu schaffen. Die soziale Sicherung wird vor allem durch die Träger der Sozialversicherung sowie durch kommunale und unmittelbare staatliche Einrichtungen durchgeführt. Die Sozialversicherung ist solida-



lung vorbei. Unsere Forderungen nach einer überbetrieblichen Mitbestimmung sind bisher ohne Erfolg geblieben.

Die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik bestätigt die Berechtigung der unmittelbar nach 1945 von den Gewerkschaften aufgestellten Forderung nach einer Demokratisierung der Wirtschaft. Von ihrer Durchsetzung wird es entscheidend abhängen, ob unsere freiheitliche Grundordnung gesichert und ausgebaut werden kann.

Der dem Bundestag vorliegende Entwurf einer Reform des Aktienrechts, in dem vor allem die Interessen der Aktionäre berücksichtigt sind, beweist erneut, wie wenig die Bundesregierung bereit ist, fortschrittliche Bestimmungen ins Gesellschaftsrecht aufzunehmen.

Der Bundeskongreß bekennt sich nach wie vor zu den damals aufgestellten Grundsätzen und erwartet vom Parlament eine umfassende gesetzliche Neuregelung des wirtschaftlichen Mitbestimmungsrechts im Rahmen einer grundlegenden Reform des Unternehmensrechts. Mit ihr muß die qualifizierte Mitbestimmung der Arbeitnehmer über die Montanindustrie hinaus auf alle Großunternehmen ausgedehnt werden. Dabei müssen alle Rechtsformen und Wirtschaftszweige erfaßt werden.

Die betriebliche Mitbestimmung ist durch eine überbetriebliche Mitbestimmung der Arbeitnehmer sinnvoll zu ergänzen. Regional gegliederte Gremien und ein entsprechendes Organ auf Bundesebene sollen unter paritätischer Beteiligung der Arbeitnehmer eine umfassende Kontrolle und Koordination in der Wirtschaft ermöglichen.

Unabhängig davon fordert der Bundeskongreß den Gesetzgeber auf, die Mängel des geltenden Mitbestimmungsrechts zu beseitigen. Unsere Kritik richtet sich dabei vornehmlich gegen den § 15 des Mitbestimmungsergänzungsgesetzes, nach dem bestimmte Entscheidungen im Aufsichtsrat der Muttergesellschaft ohne Beteiligung der Arbeitnehmervertreter getroffen werden können. Nach wie vor bestehen wir auf einer ersatzlosen Streichung dieses diskriminierenden Paragraphen.

Innengewerkschaftlich sind nach Auffassung des Bundeskongresses auf dem Gebiet der Mitbestimmung vorrangig folgende Aufgaben gestellt: Die begonnene Überprüfung der theoretischen Mitbestimmungsgrundlagen und die Auseinandersetzung mit den gegnerischen Argumenten ist weiterzuführen.

Die in der Mitbestimmung tätigen Kollegen müssen in Arbeitskreisen zu einem regelmäßigen Erfahrungsaustausch zusammengefaßt werden. Wir müssen für eine noch bessere

Die Bosse zeigten, was sie unter 'Sozialpartnerschaft' verstehen.



*Weitere Beschlüsse
des DGB-Bundes-
kongresses für die
Berücksichtigung
in der Diskussion*



Aufklärung der Gewerkschaftsmitglieder der Sorge tragen und unsere Bildungsarbeit weiter ausdehnen, um einen möglichst großen Kreis von Sach- und Fachverständigen zur Verfügung zu haben, die in der Lage sind, auf allen Gebieten der Mitbestimmung die Interessen der Arbeiter und Angestellten wirksam zu vertreten. Der Bundeskongress erklärt, daß die Mitbestimmung, das heißt die gleichberechtigte Beteiligung der Arbeitnehmer an den Entscheidungen in allen Bereichen des Wirtschaftslebens, unabdingbarer Bestandteil der demokratischen Gesellschaftsordnung ist. Wer die Demokratie will, muß sie nicht nur im Staatsleben, sondern auch in der Wirtschaft bejahen. Deshalb wird sich der Deutsche Gewerkschaftsbund nach wie vor mit allen Kräften für die Sicherung und den Ausbau der Mitbestimmung einsetzen.
(Entschließung A 3 und A 18 — gegen drei Stimmen angenommen)

Zur gewerkschaftlichen Jugendarbeit

Die Delegierten des 6. Bundeskongresses des DGB stellen fest, daß die gewerkschaftliche Jugendarbeit ein wesentlicher und integrierender Bestandteil der gesamten Gewerkschaftsbewegung ist, weil es zu ihrer bedeutsamen Aufgabe gehört, den jungen Arbeitnehmer zu einem aktiven, politisch bewußten und gesellschaftlich handelnden Staatsbürger zu erziehen. Diese Arbeit hat in den letzten Jahren ständig an Umfang und Bedeutung gewonnen, so daß alles getan werden muß, damit diese Aufgabe zum Wohl der arbeitenden Jugend und zur Stärkung der Gewerkschaften im DGB gelöst wird. Die Delegierten des 6. Bundeskongresses anerkennen die politische Aufgabenstellung der gewerkschaftlichen Jugendarbeit, wie sie in den bisherigen Funktionen und in der Zusammensetzung der Jugendausschüsse sowie in der gleichberechtigten Vertretung der Jugend in den Organen des DGB ihren Ausdruck findet.
(Antrag 320 — einstimmig angenommen)

Wirtschaftspolitisches Grundsatzzprogramm des DGB

Die Delegierten der 6. Zentralen Jugendkonferenz der IG Chemie — Papier — Keramik halten nach wie vor an den Beschlüssen des DGB-Gründungskongresses in München fest. Sie fordern eine Demokratisierung der gesamten Wirtschaft. In diesem Sinne halten sie es für erforderlich, die Schlüsselindustrien sowie andere markt- oder wirtschaftsbeherrschende Unternehmen in Gemein-eigentum zu überführen. Das gilt besonders für die chemische Industrie, de-

rische Selbsthilfe und Schutzeinrichtung für alle Arbeitnehmer und ihre Familien. Die Organisation der Träger der gegliederten Sozialversicherung und anderer sozialer Einrichtungen ist so zu gestalten, daß sie ihre Aufgaben wirkungsvoll erfüllen. Unter Beachtung dieses Zieles ist der organisatorische Auf- und Ausbau der Sozialen Sicherung planmäßig weiterzuentwickeln. Im Mittelpunkt aller Maßnahmen haben die Interessen der Leistungsberechtigten zu stehen. Die ärztliche Begutachtung im Rahmen der sozialen Sicherung erfolgt durch einen unabhängigen Sozialärztlichen Dienst. Die ärztlichen Gutachten sind für alle Sozialleistungsträger verbindlich. Der Sozialärztliche Dienst ist als Gemeinschaftseinrichtung aller Sozialleistungsträger zu errichten und überschaubar zu gliedern. Die Verwaltung des Sozialärztlichen Dienstes erfolgt durch Selbstverwaltungsorgane. Die Benachteiligung einzelner Gruppen in der Sozialen Sicherung ist zugunsten einer sozial fortschrittlichen Regelung zu beseitigen. Auf alle Leistungen der Sozialen Sicherung besteht ein Rechtsanspruch.

VIII. Geldleistungen der Sozialen Sicherung

Durch die Einrichtungen der Sozialen Sicherung sind den Arbeitnehmern und ihren Familien als Ersatz für das ausfallende Arbeitseinkommen ausreichende Geldleistungen zu gewähren, die es dem einzelnen ermöglichen, seinen erreichten Lebensstandard aufrechtzuerhalten. Die Leistungen sind ständig den Veränderungen der Arbeitseinkommen der Arbeitnehmer anzupassen.

Im Falle der unfreiwilligen Arbeitslosigkeit ist eine wirtschaftliche Sicherung durch die gesetzliche Arbeitslosenversicherung zu gewähren. Die wirtschaftliche Sicherung der arbeitsunfähigen Kranken hat nach Ablauf der Lohn- und Gehaltsfortzahlung durch die Krankenversicherung zu erfolgen. Jedem Arbeitnehmer ist bei Berufsunfähigkeit oder Erwerbsunfähigkeit und bei Erreichung einer bestimmten Altersgrenze durch die gesetzliche Rentenversicherung eine Rentenleistung zu gewähren, die seinen erreichten Lebensstandard sichert. Für weibliche Arbeitnehmer in besonders gefährdeten Berufen und für Arbeitnehmer, die aus Altersgründen keinen angemessenen Arbeitsplatz mehr erhalten, ist die Rente durch Festsetzung einer besonderen Altersgrenze vorzeitig zu gewähren. Die Renten haben sich aus einer Grundsicherung und einer individuellen Beitragsrente zusammzusetzen. Die wirtschaftliche Sicherung der Unfallgeschädigten und deren Hinterbliebenen ist als Leistung der gesetzlichen Unfallversicherung so zu bemessen, daß sie einen gerechten Schadensersatz darstellt.

Die wirtschaftliche Sicherung während der Durchführung von Rehabilitationsmaßnahmen hat ohne zeitliche Begrenzung durch die Träger der Sozialen Sicherung zu erfolgen. Im Rahmen der beruflichen Wiedereingliederung sind dem Behinderten für eine längere Übergangszeit erforderlichenfalls ein Lohn- oder Gehaltsausgleich und sonstige soziale Leistungen zu gewähren, die die Wiedereingliederung erleichtern. Der Schutz von Mutter und Kind erfordert gesetzliche Maßnahmen, die eine gesundheitliche Bedeutung und eine wirtschaftliche Sicherung gewährleisten. Vor und nach der Niederkunft besteht Anspruch auf Freistellung von der Arbeit unter Weitergewährung des Arbeitsentgeltes. Die Gesellschaft ist verpflichtet, sich an den Aufwendungen der Familien oder Sorgeberechtigten für deren Kinder zu beteiligen. Für jedes Kind ist unabhängig vom Einkommen ein ausreichendes Kindergeld zu gewähren.

IX. Finanzierung der Sozialen Sicherung

Die Finanzierung der Sozialen Sicherung hat nach den Grundsätzen eines sozialen Rechtsstaates zu erfolgen. Für die Durchführung von Fremdaufgaben aus anderen sozialen Bereichen ist dem durchführenden Träger in jedem Fall voller Kostenersatz zu gewähren. Die Aufwendungen für Berufsberatung, Arbeitsberatung und Arbeitsvermittlung sind aus Staatsmitteln zu finanzieren. Die Mittel für die wirtschaftliche Sicherung der Arbeitnehmer bei Arbeitslosigkeit einschließlich der notwendigen Rücklagen haben die Betriebe und Verwaltungen im Umlageverfahren aufzubringen. Bei Massenarbeitslosigkeit hat der Staat die erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen.

Die Berufsausbildungsbeihilfen sind aus Staatsmitteln zu finanzieren. Die Ausgaben der sozialen Krankenversicherung sind durch Beiträge der Arbeitnehmer und der Betriebe bzw. Verwaltungen zu finanzieren. Die Aufwendungen für die Gesundheitsvorsorge und Gesundheitsaufklärung sind vom Staat den Trägern der Krankenversicherung zu erstatten.

In der gesetzlichen Rentenversicherung hat der Staat die Aufwendungen für die Grundrenten zu übernehmen. Die individuelle Beitragsrente ist aus Beiträgen der Arbeitnehmer und der Betriebe bzw. Verwaltungen zu finanzieren. Zur Finanzierung einer ausreichenden Beitragsrente in der knappschaftlichen Versicherung hat der Staat Zuschüsse zu gewähren. Die für Leistungen der gesetzlichen Unfallversicherung erforderlichen Deckungsmittel sind durch Beiträge der Betriebe bzw. Verwaltungen im Umlageverfahren aufzubringen.

Die Mittel für die Gewährung des Kindergeldes sind vom Staat aufzubringen. Für alle Leistungen der Sozialen Sicherung, die nicht voll aus Staatsmitteln finanziert werden, hat der Staat die Ausfallgarantie zu übernehmen.

X. Soziale Selbstverwaltung

Die Arbeitnehmer verwalten die Einrichtungen der Sozialversicherung und andere entsprechende Einrichtungen der Sozialen Sicherung selbst. Das Recht der Arbeitnehmer in der gesetzlichen Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung, ihre Angelegenheiten in alleiniger Zuständigkeit selbst zu regeln, ist unabdingbar. Der Grundsatz uneingeschränkter und alleiniger Selbstverwaltung durch die Arbeitnehmer gilt unteilbar sowohl für die Zusammensetzung der Organe als auch für ihre Aufgaben und den Umfang ihrer Befugnisse. In der gesetzlichen Unfallversiche-

rung werden die Organe der Selbstverwaltung von Arbeitnehmern und Arbeitgebern paritätisch besetzt. Dem Recht auf Selbstverwaltung gebührt Vorrang vor staatlicher Bevormundung. Die Gewerkschaften, als die für die Vertretung von Arbeitnehmerinteressen maßgeblichen Institutionen sind allein berechtigt, geeignete Vertreter der Arbeitnehmer für die Selbstverwaltungsorgane zu benennen.

XI. Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit

Die Verwirklichung des sozialen Rechtsstaates erfordert eine selbstständige Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit. Sie ist ohne Ausnahme der Aufsicht der Arbeits- und Sozialminister zu unterstellen. Durch die Rechtsprechung sind die Grundsätze der Sozialstaatlichkeit zu wahren und das Arbeits- und Sozialrecht fortzuentwickeln. An der Rechtsprechung sind die Arbeitnehmer ehrenamtlich zu beteiligen. Als hauptamtliche Richter sind auch solche Arbeitnehmer zu berufen, die besondere Kenntnisse und Erfahrungen im Arbeitsleben und auf sozialem Gebiet haben.

XII. Internationale Sozialpolitik

Die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmer in aller Welt sind zu verbessern. Dieses Ziel ist durch Maßnahmen anzustreben, die einen ständigen Fortschritt begünstigen und dabei auch auf eine Verminderung der Unterschiede in und zwischen den einzelnen Staaten hinwirken. Die Zunahme der zwischenstaatlichen Wanderung erfordert dringend, inländische und ausländische Arbeitnehmer im Sozial- und Arbeitsrecht gleichzustellen. Der Zusammenschluß von Staaten zu übernationalen Gemeinschaften sowie die internationalen Einrichtungen der Sozialen Sicherung, wie die Internationale Arbeitsorganisation, haben die soziale Entwicklung zu fördern. Die Gewerkschaften sind an der Arbeit internationaler Einrichtungen mit sozialpolitischer Zielsetzung unmittelbar und gleichberechtigt zu beteiligen.

Unsoziale 'Sozialpakete' stehen vor der Tür



Beschlüsse von Gewerkschaftsjugendkonferenzen für die Berücksichtigung in der Diskussion

Die kulturpolitischen Grundsätze des DGB

Gewerkschaftliche Kulturpolitik will alle geistigen und sittlichen Kräfte unserer Gesellschaft fördern, die für die Bildung eines demokratischen Bewußtseins und eines demokratischen Gemeinsinnes wirken und die auf die soziale Integration der Demokratie drängen.

In diesem ihrem sozialen kulturpolitischen Auftrag werden die Gewerkschaften durch die dringendsten Forderungen unserer Zeit bestätigt. Die gesellschaftlichen Aufgaben, die aus der Entwicklung der Naturwissenschaften und der technischen Anwendung ihrer Ergebnisse erwachsen, sind nicht anders zu bewältigen, als durch eine intensive soziale Kulturpolitik, deren wichtigste Forderung eine Neuordnung unseres gesamten Bildungswesens ist. Unsere Gesellschaft bedarf zu ihrem Bestehen und ihrer gedeihlichen Entwicklung ohne Zweifel dringend einer besseren Bildung für alle. Die freie, vielfältig gegliederte Ordnung unserer demokratischen Gesellschaft verbietet jeden Monopolanspruch, die Kulturpolitik zu gestalten.

1. Kulturpolitik in Bund, Ländern und Gemeinden

Für die wichtigsten kulturpolitischen Aufgaben sind in der Bundesrepublik die Länder zuständig. Angesichts der großen Aufgaben, vor denen die Kulturpolitik der freien Welt steht, der Bedürfnisse der Entwicklungsländer, im Hinblick auf die fortschreitende europäische Integration und die großen in der Bundesrepublik zu lösenden Probleme, sind die Bundesländer verpflichtet, stärker als bisher ihre Kulturpolitik zu koordinieren. Der DGB warnt davor, daß die gesetzgebende Zuständigkeit der Länder in kulturpolitischen Angelegenheiten zu einem Provinzialismus führt und eine vernünftige Planung und Investition gefährdet. Wo der Bund in kulturpolitischen Angelegenheiten zuständig ist, wie zum Beispiel in der Förderung der wissenschaft-

lichen Forschung und in der auswärtigen Kulturpolitik, müssen Bund und Länder aufs engste zusammenarbeiten. Wo es erforderlich ist, insbesondere, wo sich Notstände zeigen, wie auf vielen Gebieten des Schulwesens, haben Bund und Länder – unbeschadet der Zuständigkeit – gegenseitig Finanzhilfe zu leisten.

Die Gemeinden haben bedeutende und vielfältige kulturelle Aufgaben zu lösen. Durch entsprechende Etatgestaltung und Inanspruchnahme geeigneter Finanzhilfen sind die erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen.

Die Kulturetats der Gemeinden sind den gestiegenen und veränderten Kulturbedürfnissen anzupassen. Dabei sind jene Einrichtungen besonders zu fördern, die dem Bedürfnis der großen Mehrheit der Bürger entsprechen.

Die ländliche Bevölkerung hat die gleichen kulturellen Ansprüche wie die städtische. Ihr sind die gleichen Möglichkeiten zu geben.

Nichtstaatliche Institutionen können Staat und Gemeinden bei der Lösung der vielfältigen kulturpolitischen Aufgaben sinnvoll unterstützen.

II. Bildung und Erziehung

Die Neuordnung unseres Bildungs- und Erziehungswesens ist eine vordringliche Aufgabe. Diese Neuordnung muß den geistigen, sozialen, technischen und wirtschaftlichen Erfordernissen unserer Zeit entsprechen. Sie muß den Anforderungen einer Generation genügen, die die Probleme einer sich rasch wandelnden Welt zu meistern hat. Durch eine geeignete Reform des Prüfungs- und Berechtigungswesens ist den Bildungserfordernissen der dynamischen Industriegesellschaft Rechnung zu tragen.

Unser Bildungs- und Erziehungswesen genügt weder den gegenwärtigen noch den zukünftigen Anforderungen.

1. Die Schule

Die Schule hat die Aufgabe, die Persönlichkeit des Menschen zu bilden und im Rahmen dieser Persönlichkeitsbildung das Verständnis für soziale Rechte und für die Pflichten gegenüber der Gesellschaft zu wecken und zu fördern.

Jedem Kind müssen die seinen Anlagen und Befähigungen entsprechenden Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten offenstehen, und zwar unabhängig von der sozialen Stellung und der wirtschaftlichen Lage der Eltern. Die volle Schulpflicht ist bis zum 16. Lebensjahr auszuweiten, d. h. ein neuntes und zehntes Schuljahr ist für alle einzuführen. Angemessene Erziehungs- und Studienbeihilfen sind bereitzustellen.

Das gesamte Schulwesen ist als eine organische Einheit zu behandeln und in allen seinen Teilen gleichmäßig zu fördern.

Bei der Reform unseres Erziehungs- und Bildungswesens ist der Übergang von einem Schultyp zum anderen zu erleichtern (Durchlässigkeit), kein Schulzweig darf in eine Sackgasse führen.

Die Volks- und Berufsschulen sind weit aus stärker zu fördern als bisher, da sie für die große Mehrheit unserer Kinder die einzige Bildungsstätte sind.

Der zweite, berufsbezogene Bildungsweg muß ausgebaut und die Berufsbildung als Grundlage zur Weiterbildung bis zur Hochschulreife anerkannt werden.

Das höhere Fachschulwesen, insbesondere die kaufmännischen und frauenberuflichen Einrichtungen, ist auszubauen und aus seiner bisherigen fachlichen Enge herauszuführen.

An allen höheren Fachschulen sind politische und soziale Bildung zu Pflichtfächern zu machen.

Die Jugendlichen in allen Schulen müssen an das politische und soziale Leben herangeführt und damit zu künftigen Staats- und Wirtschaftsbürgern erzogen werden.

ren Machtposition durch immer stärkere Konzentration zunimmt.

Gegen atomare Aufrüstung

Die Ankündigung der Atommächte, ihre Kernwaffenversuche wieder aufzunehmen, wird von allen Völkern mit Bestürzung und Schrecken aufgenommen. Durch weitere Atomversuche wird die Gesundheit der Menschen gefährdet. Die Sprengwirkung der neu erprobten Waffen wird immer gewaltiger. Dadurch rückt auch die Gefahr näher, daß die Kontrolle über die Auswirkungen der Atomwaffen verloren geht. Es ist deshalb dringend erforderlich, alle verantwortlich denkenden Menschen zum Kampf gegen die Atomrüstung aufzurufen. Im Interesse der Erhaltung der Gesundheit und des Lebens der Bevölkerung ist notwendig: Die sofortige Einstellung aller Kernwaffenversuche, das Verbot der Produktion von Kernwaffen, die allgemeine kontrollierte Abrüstung und Vernichtung der vorhandenen Atomwaffen. Nach wie vor lehnen wir auch die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen ab. Wir appellieren an die Großmächte, unter Aufgabe bisheriger Vorbehalte eine weltweite Abrüstungspolitik voranzutreiben.

Forderung nach Bonner Abrüstungs-Initiativen

Die Delegierten der 5. Bundesjugendkonferenz appellieren aus ernster Besorgnis um den Frieden an die Regierungen in Ost und West. Sie fordern nicht nur eine Einstellung der Atombombenversuche, sondern auch eine Einigung zur generellen Abrüstung herbeizuführen. Nur dann ist ein Leben der Völker in Frieden, Wohlstand und sozialer Sicherheit möglich. Sie erwarten von der Bundesregierung und den politischen Parteien in der Bundesrepublik, daß sie politisch initiativ werden, um deutsche Abrüstungsvorschläge zu entwickeln, anstatt einen immer größeren deutschen Beitrag zum Wettrennen zu liefern.

Für politisches Mitspracherecht der Jugend

Die 5. Bundesjugendkonferenz lehnt jegliche jugendpolitische Akzentverschiebung für die gewerkschaftliche Jugendarbeit ab. Das gilt vor allem:

- Für die Kritik an den Düsseldorfer Beschlüssen zur Frage des Wehrbeitrages,
- für die geforderte Selbstbeschränkung der Gewerkschaftsjugend in Fragen der Politik,
- für alle Bestrebungen, die Gewerkschaftsjugend zu einer unpolitischen Jugendorganisation abzustempeln und ihr den Einfluß auf die gewerkschaftliche Meinungsbildung innerhalb der Gesamtorganisation zu verwehren.

Das war's. In der nächsten Ausgabe erwarten wir auch Deinen Diskussionsbeitrag. Mach mit.

Schulreform und Ausbau der bestehenden Bildungsmöglichkeiten (Rose)



Auch dem Landkind ist der Besuch von ausgebauten Schulen zu ermöglichen. Die Zahl der Schüler je Klasse ist auf ein pädagogisch vertretbares Maß herabzusetzen. Der Nachwuchs an qualifizierten Lehrern ist zu sichern, u. a. dadurch, daß der Staat durch eine entsprechende Besoldungspolitik und günstige Arbeitsbedingungen den notwendigen Anreiz gibt, Lehrer zu werden. Die Lehrer aller Schularten und -formen müssen an wissenschaftlichen Hochschulen studieren

2. Die Erwachsenenbildung

Dem Erwachsenen muß zu seiner ständigen Orientierung die Möglichkeit zum Um- und Weiterlernen gegeben sein. Wesentliche Bildungsinhalte sind in ihrem vollen Sinngehalt erst dem Erwachsenen zugänglich. Die Erwachsenenbildung hat Anspruch darauf, als eigenständige Bildungseinrichtung bei sinnvoller Einordnung in das gesamte öffentliche Erziehungs- und Bildungswesen anerkannt zu werden. Hierbei ist zu gewährleisten, daß sie stets in lebendiger Wechselbeziehung zu allen Einrichtungen der Schule und Jugendbildung – Hochschulen eingeschlossen – steht. Die Erwachsenenbildung ist ein wichtiger Beitrag zur Erziehung demokratisch denkender und handelnder Menschen. Zu den Hauptaufgaben der Erwachsenenbildung gehören deshalb:

- die politische und gesellschaftliche Bildung,
- die Förderung der internationalen Verständigung,
- die Vertiefung der Allgemeinbildung,
- die berufliche Weiterbildung.

Staat und Gemeinden haben die Pflicht, Einrichtungen zu fördern und darüber hinaus geeignete Einrichtungen zur Verstärkung dieser gesellschaftlichen Bildungsarbeit zur Verfügung zu stellen, die so auszustatten sind, daß sie den stets wachsenden Ansprüchen gerecht werden.

Die Erwachsenenbildung ist als Lehrgegenstand in die Fortbildung der Lehrer aller Schularten einzubauen. An den Universitäten sind Lehrstühle und Institute für Erwachsenenbildung einzurichten. An den pädagogischen Hochschulen sind Lehraufträge für Erwachsenenbildung zu erteilen.

Durch geeignete gesetzgeberische Maßnahmen ist sicherzustellen, daß die Arbeitgeber den Berufstätigen bezahlten Bildungsurlaub und Ausgleichsbeihilfen für den Besuch von Kursen der Erwachsenenbildung gewähren.

III. Wissenschaft und Forschung

Forschung und Lehre müssen frei und un-

abhängig sein. Die Forschungsergebnisse dürfen nur zum Wohle der Menschheit und für friedliche Zwecke ausgewertet werden.

Wissenschaft und Forschung können nur dann ihrer Bedeutung und den ihnen gestellten Anforderungen gerecht werden, wenn Staat und Gesellschaft erheblich mehr finanzielle Mittel für die Wissenschaftsförderung aufwenden, als das bisher geschehen ist. Diese nachhaltige Förderung bedarf der sorgfältigen und über die Bundesländergrenzen hinausgehenden Planung.

Die Hochschule ist sowohl Stätte wissenschaftlicher Forschung und Lehre, als auch in zunehmendem Maße beruflicher Ausbildung. Sie ist ein Bestandteil der Gesellschaft, in der sie kein isoliertes Dasein führen darf. Durch eine umfassende Reform müssen die Hochschulen so sinnvoll neugestaltet werden, daß eine enge Zusammenarbeit mit anderen Einrichtungen der Gesellschaft gewährleistet wird.

Die bestehenden Hochschulen sind auszubauen, neue sind entsprechend den gesellschaftlichen Erfordernissen zu errichten. Deshalb ist auch die Vermehrung der Lehrstühle, der Dozentenstellen und die Einstellung weiterer wissenschaftlicher Hilfskräfte erforderlich. Unabhängige Forschungsinstitute sollen die Unterlagen zur wissenschaftlichen Vorbereitung langfristiger Kulturpolitik erarbeiten.

Allen zum Studium Befähigten ist der Zugang zur Hochschule zu eröffnen. Außer den herkömmlichen müssen deshalb auch andere Bildungswege stärker als bisher ausgebaut und durch eine gesetzlich geregelte Ausbildungsförderung die unterschiedlichen Ausgangschancen ausgeglichen werden. Der Anteil von Studierenden aus Arbeitnehmerfamilien muß durch geeignete und gezielte Förderungsmaßnahmen vergrößert werden. Die Studierenden sollen so gefördert werden, daß sie ihrem Studium ohne materielle Not nachgehen können. Die studentische Selbstverwaltung ist wesentlich zu erweitern.

An allen Universitäten und Hochschulen sind Lehrstühle für politische Wissenschaften und politische Bildung, sowie für Industriesoziologie, Arbeits- und Sozialrecht, sowie für Arbeitsmedizin einzurichten.

An allen wissenschaftlichen Hochschulen sollen Zentren geschaffen werden, die insbesondere der Forschung auf den Gebieten der Vergleichenden Pädagogik, der Bildungsökonomie, Bildungssoziologie, der Bildungsstatistik, sowie der Untersuchung des Lehrens und Lernens dienen.

In den Hochschul- und Wissenschaftsgremien, in welchen gesellschaftliche

Gruppen durch ihre Verbände vertreten sind, müssen die Arbeitnehmer durch ihre Gewerkschaften beteiligt sein.

IV. Kunst

Die menschliche Gesellschaft bedarf der Kunst zu ihrer kulturellen Existenz und Entwicklung. Dies gilt mit besonderer Dringlichkeit für die Industriegewerkschaft unserer Zeit, die sonst im Technischen geistig erstarren und im Materiellen verflachen würde.

Die Kunst muß frei sein. Sie darf nicht einer Minderheit vorbehalten bleiben. Dem sozialen Auftrag der Gewerkschaften entspricht die Forderung, künstlerische Werke aus Vergangenheit und Gegenwart allen zugänglich zu machen. Gesellschaft und Staat sind verpflichtet, die Kunst ideell und materiell zu fördern. Die Einrichtungen der Kunstpflege wie Akademien, Museen, Theater und Orchester sind ein traditionell begründeter, wertvoller Kulturbesitz unseres Volkes. Sie müssen erhalten und ausgebaut werden.

Der Film ist eine aus den Gegebenheiten der industriellen Gesellschaft erwachsene Kunst. Er soll weitesten Kreisen des Volkes Kunst vermitteln.

Alle Bemühungen sind zu unterstützen, den Film künstlerisch zu qualifizieren und das Publikum anspruchsvoller und kritischer zu machen.

Der künstlerisch und pädagogisch wertvolle Film ist zu fördern.

V. Presse, Hörfunk und Fernsehen

Im freiheitlichen demokratischen Staat tragen Presse, Funk und Fernsehen in entscheidendem Maße zur Meinungsbildung bei. Sie üben eine wichtige gesellschaftliche und politische Kontrollfunktion aus.

Die Pressefreiheit ist unabdingbar. Ihr entspricht die Forderung, daß sich die Presse bedingungslos für die Verteidigung der Demokratie einsetzt. Eine Zensur findet nicht statt.

Freiheit und Unabhängigkeit der Presse dürfen nicht durch Konzern- und Monopolbildung gefährdet werden.

Jeder Staatsbürger hat ein Anrecht darauf, daß er wahrheitsgemäß und umfassend informiert wird. Die Presse ist deshalb verpflichtet, eine sachliche Berichterstattung und Nachrichtenwiedergabe zu gewährleisten. Nachrichten und Kommentare sind klar voneinander abzugrenzen. Über den Anzeigenteil darf kein Einfluß auf die redaktionelle Gestaltung der Presse ausgeübt werden. Die Presse bedarf wegen ihrer öffent-

lichen Funktion eines besonderen gesetzlichen Schutzes und eines einheitlichen Presserechtes.

Die Informationsfreiheit der Presse, sowie die Unabhängigkeit der Journalisten und ihre Meinungsfreiheit sind zu gewährleisten.

Die Einrichtungen von Hörfunk und Fernsehen sind in der Bundesrepublik Anstalten öffentlichen Rechts. Diese Form ihrer Organisation ist beizubehalten, weil sie den Mißbrauch ausschließt und den Anstalten größtmögliche Freiheit bietet. Die Verfügung über sie darf nicht in die Hände privater Interessenten gelegt werden. Die Unabhängigkeit der Rundfunk- und Fernsehanstalten ist unantastbar. Weder dem Staat, noch einer gesellschaftlichen Gruppe darf ein bestimmender Einfluß auf Programm, Finanzgebaren und Personalpolitik der Anstalten eingeräumt werden. Der förderative Aufbau von Hörfunk und Fernsehen ist beizubehalten.

Wegen ihrer Sonderstellung sind die Anstalten verpflichtet, strenge Objektivität zu wahren. Ihre demokratischen Kontrollinstanzen sollen in angemessenem Verhältnis aus Repräsentanten aller bedeutenden gesellschaftlichen Gruppen bestehen. Sie dürfen in ihrer Tätigkeit nicht behindert werden.

In ihrer Programmgestaltung haben die Hörfunk- und Fernsehanstalten wegen ihrer besonderen Verantwortung ein hohes Maß von Sachlichkeit und inhaltlicher Ausgewogenheit anzustreben. Information, Unterhaltung, Bildung und Erbauung sind als gleichwertige Programmteile zu pflegen.

Hörfunk und Fernsehen haben besonders bemüht zu sein, das soziale und rechtsstaatliche Denken zu festigen und zu vertiefen. Die Anstalten für Hörfunk und Fernsehen haben die Verpflichtung, in ihren Programmen die kulturellen und sozialen Bedürfnisse der arbeitenden Bevölkerung zu berücksichtigen.

VI. Internationale Kulturbeziehungen

Die Prinzipien einer neuen und neuartigen auswärtigen und internationalen Kulturpolitik haben sich an den großen Aufgaben zu bewähren, die uns im Hinblick auf die fortschreitende Integration und auf die Entwicklungsländer gestellt sind, für die Entwicklungshilfe auch Bildungshilfe sein muß.

Aus dem Prinzip der Solidarität und aus der Mitverantwortung, die sich aus seiner Mitwirkung in den inter- und supranationalen Institutionen ergibt, trägt der DGB seinen Teil zur Erfüllung der neuen großen Aufgaben der auswärtigen und internationalen Kulturpolitik bei.

In Düsseldorf wird man am 21. und 22. November 1963 über das Grundsatzprogramm entscheiden.



träglich sind. In den volksdemokratischen Ländern ist das viel besser. Da wird die Jugend nicht durch rausend Dinge vom Sport abgelenkt. Ich habe noch eine Bitte auf Lager. Ich möchte die Spieler fotografieren. „Natürlich“, sagt Herr Merkel, „ich muß meine ‚Buam‘ sowieso jetzt wecken.“

DIE „LÖWEN“ WERDEN GEWECKT
Neben dem Haus sehe ich eine Schaukel und einen Sandkasten. Einige Knirpse und die Spieler Rebele und Reich scheinen sich hier wohlfühlen. Ich fotografiere. Plötzlich eine Stimme über mir: „Hallo, Fräulein, da fotografiern's 'nauf — da gib's schöne Männer ...“ Es sind Brunnenmeier und Schnell. Man gewöhnt sich schnell an den freundschaftlich-legeren Umgangston. Es mag zwar sein, daß diese „Löwen“ für ihre Gegner sehr gefährlich sind. Hier machen sie einen sehr zahmen Eindruck. Trainer Merkel hat mir versprochen, mich mit in die Stadt zurückzunehmen, wenn er mit seinen „Buam“ ins Kino fährt.

DER LETZTE BANDIT
Wagner erzählt mir, daß sie im Bus immer singen. Ich verspreche ihm, daß ich mich nicht fürchte. Großer Kriegsrat: Welchen Film sehen wir uns an? Die Wahl fällt auf „Der letzte Bandit“. Und dann singen sie wirklich. Nicht besonders schön. Aber laut. Ich fotografiere, was mir vor die Linse kommt. Plötzlich fragt mich Stemmer: „Wer gefällt Ihnen eigentlich am besten von uns?“

Ich sehe ihn etwas mißtrauisch an. Aber dann sage ich: „Der Freddy“ (Heiß). Er will wissen, warum. Aber das sage ich ihm nicht. Jedenfalls entpuppt sich Stemmer als großartiger Fotograf. Er dirigiert Freddy Heiß und mich lange herum, bis das Motiv zu seiner Zufriedenheit ausfällt. (Siehe Bild oben)

PLÖTZLICH FEHLT MIR EIN SCHUH

Ich knie auf meinem Sitz und unterhalte mich mit meinen „Hintermännern“ Rahm und Kohlars. Kohlars kennt den „elan“ und berichtet Rahm darüber. Plötzlich fehlt mir ein Schuh. Ich drehe mich schnell um. Das kann nur Stemmer gewesen sein. Er gibt es auch gleich zu. „Das geht doch nicht, daß Sie sich stundenlang mit unserem Psycho-Willi unterhalten.“

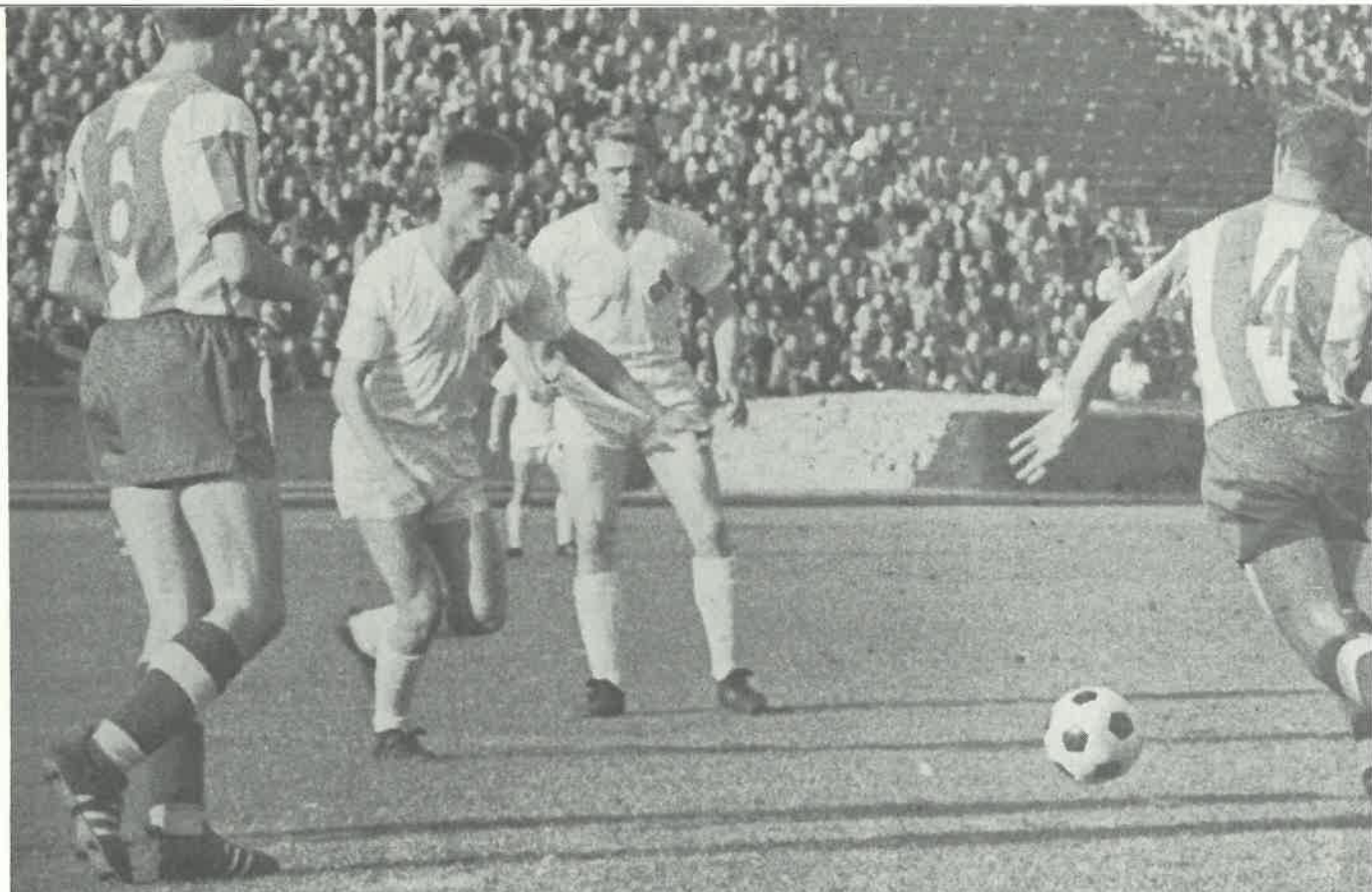
„Psycho-Willi“ ist Kohlars Spitzname. Ich starte eine kleine Umfrage, was die Einzelnen beruflich tun. Vom Chirurgen bis zum Gefängnisdirektor reicht die Skala. Auenhammer will in einer Cola-Fabrik Flaschen zumachen, Zeiser ist angeblich Dachdecker, Anzill Chauffeur. Heiß präsentiert sich als Schlosser, Rebele will Bankkaufmann sein, Brunnenmeier Lehrling. Nichts zu machen, es kommt nichts Vernünftiges raus.

Wir sind am Ziel. Plötzlich legt sich ein Arm auf meine Schulter, und Brunnenmeier sagt: „Gell, das stimmt nicht mit dem Lehrling. Ich bin technischer Zeichner. Einer nach dem anderen kommt ‚beichten‘. Auch Rahm revidiert den „Chirurgen mit den vielen Eingriffen“. Er ist Ingenieur bei Agfa.

Dann ist es Zeit, sich zu verabschieden. Prachtige Jungs sind's. Und aus vollem Herzen wünsche ich den „Löwen“ Glück und Erfolg.

ANGELIKA SCHNEIDER

TSV 1860 München



P. Petersen's kleine Vorschau auf die Bundesliga

Ausverkauf oder Spitzenklasse?

Die Würfel sind gefallen: Der Run auf die Bundesliga ist vom Deutschen Fußball-Bund mit der endgültigen Bekanntgabe des erlauchten Teilnehmerkreises gestoppt worden. Sechzehn Clubs, durchweg bekannt und populär bei der großen Anhängerschaft des runden Leders, haben das große Los gezogen. Mindestens die gleiche Anzahl aber haben Zeter und Mordio geschrien, haben mit der Gerechtigkeit der Göttin Justitia gedroht, ohne zu berücksichtigen, daß die langen und nicht immer sehr eifertigen Arme dieser Dame sich bei diesem Thema wohl doch völlig dezidiert und unzuständig vorkommen würden.

TANZ UM DAS GOLDENE KALB

Es steht fest, daß die Bundesliga, deren Punktspielreigen nach der Sommerpause beginnt, vor allem ein Tanz um das Goldene Kalb, ein Rennen und Jagen nach den Dividenden sein wird, die „König Fußball“ seinen Stars — sowohl den Sportlern wie den Clubs — verteilen wird. Der Strom der Zuschauer wird bei den Bundesligamannschaften stärker fließen. Städte wie München, Hamburg, Berlin, Köln oder Dortmund haben ein so großes Einzugsgebiet, daß die Zuschauerzahlen nach oben schnellen werden — zum Leidwesen der plötzlich zweitklassig gewordenen bisherigen Oberligamannschaften, die ganz sicherlich mit empfindlichen Einbußen rechnen müssen.

Ein Kuriosum bleibt es, daß keiner dieser Clubs, dem dank seiner konstanten Leistungen, seiner gesunden wirtschaftlichen Lage und seines ausreichend großen Stadions die Lizenz erteilt wurde, damit rechnet, im nächsten Jahr wieder absteigen zu müssen. Und der Abstieg kommt natürlich zwangsläufig. Das Ziel hieß Bundesliga. Vom Abstieg wird später gesprochen. Er wird für die Betroffenen ein bitterer Absturz in die Gefilde der Zweitklassigkeit sein — sportlich und wirtschaftlich.

RAUHER WIND IM PUNKTSPIEL

Die Bundesliga ist also Wirklichkeit. Das „große Finale“ gehört damit endgültig der Vergangenheit an, denn Endspiele wird es künftig nicht mehr geben. Um so rauer wird der Wind bei den Punktspielen der Bundesliga wehen. „Es wird ein Wind sein, so hart und unbarmherzig wie bei den Gruppenspielen um die deutsche Meisterschaft. Mußte jeder Verein bisher sechs Spiele dieser Art durchstehen, so werden es künftig eben 30 sein. Das ist der große Unterschied. Das aber

erfordert Kondition und nochmals Kondition. Spieler, die sich vorbehaltlos zur Bundesliga bekennen, werden nur in seltensten Fällen noch die Möglichkeit haben, in ihrem eigentlichen Beruf voll ihren Mann zu stehen, wie's ja bei den bisherigen Vertragsspielern noch möglich war.“ Ein deutliches Wort aus berufenem Munde. Es stammt vom Bremer Erfolgstrainer Georg Knöpfle, einem der großen Routiniers unter den deutschen Trainern, der mit dem 1. FC Köln in der Bundesliga natürlich zu gern gleich im ersten Jahr Meister werden möchte. Das Zeug dazu haben sowohl die Kölner als auch Knöpfle.

DER KREIS DER „ERLAUCHTEN“

Vier weitere Clubs aus dem Westen haben das Entreebillet für die Bundesliga erhalten: Borussia Dortmund, ein solider Verein in einer Metropole des deutschen Sports. Das Spielmaterial ist gut, und die Finanzen stehen nicht schlecht. Sie durften es auch nicht, denn die Bundesligakommission hat sorgfältig die wirtschaftliche Lage aller Bundesligisten geprüft, ehe sie ihr Jawort gegeben hat. Schalke 04 ist natürlich auch mit von der Partie, und die Gelsenkirchener werden nicht nur daheim mit vollen Kassen rechnen dürfen. Der Ruhm der königsblauen Knappen vom Schalcker Markt hat alle Höhen und Tiefen überdauert. Wo sie aufkreuzen werden, werden die Kassensführer strahlen. Das ist mit dem Meidericher SV und Preußen Münster ganz anders. Beide Clubs haben keinen großen Ruf in deutschen Fußball-Landen. Das hat nichts mit dem Können zu tun, sondern ist einzig und allein eine Frage des Renommees. Ostwestfalens Fußballfans werden sich in Münster ein Stelldichein geben. Um Zuschauer braucht man sich in Münster keine Sorgen zu machen, genauso wenig wie beim Meidericher SV, der Duisburger Vorortmannschaft, deren Nominierung für die Bundesliga übrigens viel böses Blut gemacht hat.

ES WIRD SCHON VERDIENT

Aus dem Süden sind der traditionsreiche Nürnberger „Club“, der Karlsruher SC, natürlich Eintracht Frankfurt, der VfB Stuttgart und München 1860 mit von der Partie. Auf der Strecke geblieben sind die Offenbacher Kickers, die sich genauso benachteiligt fühlen, wie die Aachener Alemannen. Sportlich gerechter wäre es sicherlich gewesen, Kickers Offenbach anstelle der Namensvettern aus Stuttgart zu nominieren. Der Südwesten ist durch den FC

Saarbrücken und den FC Kaiserslautern vertreten, dessen Comeback just im richtigen Moment erfolgte, um noch — nach jahrelanger Stagnation — zum Kreis der Erlauchten gezählt zu werden. Hamburger SV, dessen enttäuschendes Abschneiden bei der „Deutschen“ noch in aller Munde ist, der „ewige Zweite“ des Nordens, Werder Bremen, und Eintracht Braunschweig vertreten die Oberliga Nord, wobei es für die sportfreudigen Hannoveraner bitter ist, daß weder Arminia noch die 96er das große Los gezogen haben — und Hannover besitzt eines der schönsten deutschen Stadions. Schließlich will Hertha BSC noch mitmischen, eine Mannschaft, die bei der Millionenbevölkerung Berlins keine finanziellen Schwierigkeiten kennen wird. Noch steht die Sommerpause erst bevor, aber an der Bundesliga wird bereits tüchtig verdient. Denn in einem guten halben Dutzend Städte müssen die Stadions erweitert werden — 40 000 Steh- und Sitzplätze sind das Minimum — und also wird kräftig gebaut. Und natürlich haben alle Stadtväter Ja und Amen bei der Bewilligung der Mittel gesagt. Schließlich schwingt König Fußball wieder sein Szepter. Er wird es künftig mehr denn je tun.

P. Petersen

DIE BUNDESLIGA

| | |
|------------------------|---|
| NORD | Hamburger SV Werder Bremen Eintracht Braunschweig Hertha BSC |
| WEST | 1. FC Köln Borussia Dortmund Schalke 04 Meidericher SV Preußen Münster |
| SÜD | 1. FC Nürnberg Karlsruher SC Eintracht Frankfurt München 1860 VfB Stuttgart |
| SÜD- WESTEN | FC Saarbrücken 1. FC Kaiserslautern |

Mr. X, Alfons Müller-Wipperfürth, ist der Mann, der mit Hosen und Sakkos Millionen macht. Befehle gehen über Fernschreiber, Betriebsräte, Gewerkschafter und schwangere Frauen werden auf die Straße gesetzt - Betriebe werden einfach stillgelegt. In der Bundesrepublik darf er sich nicht blicken lassen - der Clevere.



DON ALFONSO

1959 mußte er in die Schweiz flüchten, baute sich einen exklusiven Bungalow in Lugano und dirigiert seitdem seinen Konzern aus der Ferne. Jetzt hat man ihn auch dort vertrieben — nicht wegen Steuerbetrug, sondern weil er sich mit den Schweizern anlegte. In Monaco fand er ein neues Asyl. Alfons Müller-Wipperfürth ist der größte Hai unter den Textil-Unternehmern der Bundesrepublik. Er verkauft Hosen, Sakkos und Mäntel am billigsten. Für die Arbeit in seinen Betrieben bevorzugt er junge Mädchen und Frauen. Sie sind billig, schnell und zuverlässig. Das braucht Müller, um billig verkaufen zu können.

„Die Männer sind die richtigen Kunden. Die kommen ins Geschäft, weil sie einen Anzug im Schaufenster gesehen haben. Sie ziehen ihn an, der Anzug paßt, die Männer zahlen“, ist ein Rezept des cleveren Wipperfürthers, denn Frauen suchen lange und halten nur den Geschäftsbetrieb auf. Wenn man ihm Glauben schenken kann, zahlt er gute Löhne, bietet ein gutes Arbeitsklima und einen sicheren Arbeitsplatz.

Die Gewerkschaften sind da anderer Meinung und verweisen auf Stapel von Prozeßakten. Seit 1953 hat die für Müller zuständige Gewerkschaft Textil-Bekleidung 15 abgeschlossene Arbeitsrechtsverfahren geführt. Es ging dabei um zu niedrige Löhne, Hausarbeitstag für Frauen sowie Behinderung der Betriebsratstätigkeit. Besonders reichhaltig wird das Archiv des Siegburger Arbeitsgerichtes sein. Dort wurden zwischen 1953 und 1960 gegen Müller 154 Klagen geführt.

Wir gingen der Spur nach und unterhielten uns mit einigen Arbeiterinnen. Alle Gesprächspartner machten zur Bedingung: Keine Fotos, keine Namen!

„Wenn's auch nicht viel ist, was wir bei Müller verdienen, wir brauchen es nötig!“, meinte eine von ihnen.

So frei geht's also bei Müllers zu. Eines Montagsmorgens fanden die 800 Beschäftigten der Firma Müller einen Anschlag am „schwarzen Brett“ vor, nach dem sofort alle bisher gezahlten Löhne gekündigt und neue Lohnsätze festgelegt wurden. Es handelte sich dabei um Lohnsenkungen um durchschnittlich 25 Pfennig, in Einzelfällen sogar bis zu 60 Pfennig in der Stunde. Als die Kollegen Aufklärung in einer Betriebsversammlung verlangten, ließ Müller erklären:

„Es bleibt bei dem neuen Lohn; wer damit nicht einverstanden ist, soll sofort den Betrieb verlassen und nach Hause gehen.“ Dem Betriebsrat gegenüber meinte Müller: „Die Zeit des Verhandels ist vorbei.“

Rund 80 Männer und Frauen gingen daraufhin. Zwei Tage später fanden sie die fristlose Kündigung im Briefkasten vor: „wegen Arbeitsverweigerung“. Eine unbequeme Betriebsrätin wurde direkt mitgekündigt. Weitere 30 Betriebsangehörige wurden wegen Teilnahme an der Betriebsversammlung nach Hause geschickt. Wegen eines Streiks schloß er 1953 einen ganzen Betrieb. Dort versuchte er ebenfalls, die Löhne zu kün-

digen. Als die Belegschaft dagegen anging, wurde der Betrieb in Mönchengladbach — 400 Arbeiter — für ein Jahr geschlossen. Bei dieser Auseinandersetzung scheute sich Müller nicht, die aufgebrachten Arbeiter mit einer Pistole zu bedrohen.

Man merkt, daß Müller zumindest Sprachstil und Methoden aus den „Tausend Jahren“ perfekt beherrscht. In recht preußischer Manier springt er mit den Betriebsräten um, kürzt die Löhne und wirft schwangere Frauen auf die Straße.

Klar, daß die Gewerkschaft dem flotten „Alfons schwer im Magen liegt.“ Gewerk-

schaftsleute werden im Betrieb nicht gebilligt.“ — „Wer politisiert, fliegt.“ — „Jeder Arbeiter muß einen Schein unterschreiben, wenn er Gewerkschafter ist.“ Damit verpflichtet er die organisierten Arbeiter zum Schweigen. Original-Müllersche Parolen und Umgangsformen. Zustände wie um die Jahrhundertwende. Wer die Interessen der Kollegen vertritt, fliegt!

Als die Akkordsätze neu festgelegt werden sollten und die Betriebsleitung dem Müller mitteilte, daß der Betriebsrat wahrscheinlich noch in dieser Woche über Müllers „Aufbesserungen“ befinden würde, kabelte der Ex-Wipperfürther: „Bestellen Sie dem Betriebsrat, es ist nicht lange zu beraten, entweder ich bekomme heute abend Bescheid, oder Sie können schnellstens ein paar Tage Kurzarbeit anmelden. Der Betriebsrat muß sich langsam daran gewöhnen, daß wir den Betrieb führen und nicht er!“ Weiter meinte er, daß der Betrieb doch kein Parlament wäre. Außerdem sollte der Betriebsrat nicht dauernd auf seine Kosten verhandeln.

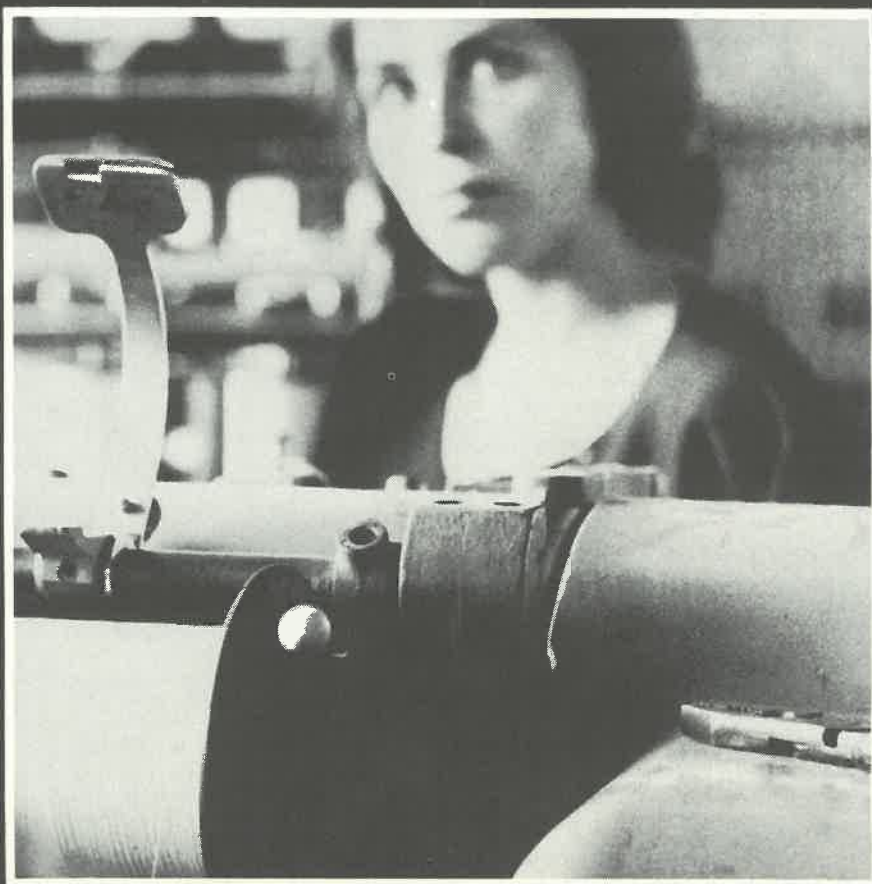
Von den primitivsten Rechten der Betriebsräte scheint Don Alfonso (so nennen ihn seine Freunde) nicht viel zu halten. Und vom Grundgesetz auch nicht. Sein Verhalten verletzt die elementaren Grundrechte und beschneidet die Freiheit der Gewerkschaften und jedes Einzelnen.

Besonders stolz scheint er auf seine „Erwerbsschaften“ zu sein. Wie anders ist es zu erklären, daß der Müller noch heute die Stempeluhren in den Betrieben nicht wie üblich am Eingang, sondern direkt am Arbeitsplatz errichten läßt?

Ebenso ist der Müller um seinen guten Ruf bedacht. Wer über ihn schreibt und ihn nicht gerade lobenswert erwähnt, muß sich darauf gefaßt machen, daß Don Alfonso seine Rechtsanwälte auf den Plan ruft. Er ist in diesem Punkte außerordentlich empfindlich. Vielleicht ist es die Sorge, daß das Geheimnis entschleiert wird, wie man auf Müllersche Art Millionär wird?

Unsere Geschichte zeigte, wie „freie Marktwirtschaft“ und „Sozialpartnerschaft“ bei einem von 10 000 Millionären der Bundesrepublik aussehen. Müller sieht nur solange Nutzen in den Arbeitern und Arbeiterinnen, wie sie ihm behilflich sind, Geld zu machen.

Rolf Priemer



Auf Anregung einer Gruppe junger englischer Filmleute schreibt Arno K. Reinfrank das Drehbuch für einen Spielfilm, in dem die Bewegung der britischen Atomwaffen-Gegner und ihr Aldermaston-Marsch eine Rolle spielen.

Die 22. Szene des Drehbuches „The Girl And The Cloud Walker“ hat der Autor selber aus dem Englischen übersetzt.

Die Redaktion



Szene 22

Der Düsenbomber in der Luft. Die zwei amerikanischen Piloten sind schlecht gelaunt.

Fred dreht von Zeit zu Zeit sein Gesicht nach John um, der nicht darauf reagiert. Johns Augen sind wie auf einen fernen Gegenstand geheftet, während seine Hände die Düsenmaschine steuern.

Fred kann nicht mehr an sich halten — er beginnt eine Unterhaltung.

Fred: Wir können uns genauso gut für den Ostermontag freiwillig melden.

John: Sch... drauf.

Fred: Die Hoffnung auf Urlaub ist für'n Montag hin.

John antwortet nicht.

Fred: Keinen Urlaub am Montag für die ganze Base.

John: Hör zu, Fred, mir ist nicht zum Quatschen zumute...

Fred: Okay... Dann penn' mal lieber...

John: Na, dann quatsch drauf los.

Fred: Diese Idioten-Babies...

John: Hm?

Fred: Diese Idioten-Babies — sie marschier'n mal wieder... Woll'n an die Base ran...

John: Wer?

Fred: So'n paar Idioten-Babies... Marschieren auf London zu... Wollen die Base umzingeln... eindringen... Kein Urlaub für uns am Montag...

John vergräbt sein Kinn im Uniformkragen und tut als höre er nicht mehr zu. Aber das stört Fred nicht.

Fred: Stell dir mal vor, wenn die in die Base reinkämen...

John bewegt keinen Muskel in seinem Gesicht.

Fred: Sie woll'n ja Polizei rundrum aufstellen... die Base gegen die Kerle absperren... Stell dir vor, die kämen in die Base rein... Würden an unserm „Ehrlichen Hause“ rumfingern... Jiesus, das gäb' vielleicht'n Knall.

John beteiligt sich ganz plötzlich an dem Gespräch.

John: Warum nicht? Meinetwegen können sie's tun... Wär mir recht, wenn sie uns alle hochjagen würden...

Fred: Dir is' wohl nicht gut, was?

John: Meinetwegen können sie alles hochjagen... Samt den gottverfluchten Polizei-Kackern...

Fred ist über diesen unvermittelten Wutausbruch verblüfft.

Fred: Was is'n in dich gefahren, Mann?

John: Das geht dich 'n Dreck an... Ganz egal, wenn ich uns jetzt gleich hochgehen ließe, was? ... Brauch ja bloß den Knopp zu drücken...

Fred: Mensch... laß die Pfole weg. Was is'n mit dir los?

John, der vor Wut zittert: Der Teufel soll mich holen, wenn ich's nicht tue...

Die Radarzeichen verstärken sich und die Bodenstation beginnt mit ihrer Durchsage.

Radio-Stimme: Rufen Able-Baker 1 - 0 - 5... Rufen Able-Baker 1 - 0 - 5... Ende...

Fred zu John: Hast'n Nervenrap-pel, was... Komm, ich übernehm den Knüppel...

Er schickt sich an, von seinem Chef-Piloten die Steuerung zu übernehmen. John sitzt regungslos, doch sein Zorn kühlt sich bereits ab. Aus seinen Augen spricht eine düstere, endlose Einsamkeit...

*) „Honest John“ = amerikanischer Atombomben-Typ.

A.K.R.

Chubby Checker (Twistkönig) brachte diese Platte auf den Markt: Let's Limbo some more! Das richtige für junge Leute. Beweis: Kaum nach Erscheinen dieses Hits war Chubby mit diesem Song in allen Hitparaden zu finden. Auch die Rückseite ist empfehlenswert.

Let's Limbo some more + Twenty miles — Chubby Checker, Ariola HIFI 10 154 AT DM 4,75

Die Banjo Boys — Jan und Kjeld — sind älter geworden. Ihre Stimmen sind dunkler geworden. Dennoch ist auch ihre neueste Platte anzuhören. Insbesondere „Auf meinem alten Banjo“ wird den Geschmack der Banjo-Boy-Freunde treffen.

Auf meinem alten Banjo + Tausend schöne Märchen — Jan und Kjeld, Ariola 45 443 A, DM 4,75

Das, was man allgemein als schöne Schnulze bezeichnet, bietet Gustavo Rojo auf seiner neuen Platte an. Wer gern ein wenig Schmalz hören möchte, dem ist diese Platte zu empfehlen. Wer für flotte Sachen ist, lege sich eine andere zu.

Mandolinen spielen für mich + Hört die Glocken der Liebe — Gustavo Rojo, Vogue DV 14 044, DM 4,75

Mit dem Platters-Hit „Only You“ und „Fancy Pants“ ist wieder eine Acker-Bilk-Platte gepreßt worden. Und wiederum mit Streichorchester Was soll's Acker? Fancy Pants gefiel mit der Paramount-Band weit-aus besser.

Only you + Fancy pants — Mr. Acker bilk acc. by the Leon Young String Chorale, Metronome B 1547, 45 RPM Single, DM 4,75

Siw Malmkvist, dänischer Export in blond, fühlt sich bei uns wie zu Hause — was die Schlager angeht. Nach dem „Kater Stanislaus“ stellt sie sich dem „Mr. Casanova“. Eine nette Platte, die ein Schlager zu werden verspricht.

Mr. Casanova + Merci beaucoup — Siw Malmkvist, Metronome M 334, 45 RPM Single, DM 4,75

Chris Howland, Engländer vom Dienst, stellt sich als Pantoffelheld vor. Er meint, daß er lieber still und leise ist, da seine Frau ein Knallbonbon ist. „Knallbonbon“ ist der Titel dieser Single, und Heinrich Sputniknick alias Howland versucht, das beste daraus zu machen.

Knallbonbon + Schade, daß Sie schon vergeben sind — Chris Howland, Columbia C 22 400, DM 4,75

Francoise Hardy (elan bringt dem-nächst ihre Story) sang sich direkt mit ihrer ersten Platte in deutscher Sprache in die Herzen der Schlagerfans. Temperamentvoll — wie's die Französinen sind — singt sie: „Ich steige Dir aufs Dach“. Also, lieber nicht nach anderen Mädchen schauen. Diese Platte: Stark hit-verdächtig.

Ich steige Dir auf's Dach + Peter und Lou Francoise Hardy, Vogue DV 14 041, DM 4,75

Britanniens Teenager-Star Cliff Richard wird wieder mal von den „The Shadows“ begleitet (Dancing Shoes). Auf der Rückseite das z. Zt. in den Hitparaden rangierende „Summer Holiday“. Gut gemacht, Cliff.

Summer Holiday + Dancing Shoes — Cliff Richard, Columbia C 22 394, DM 4,75

Helen Shapiro-Songs sind Erfolge auf dem internationalen Schlagermarkt. Keine Hitparade ohne einen Shapiro-Hit. Ihre neueste Platte rangiert ganz oben.

Queen for tonight + Daddy couldn't get me one of those — Helen Shapiro, Columbia C 22 378, DM 4,75



HIT-PARADE



SCHLAGER

1

SCHULD WAR NUR DER BOSSA NOVA

Manuela (Telefunken)

2

ER MACHT MICH KRANK, Der MONDSCHIN AN DER DONAU

Gus Bakkus (Polydor)

3

WINI — WINI

Tahiti-Tamourés (Polydor)

4

BONANZA

Ralf Paulsen (Elektrola)

5

JUNGE, KOMM BALD WIEDER

Freddy (Polydor)

6

LET'S LIMBO SOME MORE

Chubby Checker (Ariola)

7

PADAM — PADAM

Petula Clark (Vogue)

8

KLEINE NERVENSÄGE MONIKA

Peter Beil (Fontana)

9

SIEBENTAUSEND RINDER

Peter Hinnen (Ariola)

10

MR. CASANOVA

Siw Malmkvist (Metronome)

SCHNULZE DES MONATS

VERLIEBT-VERLOBT-VERHEIRATET

Connie und Peter Alexander

(Elektrola)

JAZZ

BIX-BEIDERBECKE-LEGEND

(RCA — 18,— DM)

KABARETT

ZUSTÄNDE WIE IM ALTEN ROM

Das Kom(m)ödchen

(Elektrola — 18,— DM)

elan-TIP

DIXIE-PARTY
MIT MR. ACKER BILK UND CHRIS BARBER



DIXIE-PARTY

Mr. Acker-Bilk und Chris Barber

(Metronome: Brillantserie,

Best.-Nr. HLP 10 001,

Sonderpreis 12,80 DM)

„Für die Jugendzeitung e l a n alles Gute!“, schrieb Kenneth Spencer als Gruß an unsere Leser.

Mucksmauschenstill ist es im Saal, wenn der hünenhafte Kenneth Spencer „Ol' man river“ oder „Heimweh nach Virginia“ singt. Kenneth ist keiner von denen, die auf Show machen müssen, um Publikumswirkung zu haben. Sein kräftiger Baß und seine große Bescheidenheit verhalfen ihm zum Erfolg.

Der erfolgreiche Säng'r kennt keine Star-Allüren. Er sagt mir: „Ich habe hart gearbeitet. Immer wieder hieß es: Proben, proben! Es war ein langer Weg vom völlig unbekannten Säng'r bis zum heutigen Erfolg!“

Besonders ein Lied hat Kenneth Spencer in den Gewerkschaften populär gemacht. Es ist der amerikanische Gewerkschafts-Song „Solidarity for ever“ (von dem die IG Metall übrigens eine Platte pressen ließ).

Besonders dieses Lied wird von ihm gewünscht, wenn er vor jungen Gewerkschaftern singt.

Kenneth erzählt: „Ich bin selbst Mitglied der Gewerkschaft. Ich war schon Gewerkschaftsmitglied, als ich noch in Amerika lebte und arbeitete. Sehen Sie“, sagte er lächelnd, „wenn meine Interessen richtig vertreten werden sollen, dann muß ich doch Mitglied der Gewerkschaft sein, oder?“

Ob es eine Platte gibt, die ihm besonders viel Freude gemacht hat, als er sie besang, möchte ich von ihm wissen.

„Ja“, sagt er. Es ist eine Langspielplatte mit Volks- und Kinderliedern. (Elektrola C 83 290)

Die Pause ist zu Ende. Kenneth muß wieder auf die Bühne.

Besten Dank, Kenneth, und viel Erfolg!

„Ja“, sagt er. Es ist eine Langspielplatte mit Volks- und Kinderliedern. (Elektrola C 83 290)

Die Pause ist zu Ende. Kenneth muß wieder auf die Bühne.

Besten Dank, Kenneth, und viel Erfolg!

„Ja“, sagt er. Es ist eine Langspielplatte mit Volks- und Kinderliedern. (Elektrola C 83 290)

Die Pause ist zu Ende. Kenneth muß wieder auf die Bühne.

Besten Dank, Kenneth, und viel Erfolg!

„Ja“, sagt er. Es ist eine Langspielplatte mit Volks- und Kinderliedern. (Elektrola C 83 290)

Die Pause ist zu Ende. Kenneth muß wieder auf die Bühne.

Besten Dank, Kenneth, und viel Erfolg!

„Ja“, sagt er. Es ist eine Langspielplatte mit Volks- und Kinderliedern. (Elektrola C 83 290)

Die Pause ist zu Ende. Kenneth muß wieder auf die Bühne.

Besten Dank, Kenneth, und viel Erfolg!

„Ja“, sagt er. Es ist eine Langspielplatte mit Volks- und Kinderliedern. (Elektrola C 83 290)

Die Pause ist zu Ende. Kenneth muß wieder auf die Bühne.

Besten Dank, Kenneth, und viel Erfolg!

„Ja“, sagt er. Es ist eine Langspielplatte mit Volks- und Kinderliedern. (Elektrola C 83 290)

Die Pause ist zu Ende. Kenneth muß wieder auf die Bühne.

Besten Dank, Kenneth, und viel Erfolg!

„Ja“, sagt er. Es ist eine Langspielplatte mit Volks- und Kinderliedern. (Elektrola C 83 290)

Die Pause ist zu Ende. Kenneth muß wieder auf die Bühne.

Besten Dank, Kenneth, und viel Erfolg!

„Ja“, sagt er. Es ist eine Langspielplatte mit Volks- und Kinderliedern. (Elektrola C 83 290)

Die Pause ist zu Ende. Kenneth muß wieder auf die Bühne.

Besten Dank, Kenneth, und viel Erfolg!

„Ja“, sagt er. Es ist eine Langspielplatte mit Volks- und Kinderliedern. (Elektrola C 83 290)

Die Pause ist zu Ende. Kenneth muß wieder auf die Bühne.

Besten Dank, Kenneth, und viel Erfolg!

„Ja“, sagt er. Es ist eine Langspielplatte mit Volks- und Kinderliedern. (Elektrola C 83 290)

Die Pause ist zu Ende. Kenneth muß wieder auf die Bühne.

Besten Dank, Kenneth, und viel Erfolg!

„Ja“, sagt er. Es ist eine Langspielplatte mit Volks- und Kinderliedern. (Elektrola C 83 290)

Die Pause ist zu Ende. Kenneth muß wieder auf die Bühne.

Besten Dank, Kenneth, und viel Erfolg!

„Ja“, sagt er. Es ist eine Langspielplatte mit Volks- und Kinderliedern. (Elektrola C 83 290)

Die Pause ist zu Ende. Kenneth muß wieder auf die Bühne.



Hiroshima, 6. August 1945.

Yoshiko Murato, 12 Jahre alt, hatte sich schon lange auf diesen Ausflug mit ihren Schulfreundinnen gefreut. „Es war ein warmer, schöner Morgen“, erzählt der Arzt Hachya. Minuten später fiel die erste Atombombe auf die japanische Stadt Hiroshima. Am 6. August 1963 werden überall in der Bundesrepublik große Mahnwachen stattfinden: Es darf kein zweites Hiroshima geben!

Am 6. August: Hunderte Mahnwachen

Die Atomwaffengeegner bereiten sich darauf vor, den 6. August 1963 als Tag der Mahnung an den Abwurf der 1. Atombombe zu begehen. In zahlreichen Städten sind eindrucksvolle Mahnwachen geplant, an denen jeweils hunderte Atomwaffengeegner teilnehmen werden. Auch ist daran gedacht, prominente Persönlichkeiten als Sprecher dafür zu gewinnen.

DIE ATOMWAFFENGEGNER HABEN SICH VIEL VORGENOMMEN

Die Atomwaffengeegner haben sich im Rahmen der Kampagne für Abrüstung 1963/64 viel vorgenommen. Dazu heißt es in einer Erklärung des „Zentralen Ausschusses des Ostermarsches der Atomwaffengeegner“:

■ Der 6. August, der Tag des Atombombenabwurfs auf Hiroshima, soll ein Tag der Information über die Wirklichkeit des atomaren Krieges und der Mahnung der unmenschlichen Konsequenzen der Atomrüstungspolitik werden.

UNTERSTÜTZUNG ZUM 1. SEPTEMBER

■ Der 1. September ist seit einigen Jahren von Jugendverbänden zum Antikriegstag erklärt worden. Wir wollen mit dafür sorgen, daß dieser Tag zu einer

öffentlichen Demonstration gerade der jungen Generation wird. Veranstaltungen der Gewerkschaftsjugend an diesem Tage sollen nach Kräften unterstützt werden.

REISEN NACH WARSCHAU, SCHWEDEN, ENGLAND, ITALIEN

■ Vertreter unserer Kampagne fahren nach Warschau und Stockholm, um dort Gespräche über den Rapacki- und den Unden-Plan zu führen. Im Anschluß daran wollen wir Verbindung zu Politikern in Großbritannien und Italien aufnehmen, die eine Entspannungspolitik befürworten. Den Ertrag dieser Gespräche werden wir der Öffentlichkeit in der Bundesrepublik vorlegen.

INTERNATIONALES FORUM IM OKTOBER

■ Im Oktober dieses Jahres wird der Zentrale Ausschuss ein internationales Forum über Probleme der Abrüstungspolitik veranstalten. Im Zusammenhang damit wird der Ostermarsch-Aufruf 1964 veröffentlicht. Auch in den nächsten Monaten werden die Aktionen der Atomwaffengeegner unter Losungen stehen wie: **Keine Atomwaffen auf deutschem Boden! Mitteleuropa — atomwaffenfrei! Unser Nein zur Bombe ist ein Ja zur Demokratie!**

Zahlreiche Ehrungen und Glückwünsche zum 75. Geburtstag von Prof. Dr. Dr. h.c. Leo Weismantel

EIN GROSSER HUMANIST

Am 9. Juni 1963 fand in Frankfurt a. M. eine feierliche Würdigung von Leben und Werk des bekannten katholischen Schriftstellers und Pädagogen Prof. Dr. Leo Weismantel aus Anlaß seines 75. Geburtstages statt.

Dem Dichter Leo Weismantel gingen an seinem 75. Geburtstag zahlreiche Glückwünsche aus dem In- und Ausland zu. Stellvertretend für die vielen Glückwünsche, für die der Dichter herzlich dankte, seien hier folgende genannt:

„Dem aufrechten Manne und dem Dichter Professor Dr. Leo Weismantel gelten meine herzlichsten Glückwünsche zu seinem 75. Geburtstag. Die Begegnung mit ihm in der schweren und suchenden Zeit nach dem ersten Weltkrieg hat mir das Ziel der umfassenden Humanität vermittelt, dem ich mich seitdem verpflichtet fühle. Mit Bewunderung habe ich seinen mutigen und wahrhaften Lebensweg verfolgt. Für sein Werk und für seine Haltung hat er unseren Dank verdient.“

Dr. Thomas Dehler
(Vizepräsident des deutschen Bundestages)

„Sehr geehrter Herr Professor!
Am 10. Juni 1963 vollenden Sie Ihr 75. Lebensjahr. Zu diesem Ehrentage darf ich Ihnen meine herzlichsten Glückwünsche übermitteln. Ich wünsche besonders, daß Sie Freude und Zufriedenheit erfüllt, wenn Sie auf ein so langes und arbeitsreiches Leben zurückschauen. Möge Ihnen weiterhin ein gesegneter Lebensabend bei guter Gesundheit beschieden sein. Mit den besten Wünschen für Ihr weiteres Wohlergehen“

Ihr Schütte
(Kultusminister von Hessen)

„Sehr geehrter Herr Professor!
Auch ich möchte Ihnen im Namen des Herrn Regierungspräsidenten zu Ihrem Ehrentage meine herzlich-

sten Glückwünsche und Segenswünsche aussprechen und Ihnen von ganzem Herzen für all das danken, was Sie in so vielfältiger Form der Jugend unseres Volkes gegeben haben. Möge Ihnen auch weiterhin ein gesegneter Lebensabend beschieden sein.“

Mit freundlichem Gruß
gez.: Unterschrift unleserlich
Regierungsvizepräsident von Kassel

„Zum 75. Geburtstag widme ich Ihnen meine besten Wünsche und herzlichen Grüße“

Ihr Dr. G. Storz
Kultusminister
des Landes Baden-Württemberg

„In Erinnerung an Ihr der Stadt Würzburg und dem Frankenbund gewidmetes dichterisches Schaffen sendet beste Grüße und Wünsche zum 75. Geburtstag“

Der Oberbürgermeister der Stadt Würzburg

Anwesend bei der Feier waren der Bürgermeister der Heimatgemeinde des Dichters, Obersinn/Ufr., Bürgermeister Schäfer, und als Vertreter der Stadt Marktbreit am Main, Herr Stadtrat Willi Kleinschroth.

Die Feier erreichte ihren Höhepunkt als der Pro-Dekan der Pädagog. Fakultät der Humboldt-Universität, Prof. Dr. Osburg in Begleitung von Herrn Prof. Dr. Tomaszewski, die beide im Talar erschienen waren, dem verdienten Dichter und Pädagogen die Promotionsurkunde zur Verleihung der Ehrendoktorwürde überbrachte.

Die Promotionsurkunde hat folgenden Wortlaut:

„Die Pädagogische Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin verleiht unter dem Rektorat des Professors mit Lehrstuhl für angewandte Mathematik Dr. phil. Kurt Schröder und unter dem Dekanat des Professors mit vollem Lehrauftrag für Mathematik des Physik-unterrichtes Dr. phil. Kurt Haspas

Herrn Professor Dr. phil. Leo Weismantel
aus Jugenheim/Bergstraße

in Würdigung seiner Verdienste um eine fortschrittliche demokratische Schulentwicklung in Deutschland, um die Erziehung der Jugend im Geiste des Friedens und der Völkerfreundschaft und in Anerkennung seines bedeutenden Beitrages zu einer humanistischen Nationalkultur den Grad eines Doktors der Pädagogik ehrenhalber.

Berlin, 10. Juni 1963

Der Rektor
i. V. gez.: R. Naumann

Der Dekan
i. V. gez.: Osburg

Unter den zahlreichen Glückwünschen, die am 9. und 10. Juni bei Prof. Dr. Leo Weismantel eintrafen, befanden sich u. a. Telegramme und Briefe folgender Persönlichkeiten und Institutionen:

Prof. Wolfgang Abendroth, Marburg — Bruno Apitz, Berlin — Siegfried Behn, Bonn — Hans Bentzien, Minister f. Kultur i. d. Deutschen Demokratischen Republik — Dipl. Ing. Hans Brauers BDA, Opladen — Dott. Italo Chiusano, Rom — Dr. Hans Dahmen, Mülheim/Ruhr — Pfarrer Dr. theol. W. Dignath, Frankfurt/Main — William Dieterle, Regisseur, Triesen/Liechtenstein — Anton Dörrler, Schriftsteller, Seeshaupt — Wilhelm Elfes, Oberbürgermeister a. D., Moenchengladbach — Hans Michael Elzer, Direktor des Pädagogischen Instituts Jugenheim — Kasimir Edschmid, Darmstadt

Otto Flake, Baden-Baden — Johann Fladung, Verleger, Darmstadt — Hermann Gerstner, Schriftsteller, München — K. B. Glock, Verleger, Nürnberg — Albrecht Goes, Stuttgart — W. K. Gerst, Journalist, Bonn — Gerald Göting, Generalsekretär der Christlich Demokratischen Union in der Deutschen Demokratischen Republik — Sepp Hahn, Berlin — G. D. Heldingsfelder, Publizist, Meschede i. W. — Fritz Hufnagel, Freinsheim — Pfarrer Willi Heintzeler, Stuttgart — Dr. h. c. Arno Hennig, Staatsminister a. D., Wiesbaden — Nanda Herbermann, Münster i. W. — Prof. Karl Hills, Stuttgart — Oberkirchenrat Kloppenburg, Dortmund — Alfred Kurella, Berlin — Pfarrer a. D. M. Laros, Koblenz — Dr. W. Lenzen, Studienrat, Mönchengladbach-Windberg — Professor G. Leibholz und Frau Sabine geb. Bonhoeffer, Göttingen — Staatsminister a. D. Prof. Dr. Paul Luchtenberg, Burscheid — Dr. Inge Meidinger-Geise, Erlangen-Alterlangen — Edith Mikeleit, Wiesbaden — Oskar Müller, Staatsminister a. D., Buchschlag Rgs. Offenbach — Dr. Fr. Müller, Verw. Gerichtspräsident i. R., Wiesbaden — Karl Mageruppe und die Steinauer Marionetten, Steinau Krs. Schlüchtern — Kirchenpräsident Martin Niemöller, Wiesbaden — Prof. Dr. Franz Rauhut, Würzburg — Pfarrer Ludwig Rodenberg, Karlrow — Renate Riemack, Gundelfingen — Oskar Rummel, Mdl., Lohr am Main

Ruth Schumann, München — Gerhard Schumann, Esslingen — Stadtpfarrer i. R. Dr. theol. Stemann, Ravensburg — Prof. Dr. K. Saller, München — Horst Stegmann, Mitgl. d. Staatsrates der DDR und Vorsitzender der FDJ — Heinz Steguweit, Halver i. W. — Christa Thomas, Köln-Braunfeld — Helmut A. Ulrich, Kaiserslautern — Fritz von Unruh, Diez a. d. Lahn — Bruno E. Werner, Präsident des Deutschen PEN-Zentrums der Bundesrepublik — Prof. Dr. Dr. F. Wenzel, Braunschweig — Dr. Josef Winkler, Schriftsteller, Bensberg bei Köln — Günther Weisenborn, Hamburg — Werner Warsinsky, Lünen — F. J. Weinrich, Blumberg/Baden

Arnold Zweig, Berlin
Der Präsident des deutschen PEN-Zentrums, Ost und West — Verlag Philipp Reclam jun., Leipzig — Globus-Verlag, Wien — Weimarer Akademie, Weimar — Deutsche Akademie für Sprache und Wissenschaften zu Berlin, Klasse f. Sprachen, Literatur und Kunst — Bund der Deutschen, Düsseldorf — Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Kreisverband Fulda — H. W. Eppelsheimer, Präsident der Deutschen Akademie i. Sprache und Dichtung, Darmstadt — Jugendensemble Klampfenchor, Remscheid — Demokratischer Kulturbund Deutschlands, Karlsruhe — DKBD, Ortsgruppe Bremen — Freigeistige Jugend, Hamburg — Deutscher Schriftstellerverband, Berlin — Schutzverband Deutscher Schriftsteller, München — Der fränkische Autorenkreis, Würzburg

Herausgeber und Redaktionskollegium der kath. Zeitschrift Begegnung, Berlin — Internat. Versöhnungsbund, Augsburg — Jugendkreis f. Internat. Begegnung, Düsseldorf — Landesvorstand Rheinland-Pfalz der DFU, Main — Direktorium der DFU, Köln — DKBD, Landesverband Wasserkante, Hamburg — Pädagog. Zentralinstitut, Berlin — Deutsche Akademie d. Künste, Berlin — Der Generalintendant des Nationaltheaters Weimar

1. September: Antikriegstag

Also heute abend um acht Uhr", hatte Ulla gesagt, als sie sich an der Straßenbahnhaltestelle verabschiedeten. Walter hatte auf dem Heimweg gleich die Kinokarten besorgt. Und während seine Finger sich abmühten, einen Knoten in die Krawatte zu binden, glitt sein Blick über das Datum: 31. August 1939 — 20.00 Uhr.

★

„Also heute abend um acht Uhr“, hatte der SS-Sturmbannführer Naujoks befohlen. Die Aktion „Konserven“ begann pünktlich. Und pünktlich berichtete der nazistische Nachrichtendienst am Abend des gleichen Tages:

„Gegen 20 Uhr wurde der Sender Gleiwitz durch einen Trupp polnischer Aufständischer überfallen und vorübergehend besetzt. Die Aufständischen wurden durch deutsche Grenzpolizeibeamte vertrieben...“ Am nächsten Morgen tonte es aus den Volksempfängern, stand es in grellen Schlagzeilen auf den Titelseiten der Zeitungen: „Ab 5.45 wird zurückgeschossen!“ Der zweite Weltkrieg hatte begonnen. Am 1. September, dem Tag des Kriegsbeginns, erhielt Walter den Einberufungsbefehl. Er kam nicht zurück.

Acht Jahre später, am 10. Juli 1947, gab der SS-Hauptscharführer Josef Grzimek zu Protokoll: Eine „Sondereinheit“ der SS, die man in polnische Uniformen gesteckt hatte, verübte den Überfall auf den Sender Gleiwitz und schuf damit den Vorwand für den Angriffsbefehl und für die Order: Ab 5.45 Uhr wird zurückgeschossen.

★

„Na, wenn die feindlichen Panzer schon so nahe heran sind, daß sie mir in die Schnauze schießen, dann kann ich doch nicht mehr weiterkämpfen“, sagte der Kommandeur der 343. Infanteriedivision, Hitlergeneral Rauch als Zeuge im Pro-

zess gegen Erich Kuby, den der Durchhaltgeneral Ramke gegen den Schriftsteller angestrengt hatte.

Hitlers Generäle führten diesen verbrecherischen und sinnlosen Krieg bis fünf Minuten nach zwölf. Als es ihnen aber selbst an den Kragen ging, hißten sie die weiße Flagge.

Aber wehe dem Landser, der die Sinnlosigkeit dieses Krieges erkannt hatte und ihn nicht mehr mitmachen wollte. Ihm erging es wie dem Rolf Lücke aus dem Roman „Die Fahne ist mehr als der Tod“ von Günter Wagner:

„Zur Sache“, sagt der Leutnant. Rolf starrt auf das Stück Pappe.
„Ich...“ steht in Druckbuchstaben darauf.

„Stimmt es, Lücke, daß Sie, wie dieser Zeuge behauptet, einen Parlamentär zum Ami...“

„Jawohl, Herr Leutnant!... Ich wollte das Dorf übergeben.“

„Abführen“, sagt der Leutnant. Draußen wird es Morgen. In der Scheune hängen von einem Balken drei Stricke herab. „Ich will nicht“, brüllt er.

Aber sie sind stärker. Sie fesseln ihm die Beine zusammen und heben ihn hinauf. Neben ihm schreit der Bürgermeister und der Pfarrer murmelt ein Gebet. Da stößt der Soldat den Stuhl unter ihm weg.

Auf dem Schild, das der Gehenkte um den Hals hat, steht: „Ich hänge hier, weil ich meinen Führer verriet.“ Das geschah wenige Tage vor der bedingungslosen Kapitulation am 8. Mai 1945.

★

An diesem 1. September 1963 werden junge Menschen auf die Straße gehen. An ihrem Rockaufschlag wird man das Abzeichen der Gewerkschaftsjugend, der Naturfreunde, der „Falken“, des CVJM

und anderer Organisationen sehen können. Sie werden an diesem Tag dafür demonstrieren, daß es nicht noch einmal heißt: Ab 5.45 Uhr wird zurückgeschossen! Daß nicht noch einmal ein Krieg von deutschem Boden ausgeht.

Sie werden an diesem Tag eine Politik der Abrüstung, der Entspannung und des Friedens fordern. Sie werden fordern, daß man sich in Bonn künftig Gedanken über eigene Abrüstungsvorschläge macht, statt weiter einer Politik der Stärke anzuhängen, wie sie sich niederschlägt in solchen Sätzen: „... Die Bundesrepublik ist Deutschland. Alles andere deutsche Gebiet ist uns entzogenes und vorenthaltenes Territorium, das zurückgegliedert werden muß!“ Außenminister Schröder am 13. 6. 63 im „Industriekurier“).

Und Bundeskanzler Adenauer sagte am 16. 11. 1954 in Limburg: „Wir sind auf dem Wege, die Sowjetzone zurückzuholen, wenn die westliche Welt eine entsprechende Stärke erreicht haben wird.“

Zurückgegliedert... Sowjetzone zurückzuholen... — wie? Durch sanftes Zureden? Oder mit Gewalt? Mit der Kraft eines 700 000-Mann-Heeres, an dessen Installation kräftig gearbeitet wird? Konkret gesagt: Durch Krieg?

Dieser Politik des Gewaltdenkens und der immer stärker forcierten Rüstung stellte die Gewerkschaftsjugend auf ihrer 5. Bundesjugendkonferenz in Berlin die Forderung entgegen:

Wir „erwarten von der Bundesregierung und den politischen Parteien in der Bundesrepublik, daß sie politisch initiativ werden, um deutsche Abrüstungsvorschläge zu entwickeln, anstatt einen immer größeren deutschen Beitrag zum Wettüben zu liefern.“

Dieser Ruf fand ein fruchtbares Echo (Siehe nebenstehende Übersicht). Die Vorbereitungen für den Antikriegstag 1963 haben begonnen.

Die 5. Bundesjugendkonferenz des DGB beschloß am 13./14. April 1962 in Berlin: „Die 5. Bundesjugendkonferenz ruft die örtlichen Gremien der Gewerkschaftsjugend auf, überall in Deutschland am 1. September, dem Tag des Ausbruchs des 2. Weltkrieges, örtliche Kundgebungen und Demonstrationen durchzuführen. Diese Kundgebungen sollten sich gegen die Rüstungspolitik in aller Welt und damit auch gegen die Gefahr eines dritten Weltkrieges wenden. Nur so kann eine Politik der Entspannung erreicht werden...“

Die 6. Jugendkonferenz der IG Metall in Stuttgart schloß sich diesem Beschluß an und forderte: „Zu diesen Demonstrationen soll der DGB befreundete Organisationen zur Teilnahme einladen.“

Diesen Aufrufen zum 1. September schlossen sich an:

Die Bundesjugendkonferenz der Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten am 6.-8. Juli 1962 in Wedau;

2. Bundesjugendkonferenz der Gewerkschaft Holz am 8./9. Juni 1963 in Herford; Landesbezirksjugendkonferenz des DGB sowie Orts- und Kreisjugendausschüsse verschiedener Industriegewerkschaften.

Die 8. Bundesjugendkonferenz der Naturfreundejugend vom 7.-9. Juni in Hannover „begrüßt die Beschlüsse der Gewerkschaftsjugend und der SJD „Die Falken“, am 1. September wieder den Antikriegstag durchzuführen. Sie fordert alle Gremien der Naturfreundejugend auf, sich auf Orts-, Bezirks-, Landes- und Bundesebene, bei der Vorbereitung und der Durchführung dieser Aktion zu beteiligen.“

Die SJD „Die Falken“ wird auch in diesem Jahr den 1. September als Antikriegstag begehen. Das beschloß die Bundeskonferenz am 23.-26. Mai 1963. Der Schwerpunkt der Aktivitäten soll in den Bezirken liegen.

Der Bundesjugendausschuß des DGB hat auf seiner letzten Sitzung den Beschluß, am 1. September örtliche Aktionen anläßlich des Antikriegstages durchzuführen, bekräftigt.

DIE GRÖSSTE HAMBURGER GESCHÄFTSSTRASSE — die Mönkebergstraße — nach dem furchtbaren Bombenangriff im Juni 1944: nur noch rauchende Trümmer!

MIT FACKELZÜGEN UND DEMONSTRATIONEN wird die arbeitende Jugend der Bundesrepublik ihre Forderungen an Bonn anmelden: Eigene Abrüstungs-Initiativen.





Kurs ist klar

Vom 7. – 9. Juni tagte im „Haus der Jugend“ in Hannover die 8. Bundesjugendkonferenz der Naturfreundejugend Deutschlands. Im Namen von 57 000 Mitgliedern bekräftigten die 88 Delegierten die bisherige konsequente Ablehnung der atomaren Aufrüstung und das ja zur aktiven Mitarbeit beim Ostermarsch. Sie sprachen sich für gemeinsame Aktionen der Arbeiterjugend zur Verteidigung des Grundgesetzes gegen Notstandsgesetze und gegen das geplante SS-Treffen in Hameln aus. Und sie beschäftigten sich gründlich mit den Gefahren, die durch die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen für die Menschheit entstehen.

Herbert Fallner, der wiedergewählte Bundesjugendleiter, stellte in seinem Arbeitsbericht fest, die Naturfreundejugend habe sich von Neigungsgruppen zum Jugendverband entwickelt. Sie sei politisch aktiv geworden beim Ostermarsch, gegen die Notstandsgesetze und in der politischen Bildungsarbeit. „Mancher möchte zurück zu den Neigungsgruppen“, sagte Herbert Fallner, „aber das ist nicht möglich. Und das wäre nicht gut. Die politischen Fragen, mit denen wir uns beschäftigen, sind lebenswichtig.“ Er erinnerte an die zahlreichen übereinstimmenden Beschlüsse der Arbeiterjugendorganisationen. Die Naturfreundejugend sei bereit zu gemeinsamen Aktionen, besonders am diesjährigen 1. September. Abschließend betonte er, es sei notwendig, daß die Naturfreundejugend auf allen Gebieten die Interessen der Jugend vertrete.

FÜR GEMEINSAME AKTIONEN

Wenn man mich fragen würde, was das Besondere an dieser Konferenz war, würde ich antworten: Das starke Bekenntnis zur Gemeinsamkeit und das Drängen nach gemeinsamen Aktionen der Arbeiterjugend. Das kam zum Ausdruck im Beschluß zum Ostermarsch, in dem die Übereinstimmung der Ziele dieser Kampagne für Abrüstung mit vielen gewerkschaftlichen Beschlüssen hervorgehoben wird. Das zeigte sich im Beschluß zum Antikriegstag, in dem es heißt: Die Bundesjugendkonferenz „fordert alle Gremien der Naturfreundejugend auf, sich auf Orts-, Bezirks-, Landes- und Bundesebene bei der Vorbereitung und Durchführung dieser Aktion zu

beteiligen.“ Und das bewies der einstimmig angenommene Initiativantrag, mit dem gegen das für September in Hameln geplante SS-Treffen protestiert wurde und in dem sich die Delegierten für „gemeinsame Aktionen mit anderen demokratischen Organisationen gegen dieses SS-Treffen ...“ (die) von der Bundesjugendleitung und den Landesverbänden der Naturfreundejugend unterstützt werden, aussprachen.

DIE NATURFREUNDEJUGEND UND DIE „RICHTUNG 2000“

Prominentester Gast dieser Konferenz: Der Schriftsteller Robert Jungk. „Richtung 2000“ war das Thema seines Vortrages, in welchem er die großen Gefahren behandelte, die der Menschheit durch die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen drohen. Robert Jungk führte eindrucksvolle Beispiele und Zahlen über die katastrophalen Folgen von Luft- und Wasserverpestung, Lärm, Landzerstörung und Wetrüsten an. Wenn die Menschheit das Jahr 2000 überhaupt erleben wolle, dann müsse sie alle Kräfte mobil machen, um den Frieden zu sichern. „Heute erscheint es manchem abenteuerlich, daß Ost und West zusammenarbeiten. Aber es könnte sein, daß wir in dreißig Jahren nicht mehr existieren, wenn man sich nicht zum Miteinanderleben und zur Zusammenarbeit entschließt“, sagte Robert Jungk. Harte Fakten führte er als Beweis für seine Ansicht an, daß es möglich ist, der Vergiftung von Luft und Wasser schon heute wirksam entgegenzuwirken. „Aber das kostet Geld, viel Geld. Vielleicht müßten die Aktionäre

eines Industriebetriebes mit 6 statt 14 Prozent Dividende vorlieb nehmen.“ Hier müsse die Öffentlichkeit aktiver werden und die Industrie zwingen, etwas zu tun. Hier seien auch die Mittel, die heute für die Rüstung ausgegeben würden, besser und nützlicher verwandt. Die Ausführungen Robert Jungks — eine Arbeitsgruppe beschäftigte sich speziell mit diesen Fragen — wurden lebhaft diskutiert. Das Ergebnis dieser Diskussion war der Beschluß, sich künftig stärker mit diesem Fragenkomplex zu befassen, die Öffentlichkeit über die drohenden Gefahren aufzuklären und gemeinsam mit befreundeten Organisationen aktiv zu werden (elan wird sich in einer der nächsten Ausgaben ausführlicher mit diesem Thema beschäftigen, die Red.).

SELBSTÄNDIGER KOPF UND MODERNE JUGENDARBEIT

Man sollte meinen, auf einer Konferenz, auf der eine übergroße Mehrheit sich einig in den grundsätzlichen Fragen ist, ginge es gemächlich und langweilig zu. Weit gefehlt. Kritisch nahmen die Delegierten die Arbeit ihres Verbandes unter die Lupe. Kritik gab es auch an der Haltung einiger Vorstandsmitglieder der Gesamtorganisation. Der Delegierte Egon Bekker wandte sich gegen einige Veröffentlichungen im „Naturfreunde-Echo“, mit denen nach seiner Meinung versucht würde, die Jugend von ihrem Kurs abzubringen. In einem Beitrag des Bundesvorsitzenden Helmstädter finde man „Sätze, die an die Inquisition erinnern“. Kern der Auseinandersetzung war die Frage, ob die Naturfreunde bei ihrem bisherigen Kurs bleiben oder auf den Wehnerschen Kurs einschwenken sollen. Diskussion und Verlauf der Konferenz ließen keinen Zweifel daran aufkommen, daß die Naturfreundejugend auf dem bisherigen Kurs bleiben wird. Ein Antrag der Landesjugendleitung Bayern, künftig auf die sozialistische Zielsetzung des Verbandes zu verzichten und eine entsprechende Änderung der „Richtlinien für die Naturfreunde-Jugendarbeit“ vorzunehmen, wurde mit starker Mehrheit abgelehnt.

INTERNATIONALE KONTAKTE

Einig waren sich die Delegierten auch in der Frage, die internationale Arbeit zu verstärken. Im September 1963 wird eine 27köpfige Delegation eine Studienfahrt nach Moskau und Leningrad unternehmen. Für das kommende Jahr ist eine Studienfahrt nach Israel geplant.

KARL-H. REICHEL

(Dieser Beitrag des Deutschland-Korrespondenten der Zeitung der Sozialistischen Jugend Italiens „la conquista“ erscheint exklusiv in „la conquista“ und „elan“.)



Wir marschieren nach Bonn

Fortsetzung von Seite 5

gründet wurden. Jedoch wurden diesen Ausschüssen direkt die nötigen Portionen Schlaftabletten mit auf den Weg gegeben. Jetzt sagt man: Da haben wir doch den 1. Mai, wo ihr gegen Atomwaffen protestieren könnt. Am 1. Mai wird wohl alles an Forderungen hineingepackt, was der DGB zu bieten hat. — Jeder Redner sprach hier von der Gefahr der Atomwaffen. Ich frage: Was tun wir eigentlich dagegen? Die Ostermarschbewegung ist nicht im Griff einer Organisation und deshalb sind alles Kommunisten, die da mitmarschieren. Legen wir doch ein klares Bekenntnis ab: Wir sind gegen Atomwaffen und gehen in eine Aktion. Ich selbst bin beim Frankfurter Marsch mitmarschiert. 2000 Personen waren dabei und das waren bestimmt nicht alles Kommunisten.“

Nachdem Werner Vitt in seinem Diskussionsbeitrag noch einmal auf die Gefahren, die durch die atomare Wetrüstung und das Verlangen der Militärs nach Atomwaffen für die Bundeswehr drohen, hingewiesen hatte, kam es zur Abstimmung.

Das Resultat: Eine starke Mehrheit für Mitarbeit und Teilnahme am Ostermarsch.

Nach dieser Abstimmung stand ein Hamburger Kollege auf und sagte:

„Wir haben gegen diesen Antrag gestimmt. Nicht, weil wir gegen die Ostermarschbewegung sind, sondern weil wir gegen einige Personen, die beim Ostermarsch mitarbeiten sowie einige Organisationen etwas haben. Die Konferenz hat sich für den Ostermarsch entschieden. Ich meine, es sollte jetzt nicht bei einem Lippenbekenntnis bleiben. Jetzt muß man an die Arbeit gehen.“

Die Diskussion, aus der wir leider nur einige Kostproben bringen konnten, spricht für sich selbst. Und das Echo, das die Beschlüsse der Konferenz fanden, zeigte nachträglich, wie richtig sie waren.

ROLF PRIEMER

Bundeskonzferenz der SJD - „Die Falken“ in Bielefeld



Im Zeichen harter Diskussionen

Vier Tage lang, vom 23. bis 26. Mai, tagte in Bielefeld die 9. ordentliche Bundeskonferenz der SJD „Die Falken“. Sie stand schon Wochen und Monate vorher im Zeichen der Auseinandersetzung darüber, ob die politischen Vorstellungen der SPD-Führung zur allein bestimmenden Grundlage für die weitere Arbeit der „Falken“ werden sollten. Daß diese Absicht seitens der Parteiführung prinzipiell bestand und noch besteht, darüber kann es keinen Zweifel geben. Allerdings konnte sie auch auf der Bielefelder Konferenz nicht voll durchgesetzt werden. Diese Tatsache ist nicht zuletzt jenen Kräften und Personen zu verdanken, die in konsequenter Weise dagegen aufstanden. Somit war denn auch diese Konferenz in ihrem Verlauf durch starke politische Auseinandersetzungen, und in ihren Ergebnissen durch Widersprüche, Illusionen und eine dadurch hervorgerufene Verwirrung bei der Mehrheit der Delegierten bestimmt. Diese Merkmale zeigten sich deutlich bei der Behandlung der Konferenz vorliegenden politischen Anträge. So bekannte sich die Mehrheit der Delegierten in der angenommenen

Grundsatzklärung zum Kampf für „die Verwirklichung des Grundgesetzes“ und zu seiner Verteidigung „gegen jeden Angriff mit verantwortbaren Mitteln...“, stimmte aber auch generell der Notwendigkeit einer Notstandsgesetzgebung zu. Das knappe Abstimmungsergebnis, 87 Ja- und 60 Nein-Stimmen, zeigt einerseits die Stärke der Gegner jeglicher Notstandsgesetze, andererseits die Verbreitung der Illusion, es könne mit der SPD „demokratische“ Notstandsgesetze geben. Als gäbe es nicht den untrennbaren Zusammenhang zwischen der Politik der Bundesregierung und der Notstandsgesetzgebung. Als wäre die SPD-Führung nicht völlig auf diese Politik eingeschwenkt, angefangen bei der Gemeinsamerklärung Wehners am 30. 6. 1960, über die Zustimmung Eilers zur atomaren Bewaffnung der Bundeswehr, bis hin zu der jüngsten Erklärung Brandts, eine SPD-Regierung würde keine andere Außenpolitik als die jetzige Regierung betreiben. Das gleiche Bild in der Frage des Ostermarsches. Der Beschluß des Bundesausschusses, den Ostermarsch durch aktive Mitarbeit nicht zu unterstützen, wurde

von der Konferenz sanktioniert. Das, obwohl der Verband, ebenfalls in der Grundsatzklärung, „alle Maßnahmen, ... insbesondere eine allgemeine, kontrollierte Abrüstung und die völkerrechtliche Achtung der Massenvernichtungswaffen“ befürwortet.

Sehr stark bekräftigten die Delegierten ihren Willen, den Verband selbständig und unabhängig zu erhalten. Trotz der Anerkennung der SPD als politische Führungskraft forderten sie die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Polen und Jugoslawien, beschlossen den Austausch von Delegationen mit der Jugend der Sowjetunion und lehnten die vom SPD-Vorstand beabsichtigte Einstellung der Verbandszeitung „junge gemeinschaft“ ab.

Verschwiegen hatte man allerdings den Delegierten, daß der SPD-Vorstand bereits Muster einer ihm genehmeren Zeitung hat drucken lassen. Der Beschluß, die „junge gemeinschaft“ zu erhalten, soll offensichtlich, wie ein Vorstandsmitglied sagte, dadurch hinfällig werden, daß sie „Pleite“ macht.

Alles in allem brachte die Konferenz eine Zunahme der Gefahr der Isolierung

von solchen natürlichen Verbündeten wie der Gewerkschafts- und Naturfreundejugend, die in den Fragen des Notstandes und des Ostermarsches klare Standpunkte einnehmen. Weiter führt die politische Anlehnung an die SPD zur Fehleinschätzung innen- und außenpolitischer Vorgänge, wie die steigende Bereitschaft zur realen Betrachtung der deutschen Frage, Wandlungen in der Einstellung zum Weltkommunismus und zu dem Problem der Abrüstung. Die Erklärung der Bezirke und Landesverbände Bremen, Württemberg, Mittelrhein, Ost-Westfalen und die Mehrheit von West-Berlin am Schluß der Konferenz zeigt allerdings auch, daß es starke Kräfte im Verband gibt, die klarer und entschiedener als bisher, für eine konsequente Politik eintreten. In Übereinstimmung mit den Beschlüssen der Gewerkschaften und deren Jugendorganisationen, haben sie die Interessen der Arbeiterjugend vertreten. Ihre Bereitschaft, weiterhin im Verband für eine positive Änderung der jetzt gefaßten Beschlüsse zu wirken, ist richtig.

BERNHARD JENDREJEWSKI

Reise-Tips

GROSSFAHRT der „Unabhängigen Sozialistischen Jugendbewegung“ (USJ) Oberhausen vom 31. 7. bis 18. 8. nach Jugoslawien.
(Anmeld.: USJ, 42 OB-Alstaden, Bürgerstr. 14)

SONDERZÜGE nach London, Rom, Athen, Istanbul und Skandinavien bietet der CVJM Hamburg mit 50% Fahrpreisermäßigung an.
(Anmeldung: CVJM, 2 Hbg, An der Alster 40)

Bei Anderen gelesen

LEDER-ECHO

Aussperrung – diesen Inbegriff brutalen Klassenkampfes von oben, hatte man für immer im tiefsten Winkel der Klamottenkiste unserer Sozialgeschichte gewöhnt. Doch nun ist mit einem Schlag dieses Wort und all das Bittere, das es beinhaltet, wieder aktuell geworden. Die deutschen Unternehmer in ihrer Gesamtheit – nicht nur die Metallindustriellen – haben sich mit der Aussperrung demaskiert, haben das Gerede von der „Sozialpartnerschaft“ ad absurdum geführt. Das mit der Aussperrung gesteckte Ziel haben sie dennoch nicht erreicht. Ebenso wenig wie sie die Metallarbeiter davon abhalten konnten, für ihre berechnete Lohnforderung mit solidarischer Geschlossenheit zu kämpfen.
(Nr. 6/63)

DER SPIEGEL

„Trotz der Butterrationierung ist der Pro-Kopf-Verbrauch an Butter in der DDR größer als in der Bundesrepublik...“
(Der Spiegel, 29. Mai 1963)

Rand notizen

EINE AKTENTASCHE, in der es verdächtig tickte, erregte auf dem Flughafen Miami das Mißtrauen der Polizei. Es war jedoch keine Bombe, sondern eine batterie getriebene Zahnbürste, die sich selbst einschaltete hatte.

40 POLIZISTEN wurden im letzten Jahr von ihren Mitbürgern in New York gebissen.

elan

Zeitung für Internationale Jugendbegegnung. Herausgeber: Pfarrer W. Heintzler, Bernhard Jendrejewski, Arno K. Reinfrank. Redaktionskollegium: Chefredakteur und Vertreter der Herausgeber im Redaktionskollegium: Bernhard Jendrejewski. – Verantwortlich für nationale und internationale Jugendarbeit, Film und Sport: Bernhard Jendrejewski. – Wissenschaft, Technik, Fernsehen: Werner Weismantel. – Verantwortlich für Jugendnachrichten, Informationen, Leserbrief, Briefclub: Hermann Sittner. – Verantwortlich für schaffende Jugend: Rolf Priemer. – Verantwortlich für den Gesamteinhalt: Hermann Sittner. – Sitz der Redaktion: 6 Frankfurt, Robert-Mayer-Straße 50, Telefon 77 38 03. Postanschrift: 46 Dortmund, Kuckelke 20, Telefon 57 20 10. Erscheint in der Weltkreis-Verlags-GmbH., 6104 Jugenheim, Jahnstr. 16, Telefon 61. Frankfurter Büro: 6 Frankfurt, Robert-Mayer-Straße 50, Telefon 77 38 03. Verlagsleiter: Karl Heinz Schröder. – Erscheinungsweise: Monatlich. Einzelpreis: DM 0,50. Preis: Jährlich DM 5,- zuzüglich DM 1,- Zustellgebühr. Zahlungen sind zu richten an: Weltkreis-Verlags-GmbH., 6104 Jugenheim, Postscheckkonto Ffm. 2032 90. Artikel, die namentlich gezeichnet sind, stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangte Einsendungen keine Gewähr. Druck: Uwe Lahrssen, 2 Hamburg-Wandsbek, Neumann-Reichardt-Straße 31.

Die Chemie-Laborantin Ute aus Hannover fragt: Ist das Grundgesetz

Ein Schweizer Käse?

Die Beamten der hannoverschen politischen Polizei sind mittlerweile in den Continentalwerken keine Unbekannten mehr. Es scheint sich mittlerweile eine Art Arbeitsteilung eingespielt zu haben: Durchsuchung des Arbeitsplatzes und der Wohnung durch die Polizei und als unmittelbare Folge die fristlose Entlassung des Betroffenen. Das letzte Opfer dieses mysteriösen Spiels ist die 19jährige Chemie-Laborantin Ute Diegel aus Hannover. Nach dem Muster des Falles Helga Zeissler (elan Nr. 2/63) „erschienen Beamte der hannoverschen Nachrichtenpolizei auf meiner Arbeitsstelle im Continentalwerk Hannover-Stöcken“, heißt es in ihrem Brief. Die Tochter von Widerstandskämpfern gegen das Hitlerregime fühlte sich besonders durch das rüde Verhalten des Kriminalmeisters Moniac getroffen, der auch vor der Drohung nicht zurückschreckte, sie einzusperren.

Ute Diegel schreibt: „Als der Kriminalmeister Moniac auf die Ungesetzlichkeit seines Handelns (er ließ auch das Zimmer eines Untermieters ohne Durchsuchungsbefehl durchsuchen) aufmerksam gemacht wurde, erklärte er: „Wir lassen uns keine Vorschriften machen. Wenn wir Hausdurchsuchungen durchführen, dann tun wir das mit und ohne Hausdurchsuchungsbefehl.“

Die Folge des kriminalpolizeilichen Besuchs auf der Conti war die fristlose Entlassung durch ihre Firma.

„Gestörtes Vertrauensverhältnis“, hieß die Begründung. Diese Entlassung wurde ausgesprochen, obwohl das Arbeitsgericht im Fall Helga Zeissler festgestellt hatte, daß die Entlassung nicht gerechtfertigt war.

Ute Diegel fragt in ihrem Brief nach den Gründen für diese Hexenjagd. Und sie vermutet: „Wir sind beide Kinder von Widerstandskämpfern und wurden von unseren Eltern im Geist des Widerstandes, des Friedens und der Demokratie erzogen. Ich war davon überzeugt, daß die im Grundgesetz garantierten demokratischen Rechte und Freiheiten unantastbar sind. Mit dieser Einstellung betätigte ich mich aktiv in der Gewerkschaftsjugend, an den Ostermärschen der Atomwaffengegner und bei den Kriegsdienstgegnern. Ich bin auch Mitglied der VVN (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes). Soll ich aus dem Vorgehen der Polizei gegen mich und aus der fristlosen Entlassung schließen, daß die demokratischen Grundrechte für Kinder von Widerstandskämpfern nicht gelten?“

Und daran knüpft sich die Frage, ob unser Grundgesetz ein Schweizer Käse ist, von dem Polizeistellen und Direktionen nach Belieben ein Stückchen absäbeln können? Ob man die Freiheit teilen kann? Ob es künftig von der politischen Meinung abhängt, ob man in einem Betrieb arbeiten kann oder nicht? Ob man nach der bei der Conti praktizierten Masche nicht jeden Arbeiter vor die Tür setzen kann, der in den Direktionsbüros nicht genehm ist? Und ob es schließlich der Nachrichtenpolizei vorbehalten sein wird, darüber letztlich zu entscheiden, wer in welchem Betrieb beschäftigt wird?

Auch nach der Berufsschule muß sie bis abends um acht arbeiten

70-Std.-Woche für Monika

Morgens um acht beginnt für Monika die Arbeit in einem Fleischergeschäft. Eigentlich soll um 18.30 Uhr Feierabend sein, aber meist wird es später. Sehnsüchtig denkt Monika an ihre Alterskameradinnen, die samstags nicht arbeiten müssen. An diesem Tag ist selten vor 15.00 Uhr Feierabend.

„Wie alt ist Ihre Tochter“, will der Gewerkschaftssekretär wissen, als Mutter und Tochter ihm ihr Leid klagen. 15 Jahre ist Monika alt. Ihre wöchentliche Arbeitszeit beträgt also über 70 (siebzig!) Stunden.

„Und wenn ich einmal in der Woche zur Berufsschule gehe, dann muß ich anschließend noch von 15 bis 20 Uhr arbeiten.“ – „Wenn sie wenigstens noch gutes Essen bekäme. Aber selbst daran spart man. Ihr Monatsverdienst: 120,- DM. Bei einer wöchentlichen Arbeitszeit von rund 70 Stunden ist das ein Stundenlohn von 38 Pfennig!“

„Das ist ein glatter Verstoß gegen das Jugendarbeitsschutzgesetz. Monika darf wöchentlich nicht länger als 40 Stunden beschäftigt werden. Ihre Firma macht sich strafbar; sie muß die Überstunden mit Zuschlag nachzahlen“, sagt der Jugendfunktionär. Leider ist dies kein Einzelfall. Solche Dinge passieren täglich, aber den Gewerbeaufsichtsämtern fehlen die nötigen Kräfte, um alle Verletzungen und Übertretungen des Jugendarbeitsschutzgesetzes aufspüren und ahnden zu können.“

Er meint, es wäre gut, wenn schon in der Schule eine intensive Aufklärungsarbeit über das Jugendarbeitsschutzgesetz geleistet würde.

„In jedem Fall sollte der erste Weg zur Gewerkschaft führen, wenn man von solchen Dingen erfährt.“

ROBERT GROTE

Sorayas

PLAYBOYS

räumen wir in unserer Zeitung keinen Platz ein. Aber wir berichten



warum die Jugend der IG Chemie nach Bonn marschieren will. Und in der nächsten

Ausgabe beginnt die Diskussion über das neue DGB-Grundsatzprogramm.



Was die Naturfreundejugend auf ihrer Bundesjugendkonferenz in Hannover beschloß und wann ihre große Studienfahrt nach Moskau und Leningrad beginnen wird.



Ob Wehner auf der Falkenkonferenz in Bielefeld siegte, warum die „junge Gemeinschaft“ gekillt werden soll.

In der nächsten Ausgabe: Besuch in einem „Pütt“ – Die neueste Hit-Parade – Rendezvous im DGB-Jugend-Café – Die Chubby-Checker-Story – Ausführliche Berichte über die Vorbereitung des 1. September: Antikriegstag

Liest Dein Kollege in der Gewerkschaft schon elan?

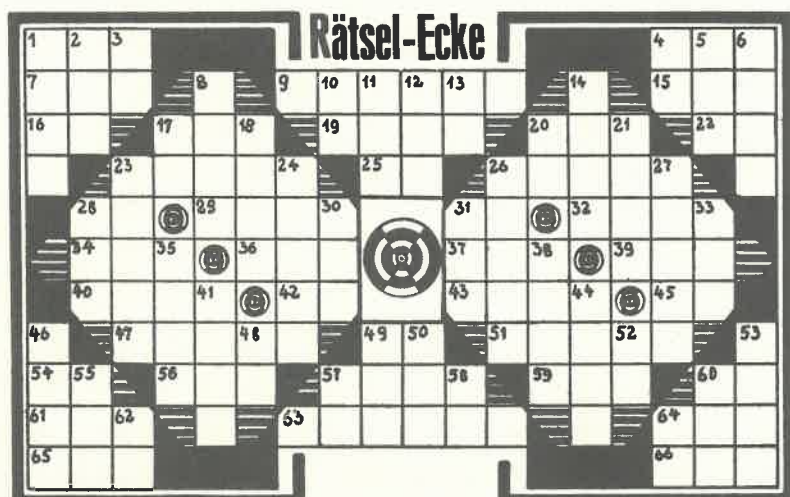
Ich bestelle elan, die zeitung für internationale jugendbegegnung
einzelpreis: 50 pf - jahres-abonnement: 8,- dm inklusive zustellung

name _____ vorname _____

wohnt _____

straße/nr. _____

ausschneiden + einsenden an elan, 48 dortmund, kuckelke 20



Waagerecht: 1. Monat, 4. nordisches Hirschtier, 7. Fluß in Toscana, 9. europäische Hauptstadt, 15. Exkönigin von Spanien, 16. chemisches Zeichen für Tantal, 17. Tierleiche, 19. höchstes Bauerngut, 20. Sagenfigur, 22. auf (englisch), 23. Edelstein, 25. Umstandswort des Ortes, 26. alter Mann, 28. Musiknote, 29. Eich, 31. chemisches Zeichen für Eisen, 32. großes Gewässer, 34. männlicher Vorname, 36. nordischer männlicher Vorname, 37. schwedischer Berggipfel (Graubünden), 39. spanisch: Fluß, 40. Nähutensil, 42. boxtechnischer Begriff (Abkürzung), 43. Haushaltsplan, 45. Abkürzung für Neues Testament, 47. Fahrt ins Welte, 49. Musiknote, 51. gerade Fläche, 54. orientalische Gottheit, 56. weiblicher Vorname, 57. römischer Kriegsgott, 59. griechischer Buchstabe, 60. Verhältniswort, 61. Europäer, 63. umhagtes Landstück, 64. englischer Artikel, 65. Fluß in Ungarn, 66. geistesgestört.

Senkrecht: 1. Ziel, Zweck (italien.), 2. Papageienart, 3. Abkürzung: im Auftrag, 4. altägyptischer Sonnengott, 5. Stadt in Finnland, 6. Roman von Zola, 8. Erquickung, 10. persönliches Fürwort, 11. Wagenteil, 12. Stadt an der Thaya, 13. es (englisch), 14. Lebenshauch, 17. Stadt an der Abens (Bayern), 18. Speicher, 20. Auerochs, 21. Tierprodukt (Mehrzahl), 23. Funkmesser, 24. Gewürz, 26. biegsamer Zweig, 27. Fluß in Frankreich, 28. Ausguck, 30. neu (griechisch), 31. Märchengestalt, 33. Farbe, 35. Stadt in Rußland, 38. Vogel, 41. Metallbolzen, 44. Truppenspitze, 46. Teil des Körpers, 48. chemisches Zeichen für Sauerstoff, 49. altrömischer Schutzgott, 50. Gattung, 52. Ausruf, 53. Kellner, 55. sind (englisch), 57. Abkürzung für Mittelalter, 58. chemisches Zeichen für Selen, 60. Nebenfluß des Rheins, 62. persönliches Fürwort, 64. chemisches Zeichen für Titan.

Sie kam wie ein Komet

Petula Clark

Zu Weihnachten besuchten mich einige belgische Freunde. Die Verständigung war schwierig, denn nur ein Belgier sprach ein wenig deutsch und ich verstand kein Wort französisch. Ich spielte ihnen meine neuesten Platten vor und schon waren wir in einem lebhaften Gespräch. Namen wie Chubby Checker, Elvis, Ricky Nelson, Cliff Richard und Ray Charles fielen. Dann erzählten sie von Petula Clark und – da ich nicht verstand – trällerten sie mir einige Liedchen vor. Nur eins kannte ich: Ya-Ya-Twist! Der Ya-Ya-Twist war damals der populärste Hit überhaupt. Das sollte Petula Clark singen? Ich bin ehrlich, mir wars noch nicht aufgefallen.

Wie ich Petula kennenlernte

Kurze Zeit später besuchte ich mit einigen Freunden eine bekannte Bar am Platze. Der Laden war brechend voll und wir wollten schon wieder gehen, als die Musikbox „Monsieur“ von sich gab. Mir gefiel der Song und ich schaute mit einem fragenden Blick auf das Register, um zu schauen, wer das sang. Hey, Petula Clark – war meine erste Regung und die zweite: ein Griff in die Tasche, der ich ein Geldstück entnahm, um mir den Hit noch einmal anzuhören. So lernte ich Petula Clark kennen.

Petula war kein Wunderkind

Petula wurde am 15. November 1932 in England geboren. Die Kinderzeit schien ziemlich normal verlaufen zu sein, was bei anderen Stars sehr selten ist. Während des Krieges gab sie über 500 Konzerte im BBC London. Nach dem Kriege bekam sie eine eigene Sendung im Fernsehen. „Pet's Parlour“ (eine vertrauliche Unterhaltung) war der Titel. Nach einem halben Dutzend Sendungen bekommt sie das „Silberne Mikrofon“ als die „Weibliche Persönlichkeit des Jahres auf dem Bildschirm“. Dabei war sie erst 18 Jahre alt. Es folgen Tourneen und zahlreiche Rollen in verschiedenen Filmen.

Gastspiel in Paris

Langsam kletterte sie die Erfolgsleiter in England hinauf. 1958 gelingt es, Petula nach Paris zu verpflichten. Unter der Leitung von Henri Salvador tritt sie im Alhambra in einer Show auf und – ganz Paris steht kopf. Man will Petulas Platten kaufen, aber die kommen erst noch. Zunächst lernt Petula französisch. Dann werden den Händlern Petula-Clark-Platten buchstäblich aus den Händen gerissen. Frankreich, Belgien und Schweiz – dort gelang der Einbruch. 1959 ging sie in die Staaten und präsentierte sich mit den besten Orchestern, u. a. mit Billy May. Als Petula 1960 auf eine große Welttournee geht, erscheinen überall Hits von ihr.

Start in der Bundesrepublik

„Monsieur“ war ihr erster Schlager in deutscher Sprache. Wochenlang stand dieser Schlager an der Spitze der Hit- und Schlagerparaden der Sender sowie einschlägigen Magazinen. „Casanova baciarmi“ stieg kurz darauf wie eine Rakete nach oben und noch heute nimmt er einen guten Platz ein. Vor einigen Wochen erschien eine neue Platte von Petula Clark: „Padam padam“ + Cheerio (Chariot)“. Auch dieser Hit hat die besten Chancen in die Spitzengruppe der Schlagerparaden vorzurücken. Wir drücken ihr auf jeden Fall beide Daumen.

Petula-Clark-Platten erscheinen bei der VOGUE.
(FOTOS: VOGUE)

LITTLE ROY

